



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

120. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 16. April 2021, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

	Antrag der Fraktion DIE LINKE Mercosur-Abkommen stoppen – Drucksache 7/5941 – 33
	Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE 33, 38
	Minister Dr. Till Backhaus 34
Erweiterung der Tagesordnung 2	Ralf Borschke, AfD 35
	Holger Kliewe, CDU 36
	Dagmar Kaselitz, SPD 37
	B e s c h l u s s 39
Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Thema „Aktuelle Lage Corona-Virus“ 2	
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE Leben und Gesundheit schützen – Infektionen verhindern – Kontakte reduzieren – Drucksache 7/6021 – 2	Antrag des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in die Pflicht nehmen – zeitgemäßes Schulfernsehen entwickeln – Drucksache 7/5957 – 39
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig 2	Holger Arppe, fraktionslos 39, 43
Wolfgang Waldmüller, CDU 7	Eva-Maria Kröger, DIE LINKE 40
Simone Oldenburg, DIE LINKE 10	Thomas de Jesus Fernandes, AfD 42
Nikolaus Kramer, AfD 13, 21	B e s c h l u s s 43
Holger Arppe, fraktionslos 17, 22	
Thomas Krüger, SPD 17, 22	
Horst Förster, AfD 23, 29, 32	
Jochen Schulte, SPD 27, 29	
Torsten Renz, CDU 30, 32	
B e s c h l u s s 33	Nächste Sitzung Mittwoch, 5. Mai 2021 43

Beginn: 9.31 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen, dass wir beginnen können. Ich begrüße alle recht herzlich zur 120. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Vereinbarungsgemäß rufe ich den **Tagesordnungspunkt 1** auf: Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Thema „Aktuelle Lage Corona-Virus“. Hierzu liegt Ihnen ein Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/6021 zum Thema „Leben und Gesundheit schützen – Infektionen verhindern – Kontakte reduzieren“ vor. Interfraktionell ist vereinbart worden, diesen Antrag in verbundener Debatte mit der Regierungserklärung zu beraten. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und wir werden so verfahren.

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Thema „Aktuelle Lage Corona-Virus“

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE
Leben und Gesundheit schützen –
Infektionen verhindern – Kontakte reduzieren
– Drucksache 7/6021 –**

Das Wort hat zunächst die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Schwesig.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte Ihnen danken für die Möglichkeit, heute eine Regierungserklärung zu halten, eine Regierungserklärung in schwierigen Corona-Zeiten, in einer schwierigen Lage.

Die Corona-Pandemie stellt uns weiter vor sehr große Herausforderungen. Wir sind gemeinsam nun seit über einem Jahr in einem absoluten Stresstest für unser Land, für unsere Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch für die Politik. Seit einem Jahr im Krisenmodus – jeden Tag lesen wir vom Corona-Virus, von den Mutationen, von Öffnungsmöglichkeiten, von Schließungsnotwendigkeiten, von neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, von Situationen in den Krankenhäusern, auf den Intensivstationen, von Impffortschritten, vom fehlenden Impfstoff, von zu Recht demokratischen politischen Debatten und Pro und Kontra zu jeder einzelnen Maßnahme. Und natürlich stresst dieses Jahr alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und jeder wünscht sich, ist das nicht endlich auch mal vorbei, und dann kommt meistens die nächste Nachricht, nein, es ist noch nicht vorbei, es wird sogar noch einmal schwieriger.

Und deshalb soll in meiner Regierungserklärung heute an erster Stelle ein großes Dankeschön stehen, was von Herzen kommt, ein Danke an unsere Bürgerinnen und Bürger, die sich in diesem Land seit über einem Jahr diesem absoluten Stresstest aussetzen, sich an die Regeln halten und damit gemeinsam etwas dafür tun, was für uns von Anfang an wichtig war: Menschenleben retten, die Überforderung unseres Gesundheitssystems zu verhindern und damit unser Land zusammenzuhalten.

Vielen Dank für diese großartige Leistung unserer Bürgerinnen und Bürger!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und ich würde zu gern als Ministerpräsidentin versprechen, dass es vorbei ist, dass es in ein paar Wochen oder Monaten vorbei ist, aber dieses Versprechen können wir nicht so leichtfertig abgeben, denn Politik, niemand kann das Corona-Virus einfach ausknipsen. Und wir erleben gerade an der britischen Mutation bei uns im Land, aber auch an der südafrikanischen und brasilianischen Mutation, dieses Virus ist härter, als vielleicht viele von uns dachten, dieses Virus sucht sich seinen Weg. Nachdem wir in der ersten Welle nicht so stark betroffen waren, in der zweiten Welle vor allem ältere Menschen betroffen waren, haben wir es jetzt mit einer aggressiven britischen Mutation zu tun, die mittlerweile 80 Prozent der Corona-Virus-Fälle betrifft in unserem Land, die eben auch vor allem jüngere Menschen betrifft, die direkt in die Mitte des Lebens geht bei denjenigen, die arbeiten, die Familien haben. Und diese Menschen sind jetzt auch viel schwerer erkrankt.

Und sicherlich hat uns alle bewegt, dass wir von den Schwestern, den Pflegern, von den Ärztinnen und Ärzten hören, dass die Situation gerade in den Krankenhäusern sehr am Limit ist. Und ich habe hier schon im Landtag berichtet von meinen Gesprächen mit den Pflegern und Medizinern und auch der Pflegeschwester von der Uni Greifswald, dass die vor einigen Monaten zu mir gesagt hat, Frau Schwesig, das, was wir an Covid erleben, das habe ich in meinem ganzen langjährigen Berufsalltag noch nie erlebt. Und das war noch eine Zeit, da waren die Infektionszahlen niedrig.

Und die Intensivmedizinerin, die Chefärztin der ITS hier in Schwerin, die ja auch zum Beispiel im „Nordmagazin“ war, die bei uns im MV-Gipfel berichtet hat, mit der ich ganz persönlich gesprochen habe, berichtet, dass gerade diese dritte Welle mit dieser britischen Mutation eben noch mal die Krankenhäuser, gerade die Intensivstationen, massiv belastet und dass auch die Menschen, die dort arbeiten, belastet sind. Ich habe neben den Beratungen, die wir gemeinsam hatten mit ihr, auch persönlich mit ihr gesprochen. Und sie hat berichtet, dass in der zweiten Welle es vielleicht noch zu ertragen war, wenn hochbetagte Menschen, die ihr Leben gelebt haben, eingeschlafen sind. Und auch das ist ein großer Verlust für die Angehörigen. Aber jetzt zu sehen, dass es Familienväter trifft, dass sich Kinder verabschieden müssen, das ist für die Betroffenen, für die Angehörigen eine unvorstellbare Belastung, aber es geht auch nicht spurlos am Personal vorbei, das ist ja klar. Alleine auf der ITS, Intensivstation, hier in Schwerin gab es seit dem 1. Januar 58 Todesfälle durch Covid, 58 Male, in denen Medizinerinnen und Mediziner, Pflegefachkräfte versucht haben, Menschenleben zu retten mit allem, was die moderne Medizin bietet, und wo sie 58-mal mitbegleitet haben, dass es jemand nicht geschafft hat, und wo sie diejenigen sind, die es den Angehörigen sagen. Und auch das geht an den Menschen nicht spurlos vorbei.

Und ich will das hier am Anfang in den Mittelpunkt rücken, weil es in den letzten Wochen viel zu wenig auch öffentlich vorkam, dass dort Menschen sind, die echt alles dafür geben, dass die Leute es schaffen, aber dass sie es auch nicht alleine in der Hand haben, und dass wir

es der Gesundheit der Bevölkerung, aber auch denjenigen, die zum Glück diesen Beruf ergriffen haben und für die Menschen da sind, wenn es ganz kritisch ist – und es könnte jeden treffen, jede und jeden von uns, unsere Geschwister, unsere Partnerin, unseren Nachbarn, unsere Freunde –, und wir alle würden uns wünschen, dass es in diesem Moment genau diese Chefärztin, genau diese Pflegefachkraft gibt, die alles dafür tun, dass es unsere Freunde, unsere Angehörigen schaffen.

Und ich will das deshalb so auf den Punkt bringen, weil es eben nicht irgendeine Zahl ist, die Inzidenz, weil hinter der Inzidenz die Neuinfektionen stecken,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

und weil die Neuinfektionen eben bedeuten, dass Menschen schwer erkranken, und weil dahinter Menschen stehen, die anderen am Herzen liegen, und weil dahinter Menschen stehen, die seit über einem Jahr alles dafür geben, den Kampf gegen dieses Virus zu schaffen. Aber wir können sie nicht im Stich lassen. Wir tragen die politische Verantwortung dafür und wir tragen gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern die gesellschaftliche Verantwortung, weiterhin alles dafür zu tun, die Menschen, die Gesundheit der Menschen zu schützen – das ist das oberste Gut –, aber auch dafür zu sorgen, dass die Menschen, die in diesem Dienst stehen in den Krankenhäusern, auf den Covid-Stationen, auf den Intensivstationen, dass die es auch noch schaffen können. Das, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger, ist unsere gemeinsame Verantwortung, nicht mehr, nicht weniger.

Und wir dürfen jetzt nach einem Jahr gemeinsamem Kampf gegen dieses Virus nicht aufgeben. Wir müssen uns weiter anstrengen, dass wir die Gesundheit, unser Gesundheitssystem schützen und hier aus der Pandemie gut zusammen rauskommen. Darum bitte ich Sie.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und dieser Schutz dient der Gesundheit der Menschen, aber wir haben immer auf einen Dreiklang gesetzt: die Gesundheit der Bevölkerung, den Schutz von Wirtschaft und Arbeitsplätzen – denn niemand muss denken, dass es wirtschaftlich besser geht, wenn unser Gesundheitssystem überfordert wird und wir noch länger noch mehr Schließungen brauchen –, und es geht auch um den Zusammenhalt, den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Und dieser Dreiklang bringt uns seit drei Jahren durch diese Pandemie.

Und wir sind an einen Punkt gekommen, nachdem wir wieder eine lange Zeit mehr möglich machen konnten, zum Beispiel für unsere Kinder in Kitas und Schulen, dass wir wieder stärkeren Schutz brauchen wegen dieser dritten Welle. Ich kann mich gut erinnern, dass ich hier im Landtag, als wir in der zweiten Welle waren, darauf hingewiesen habe, dass sich hinter dieser zweiten Welle eine Art neue Pandemie durch die britische Mutation aufbaut. Ich habe auch in den Augen des einen oder anderen gesehen, dass diese Warnung belächelt wurde. Aber wir sind in dieser dritten Welle, und die Zahlen, die Fakten, hinter denen Menschen stehen, über die ich gerade berichtet habe, machen es deutlich. 30.000 haben sich gestern mit dem Corona-Virus infiziert. Seit Beginn der Pandemie haben sich in Deutschland 3 Milli-

onen Menschen infiziert. Und auch bei uns in M-V steigt diese Zahl rasant an. Mit 575 Neuinfektionen haben wir am Mittwoch den bisher höchsten Wert erreicht. Die Landesinzidenz liegt bei 149 Neuinfektionen.

Und neu ist, dass erstmalig in unserem Land alle Landkreise, alle kreisfreien Städte stark betroffen sind. Das ist neu, denn bisher war es so, dass es bestimmte Regionen gab, zum Beispiel die Hansestadt Rostock als größte Stadt in unserem Land, die über Monate lang ganz niedrig betroffen war mit Inzidenzen bei 20 Neuinfektionen. Und andere Regionen, andere Landkreise, wie Vorpommern-Greifswald, die Mecklenburgische Seenplatte oder eben auch Ludwigslust-Parchim, das wechselte immer, eben viel stärker betroffen waren. Und deshalb war es richtig, dass wir mit unserem MV-Weg, dem MV-Plan hier auch regional unterschiedlich vorgegangen sind. Erstmals ist aber jetzt das ganze Land betroffen, und unser MV-Plan, unser MV-Weg – verankert in unserer Corona-Landesverordnung, gemeinsam beschlossen – sieht vor, dass, wenn wir landesweit betroffen sind, auch landesweite Regelungen brauchen.

Und leider sind gestern auch drei Tote zu beklagen gewesen. Allein in unserem Land sind bisher 900 Menschen mit dem Virus gestorben, deutschlandweit mehr als 79.000 Menschen. Und diesen Menschen und allen Betroffenen haben wir Mitte März in einem ökumenischen Gottesdienst im Schweriner Dom gedacht. Und unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wird am Sonntag in einer zentralen Gedenkfeier der Toten gedenken als Zeichen, dass diese Menschen und ihre Angehörigen nicht vergessen sind, und als Zeichen der Unterstützung für die Angehörigen, auch für die, die sich eben täglich in unseren Krankenhäusern um die Schwerkranken kümmern.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, die Zahl der Toten sollte uns mahnen, dass wir eben jetzt nicht nachlassen und aufgeben. Wir brauchen weiter Schutzmaßnahmen gegen Corona. Wir brauchen aber auch weiter Kraft und Zuversicht. Wir müssen alles dafür tun, Menschenleben zu retten und gleichzeitig aus der Pandemie zu kommen. Und diese Zuversicht ist da. Wir haben Impfstoffe, entwickelt von klugen, tollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die uns helfen, jetzt Schritt für Schritt aus der Pandemie zu kommen. Allein in unserem Land sind 17 Prozent der Bevölkerung geimpft, und umso mehr Impfstoff wir bekommen, umso schneller werden wir hier vorankommen. Und diese Perspektive haben wir für unser Land in diesem Jahr.

(Horst Förster, AfD: In diesem Jahr!)

Und deshalb dürfen wir jetzt nicht nachlassen. Wir haben als neue Situation, dass das ganze Land betroffen ist. Wir haben als neue Situation, dass wir erstmalig den Wert von 150 erreichen, den wir uns in unserem MV-Plan in der Verordnung vorgenommen haben, um dann zu landesweiten einschränkenden Maßnahmen zu kommen.

Viele haben mich in den letzten Tagen gefragt, warum ging das jetzt in den letzten Tagen alles so schnell. Hier möchte ich sagen, dass wir nach den Ostertagen einen starken Anstieg hatten. Wir sind in einer dynamischen Welle, das ist exponentiell, das ist nicht, irgendwie langsam tröpfelt es vor sich hin, und wir haben auch eine höhere Landesinzidenz, weil wir den Meldeverzögerung aus

dem Landkreis Vorpommern-Greifswald bereinigt haben. Ich will darauf hinweisen, dass wir hier am 25.03. die Landtagsdebatte hatten und dort noch von einem Tagesstand von 95 Landesinzidenz ausgegangen sind. Mit dem heutigen Wissen hatten wir damals schon eine Landesinzidenz von 114, die durch den Meldeverzug nicht sichtbar war. Und sicherlich hätten wir zu diesem Zeitpunkt auch anders beraten, denn die 100 ist ja die magische Grenze für erste Schutzmaßnahmen. Deshalb ist es so, dass wir jetzt in den letzten Tagen diesen doppelten Anstieg hatten und darauf reagieren müssen.

Meine Damen und Herren, wir sehen deshalb diese Entwicklungen mit Sorge und müssen darauf reagieren. Und die Wissenschaftler, mit denen wir in den letzten Tagen intensiv beraten haben, haben drei Szenarien berechnet:

Erste Möglichkeit, wir lassen den Status quo, dann werden die Infektionszahlen weiter steigen und unser Gesundheitssystem überlastet, und wir würden frühestens im August wieder niedrigere Zahlen haben, weil erst dann so viel Impfstoff da ist, dass man so viele Menschen impfen kann, dass die Impfung eine tatsächliche Auswirkung auf diese Welle hat. Ich glaube, jedem ist klar, dass man das nicht so laufen lassen kann.

Die zweite Möglichkeit, wir reduzieren die Kontakte um 34 Prozent, dann würden wir acht Wochen brauchen, um ungefähr auf eine Inzidenz von 50 zu kommen.

Und die dritte Möglichkeit, wir reduzieren die Kontakte um 50 Prozent – das entspricht ungefähr den Maßnahmen vom letzten Jahr, vom letzten Frühjahr, mit denen wir ja sehr erfolgreich die erste Welle bekämpft haben –, dann würde man fünf Wochen brauchen, um die Inzidenz von 50 zu erreichen.

Ich will hier ganz klar sagen, dass wir nicht nur auf die Inzidenz schauen. Sie ist ein wichtiger Richtwert, weil sie etwas über die Neuinfektionen, die Dynamik und auch die Krankenhausbelastungen, die dann zukünftig kommen, sagt. Wir schauen auch gleichzeitig auf die Krankenhausbelastung, und die ist eben auch zugespitzt. Und wir wollen eben nicht warten wie andere Bundesländer, wie es in Thüringen oder Sachsen passiert ist, dass es sozusagen nicht mehr kontrollierbar ist, dass es aus dem Ruder läuft. Wir wollen früh handeln. Das war immer das Erfolgsrezept des MV-Weges, des MV-Planes, dass wir frühzeitig handeln, um die Lage im Griff zu behalten. Das hat uns durch die erste Welle getragen, das hat uns durch die zweite Welle getragen und ich bin fest davon überzeugt, dass dieses rechtzeitige konsequente Handeln uns durch die dritte Welle trägt.

Und deswegen schlagen wir als Landesregierung vor, dass wir genau diesen konsequenten Weg gehen müssen und jetzt entsprechend des MV-Planes, entsprechend der Corona-Landesverordnung die Kontakte reduzieren müssen bis zu 50 Prozent. Jetzt konsequent und zügig handeln sichert, dass wir diese dritte Welle beherrschen, sichert, dass unser Gesundheitssystem nicht überfordert wird und dass wir zügig zu niedrigen Infektionszahlen kommen, um wieder Öffnungsperspektiven zu geben. Das soll unser gemeinsames Ziel sein, dafür werbe ich bei Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass wir diesen Weg schon vor vielen Monaten gemeinsam beraten und beschlossen haben im sogenannten MV-Gipfel mit allen Landräten, allen Oberbürgermeistern und mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Sozialverbänden und natürlich unseren Gesundheitsexperten und dass wir auch diesen MV-Weg hier im Landtag oft diskutiert haben und ja auch der Landtag ihn so beschlossen hat. Wir haben ihn in unserer Corona-Verordnung verankert. Wir haben verankert, dass wir bei niedrigen Infektionen, wenn sie im Land regional unterschiedlich sind, auch unterschiedliche Wege gehen und bei niedrigen Infektionen Öffnungen machen.

Ich bin sehr froh, dass gerade der Landtag immer wieder gesagt hat, gerade Kita und Schulen sollen länger offen bleiben, hier soll mehr ermöglicht werden. Das ist uns in den letzten Monaten gelungen, mehr als in anderen Bundesländern. Zu diesem Plan gehört aber auch, und das erscheint mir aufgrund einiger Diskussionen der letzten Tage wichtig zu sein, das noch mal deutlich zu machen, zu diesem Plan, zu diesem Weg, der übrigens auch in der Verordnung verankert ist, gehört auch, dass, wenn die Zahlen steigen, die Gesundheitsbelastung stärker wird, die Belastungen in den Krankenhäusern auf den Intensivstationen, dass man dann auch wieder zu Einschränkungen kommen muss. Beides gehört zu diesem MV-Weg und MV-Plan.

Und als wir damals die ersten Öffnungsschritte gemacht haben, habe ich darauf hingewiesen, dass man auch daran denken muss, dass, wenn die Lage sich wieder zuspitzt, man auch zu Einschränkungen bereit sein muss, was natürlich schwerer ist für die Betroffenen und natürlich auch für die Politik, und deshalb müssen wir jetzt diesen Weg konsequent weitergehen. Das ist kein Richtungswechsel, das ist auch kein Kurswechsel, es ist der MV-Weg: bei niedrigen Inzidenzen, bei einer entspannteren Lage im Gesundheitswesen mehr ermöglichen für die Menschen und bei höheren Inzidenzen und bei einer Belastung des Gesundheitswesens auch wieder zu Schutzmaßnahmen zu kommen.

Ich werbe dafür, diesen Weg konsequent in M-V weiterzugehen. Und ich werbe auch dafür, nicht auf das Bundesinfektionsschutzgesetz zu warten. Wir erhoffen uns von diesem Gesetz eine bessere rechtliche Regelung für die Ausgangsbeschränkungen, aber dieses Gesetz wird nicht den MV-Weg im Detail regeln können. Wir sollten selber in dieser Verantwortung stehen und auch diesen verantwortungsvollen Weg gehen.

Und deshalb will ich mich ganz herzlich bedanken bei den Fraktionen von SPD, CDU und der Linksfraktion. Wir haben über diese Lage in den letzten Tagen beraten, vorgestern zunächst in den Fraktionen – auch die AfD-Fraktion war vertreten –, dann gestern im MV-Gipfel und heute die Beratung im Landtag, und dann durch Sie eine Beschlussfassung. Diesen Beschluss werden wir dann heute im MV-Gipfel in die Corona-Verordnung einarbeiten. Das ist der MV-Weg vor Ort, gemeinsam mit der kommunalen Familie, mit den gesellschaftlichen Kräften und dem Parlament. Und dieses zügige und konsequente Handeln in 3 Tagen und nicht 14 Tage Gesetzesdebatte, sondern in 3 Tagen zügig handeln, zeigt, dass auf die Politik in M-V Verlass ist, zeigt, dass der MV-Weg mit dem MV-Gipfel und der Einbindung des Parlamentes der richtige Weg ist.

Und ich will mich ausdrücklich bedanken bei Thomas Krüger, bei Herrn Waldmüller und bei Frau Oldenburg, dass wir bei aller kontroversen Diskussion, und Kritik gehört dazu, wir können nur durch eine kritische Diskussion den besten Weg erreichen, aber dass Sie für dieses konsequente und zügige Handeln in diesen letzten drei Tagen gestanden haben, für diese Zusammenarbeit möchte ich mich bedanken, denn sie zeigt, dass in unserem Land – übrigens auch in einem Wahljahr – parteiübergreifend gehandelt wird, konsequent gehandelt wird, wenn es dem Wohl des Landes dient und dem Wohl der Bevölkerung. Vielen Dank auch hier für Ihren persönlichen Einsatz!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ich habe diese Dinge, die die Fraktionen in den Beratungen vorgeschlagen haben, gestern auch im MV-Gipfel diskutiert und wir haben im MV-Gipfel dann die Vorschläge weiterentwickelt und beraten und schlagen Ihnen deshalb vor, dass wir entsprechend unserer Landesverordnung weitere Schutzmaßnahmen ergreifen:

Wir wollen vor allem die Kontaktbeschränkungen verschärfen. Das ist das wichtigste Mittel. Der Vorschlag ist, dass die Menschen in ihrem Haushalt bleiben, in ihrer Familie und zusätzlich eine Person treffen können, Kinder bis 14 werden nicht berechnet.

Wir wollen zweitens sowohl die Kitas als auch die Schulen in eine Notbetreuung versetzen. Das ist jetzt erforderlich, weil die britische Mutation anders als das Coronavirus in der ersten und zweiten Welle auch stärker ein Infektionsgeschehen in den Familien hat, das wir dann in Kitas und Schulen sehen. Parallel dazu sollen die Schulen, sollen die Lehrerinnen und Lehrer, die es wünschen, weiter geimpft werden, nicht nur die Grundschulen, sondern auch die weiterführenden Schulen. Wenn Sie das heute hier, wie Sie es vorgeschlagen haben, als Landtag beschließen, dann würden wir das sehr gerne umsetzen. Wir wollen also nicht nur einschränken, wir wollen parallel etwas tun.

Diese Notbetreuung wird unsere Familien in den nächsten Tagen stark belasten, denn wir wünschen uns alle, dass unsere Kinder in die Kita und in die Schule gehen können. Und als Mutter von zwei Kindern weiß ich, was das bedeutet, und ich weiß, dass es Familien gibt, die wesentlich größere Probleme haben aufgrund beengter Wohnverhältnisse, Existenzprobleme. Aber ich will hier berichten, dass der Moment, wo meine Tochter am 8. März Geburtstag hatte und zu diesem Zeitpunkt seit vier Monaten nicht mehr in die Kita gegangen ist, dass der Moment, als ihre Kitagruppe angerufen hat und „Happy Birthday“ gesungen hat, dass der auch echt nicht spurlos an mir vorbeigegangen ist. Ich weiß, was die Kinder durchmachen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und deshalb tut es mir leid für unsere Kinder, für die Schülerinnen und Schüler, dass wir an einen Punkt gekommen sind, dass wir wieder Kitas und Schulen schließen müssen. Und deshalb ist es uns wichtig, dass gerade für die Kinder, die es aus sozialen Gründen brauchen oder wo Eltern arbeiten müssen, zum Beispiel in der Pflege, dass wir dort auch wieder eine Notbetreuung anbieten. Für alle Eltern gilt – und hier möchte ich mich

beim Bund ganz herzlich bedanken, ich bin ja bekannt für kritische Worte, aber ich weiß auch, wenn vom Bund gute Dinge kommen –, ich finde es sehr gut, dass der Bund den Familien, den Eltern 30 Kinderkrankentage zur Verfügung stellt, um genau in dieser Zeit durchzukommen. Dafür muss nicht das Kind krank sein, das kann jetzt genutzt werden für diese Situation der geschlossenen Kitas und Schulen. Das ist ganz wichtig – bei Alleinerziehenden sogar 60 Tage –, das ist eine gute Entscheidung für unsere Familien und hilft uns genau in diesem Zeitpunkt. Vielen Dank dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Unser Ziel ist, sobald wir eine Landesinzidenz von 100 erreicht haben und die stabil ist, wieder die ersten Öffnungsschritte von Kitas und Schulen zu gehen, so wie es auch unser Stufenplan, der beraten und beschlossen ist, vorsieht, und so, wie es auch immer der Landtag hier gesagt hat: Kinder first, Kitas, Schulen first. Das wollen wir so schnell wie möglich machen. Und gleichzeitig sollen jetzt aber natürlich auch die Abschlussklassen, so war es immer in unserem Land, auch zusätzliche Schulmöglichkeiten erhalten.

Neben Kontaktbeschränkungen, Kitas und Schulen geht es auch um die Wirtschaft. Hier müssen wir den Einzelhandel einschränken. Der Einzelhandel sollte schon bei einer Notbremse von 100 eingeschränkt werden. Wir haben es mit Testpflicht bis 150 offen gelassen, um mehr zu ermöglichen, aber wir sind an einem Punkt, wo wir es wieder einschränken müssen. Wir wollen einen Unterschied machen zur Vergangenheit, wir wollen zum Beispiel Baumärkte mit offen lassen. Das ist uns sowieso wichtig. Wir werden an einigen Stellen zeigen, dass wir Dinge wieder stärker offen lassen, dazu gehört vor allem der Außenbereich. Wir wollen anders als zum Beispiel im letzten Jahr nicht Spielplätze oder Zoos oder Tierparks schließen, sondern wir wollen gerade den Menschen im Außenbereich, auch den Familien hier mehr Möglichkeiten geben.

Wichtig ist, dass wir auch dafür sorgen, dass wir klare Reiseregeln haben. Wir sind das Land mit den härtesten Reisebeschränkungen, und dazu stehen wir. Wir müssen uns konzentrieren auf die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung, und Mobilität trägt zum Infektionsgeschehen bei. Und deshalb haben wir seit längerer Zeit die klaren Regeln, dass Reisen nach Mecklenburg-Vorpommern nicht möglich ist. Und für eine nächste Zeit wird es auch denjenigen, die hier in unserem Land Zweitwohnungen haben oder Dauercamper sind, nicht möglich sein, nach Mecklenburg-Vorpommern zu kommen. Ich erinnere daran, wenn wir all das nicht tun, dann wird es auch keinen Sommerurlaub in M-V geben können,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

und deshalb ist es wichtig, jetzt konsequent zu handeln, damit wir wieder den Sommer für uns möglich haben.

Das, sehr geehrte Damen und Herren, sind einige unserer Vorschläge. Wir werden natürlich auch Ihre Vorschläge aufgreifen. Wir haben das bereits versucht zusammenzuführen, von den Regierungsfractionen, der Linksfraction gemeinsam mit dem MV-Gipfel, und würden das heute gerne umsetzen. Ich will aber auch ganz klar sagen, dass in einer solchen Situation es keine Einbahn-

straße geben darf. Es geht nicht nur um Schutzmaßnahmen, die wir ergreifen durch Einschränkungen für Bürgerinnen und Bürger. Es geht auch darum, dass wir parallel dazu zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um voranzukommen, und dazu gehört vor allem das Impfen.

Sie wissen, dass wir hier im Land auf die Strategie setzen „testen, impfen, schützen“. Wir brauchen jetzt strengere Schutzmaßnahmen, so, wie es unser MV-Plan vorsieht, aber wir wollen auch mehr testen. Die Teststrategie, die wir entwickelt haben, an der halten wir weiter fest und die brauchen wir dringend, wenn wieder die nächsten Öffnungsschritte möglich sind, denn wenn wir insgesamt die Inzidenz von 50 erreicht haben und unser Gesundheitswesen wieder entlastet wird, wollen wir auch wieder Öffnungsschritte gehen. Dazu hat unser Gesundheitsministerium in den letzten Monaten 300 Teststellen im Land mit Partnern errichtet, aber wir setzen vor allem auf das Impfen. Und das will ich ganz deutlich sagen: Alles, was wir seit einem Jahr machen, dient dem Schutz und sind zusätzliche Maßnahmen. Aber das Einzige, was uns aus dieser Pandemie hilft, ist Impfen, Impfen, Impfen, und deshalb muss unsere Impfkampagne beschleunigt werden.

Deshalb ist es gut, dass wir die Verabredung mit den Landräten und Oberbürgermeistern haben, bis zum Sonntag dieser Woche müssen alle Impfdosen verimpft sein, die gerade da sind. Was noch übrig bleibt, muss an Impfzentren gehen, wie zum Beispiel in Schwerin, die weit vorne sind, die zügig sind.

Wir wollen aber auch viel stärker in die Fläche mit zum Beispiel mobilen Teams, und deshalb begrüße ich ausdrücklich den Vorschlag der drei Fraktionen von SPD, CDU und Linksfraktion, einen zentralen Impfmanager des Landes einzusetzen. Ich bin fest davon überzeugt, dem Impfen muss jetzt maximale Aufmerksamkeit geschenkt werden mit jemandem, der sich wirklich rund um die Uhr ausschließlich darum kümmert, gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten vor Ort, gemeinsam mit Partnern wie der Bundeswehr. Umso schneller wir beim Impfen vorankommen, umso eher unser Ausweg aus der Pandemie. Voraussetzung ist natürlich, dass wir auch entsprechend mehr Impfstoff die nächsten Wochen bekommen, aber das muss unser Ziel sein. Einschränkungen für Bürgerinnen und Bürger, aber gleichzeitig auch alles für die Bürgerinnen und Bürger zu tun, dass wir schnell mit dem Impfen aus dieser Pandemie kommen, das gehört zusammen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Franz-Robert Liskow, CDU)

Dazu gehört auch, dass wir flexibler werden, auch, was die Priorisierung angeht, dass wir mehr Möglichkeiten haben, und hier begrüße ich ausdrücklich die Vorschläge aus den Fraktionen.

Ich will zum Schluss ansprechen, dass es auch um Wirtschaftshilfen geht. Fast 1 Milliarde Euro stellen Bund und Land mittlerweile der Wirtschaft in M-V zur Verfügung,

(Holger Arppe, fraktionslos: Die Steuerzahler stellen das zur Verfügung, die Steuerzahler, und nicht das Land!)

um die wirtschaftlichen Verwerfungen zu begleiten – wir können sie nicht hundert Prozent kompensieren, aber wir

müssen helfen. Dazu kommen die vielen Millionen für Kurzarbeitergeld. Und ich bin dem Wirtschaftsminister dankbar, dass er gemeinsam mit den Unternehmerverbänden ein zusätzliches Wirtschaftsprogramm erarbeitet hat, und natürlich sage ich Danke an unseren Finanzminister, der es unterstützt und begleitet, dass wir jetzt noch mal mit 100 Millionen Euro zusätzlich helfen. Ich sage aber auch ganz klar, wenn der Bund jetzt das Bundesinfektionsschutzgesetz mit klaren Einschränkungen auch für die Wirtschaft beschließt, steht er auch in der Pflicht, diesen Bereichen stärker zu helfen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Wir als Land machen schon mehr, wir machen übrigens auch mehr als andere Bundesländer. Allein die Neustartprämie hat kein anderes Bundesland, aber wir brauchen ganz klar stärkere Unterstützung, auch für unsere Wirtschaft, für unseren Arbeitsmarkt vom Bund.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, dass unsere Landesregierung weiterhin mit voller Kraft daran arbeitet, unser Land gut durch diese Pandemie zu bringen. Unser gemeinsames Ziel muss bleiben, von den dynamischen, hohen Infektionszahlen wieder runterzukommen, um die Gesundheit der Menschen zu schützen und auch wieder Öffnungsperspektiven zu geben, für Kinder, Jugendliche, für gesellschaftliche und wirtschaftliche Bereiche. Ich weiß, dass uns jetzt ein immenser Kraftakt die nächsten Wochen bevorsteht, und ich weiß, dass es eine große Zumutung für die Bürgerinnen und Bürger ist, aber wenn wir jetzt unsere Kräfte bündeln, wenn wir jetzt klar, geschlossen und konsequent diesen Weg gehen, den unser MV-Plan ja vorsieht, dann können wir es in den nächsten Wochen erreichen, auch diese dritte Welle zu beherrschen und auch unser Gesundheitssystem zu sichern und damit viel schneller auch wieder wirtschaftliche Perspektiven zu geben und unser Land zusammenzuhalten.

Ich bitte alle, und vor allem die Bürgerinnen und Bürger, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen, in dem Vertrauen, mit der Kraft und mit der Zuversicht, dass es uns gemeinsam gelingt, aus dieser Pandemie zu kommen, weil uns jetzt nicht passieren darf, dass, wo wir den größten Teil hinter uns haben, auf den letzten Metern bis zur umfassenden Impfung wir diesen Kampf gegen diesen Staatsfeind Nummer eins „Corona-Virus“ verlieren.

(Holger Arppe, fraktionslos: Staatsfeind Nummer eins!)

Darum bitte ich Sie.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Das müssen wir gemeinsam tun, und es ist wichtig, dass wir die Bürgerinnen und Bürger dabei mitnehmen. Ich bitte Sie um diese Unterstützung und ich bitte Sie um diesen klaren und konsequenten Kurs für unser Land. Das wird uns niemand abnehmen, dafür stehen wir in Verantwortung. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/6021 wird nicht gewünscht.

Gemäß Paragraph 84 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung beträgt die Aussprachezeit nach einer Regierungserklärung 155 Minuten. Des Weiteren hat der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe eine Redezeit von 3 Minuten beantragt. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist schon üblich, dass ich gesagt habe, wenn wir diese Sondersitzungen haben oder jetzt eine reguläre Sitzung, dass sich natürlich die Begeisterung, hier zu Corona zu sprechen, natürlich in Grenzen hält. Uns wäre allen lieber, dass diese erdrückende Zeit, dass wir diese erdrückende Zeit, dass die zu Ende ginge. Dennoch nutzt es nichts, und das wissen wir alle, das ist nichtsnutzig, vor dem Virus, die Augen vor diesem Virus eben zu verschließen. Und ich kenne, ich kenne vermeintliche Spezialisten. Wir führen ja alle viele, viele Gespräche und man kriegt immer kluge Ratschläge, und es gibt auch Spezialisten, die mir erzählen wollen, dass die Pandemie wohl am besten dann vorbei wäre, sobald wir aufhören zu messen und zu testen.

Und das ist eben ein fataler Irrglaube, auch wenn durch vermehrtes Testen natürlich ein genaueres Bild entsteht, was die Inzidenz angeht. Und ebenso ist es ein Irrglaube, dass die Inzidenz eine Art magische Zahl sei, die einzig und allein unser politisches Handeln bestimmt. Ich glaube, das haben wir in der Vergangenheit auch gezeigt, dass das eben nicht der Fall ist. Und tatsächlich ist die Inzidenz eine Art Frühwarnwert. Und dieser Frühwarnwert gibt uns – so war im bisherigen Verlauf der Pandemie das immer der Fall – einen Ausblick auf die bevorstehenden Situationen der Intensivstationen. Denn hier gibt es nur, das wissen Sie, und das ist auch jetzt eine Situation, die wir sehr genau betrachten müssen, es gibt hier nur eine begrenzte Zahl an Betten, eine begrenzte Zahl an Atemgeräten und vor allem – und ich glaube, das müssen wir in den Mittelpunkt rücken – nur eine begrenzte Zahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die seit über einem Jahr die Schwerkranken betreuen, viele bis zur Genesung, aber leider auch viele bis zum Tod.

Und die Inzidenz ist deswegen nach wie vor ein Wert, der uns anzeigt, wie nah unser Gesundheitssystem perspektivisch an seiner Belastungsgrenze ist. Und deswegen ist es auch keine kluge Idee, die Inzidenz einfach Inzidenz sein zu lassen und einfach nur auf die Auslastung der Betten zu schauen. Fakt ist nämlich, wenn wir unser Gesundheitssystem an die Belastungsgrenze bringen und dann erst gegensteuern, würde es Wochen dauern, bis die Maßnahmen anfangen zu greifen. Die Notwendigkeit oder die notwendige Konsequenz wäre – und das ist ethisch-moralisch nicht vertretbar – ein Auswählen-, Aussortierenmüssen der Kranken nach dem Schweregrad ihrer Erkrankung. Und deswegen braucht es die Inzidenz als Frühwarnwert.

Ich bin davon überzeugt, dass die allermeisten Mitglieder der AfD-Fraktion diesen relativ plausiblen Zusammenhang verstehen. Das ist nämlich gar nicht so kompliziert. Und das Problem ist aber, Sie von der AfD sind einfach davon überzeugt, dass die verantwortlich Handelnden, die in Regierung stehen, ob im Bund oder hier im Land, mit Vorsatz darauf ausgerichtet sind, den Menschen das Leben unnötig schwer zu machen. Und deswegen sind Sie einfach nicht bereit zu akzeptieren, dass eine hohe Inzidenz als Warnung zu verstehen ist, die man besser nicht ignoriert. Und ich kann Ihnen sagen, dass diese Entscheidungen, die wir hier treffen, dass es eben nicht so ist, wie Sie das immer hier boykottieren, dass wir das gerne machen, dass wir das mit Vorsatz machen

(Horst Förster, AfD:

Wie kommen Sie auf die Idee?! –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

oder wie auch immer, sondern das ist, das ist sehr wohl und lange überlegt, und ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie schwer man sich das selber macht, nicht nur in den Beratungen, auch zu Hause in der Familie. Wir überlegen die ganze Zeit, was ist der richtige Weg, wie geht das weiter. Man macht sich das nicht einfach. Und ich glaube, das gilt hier für die Koalitionsfraktionen und das gilt auch für die LINKEN.

Und diese Entscheidungen, die wir treffen, die treffen wir mit Sicherheit nicht gerne, aber es hat auch etwas mit Verantwortung gegenüber dem Land und mit Verantwortung gegenüber der Bevölkerung zu tun. Und tatsächlich ist es aber auch so, dass die Aussagekraft der Inzidenz irgendwann nachlassen wird. Das hat sehr viel mit dem Zweiten zu tun, wo Sie als AfD auch allergisch reagieren, nämlich mit dem Impfen. Und schwere und schwerste Verläufe gehen in der Regel mit hohem Lebensalter und mit Vorerkrankungen einher. Die Impfkampagne wird daher auf Sicht zur Entlastung der Intensivstationen führen und damit auch die Inzidenzen in ein anderes Licht rücken.

Aber alleine dieser Zeitpunkt ist noch nicht gekommen. Und bislang ist der Stand, steigt die Inzidenz, steigt die Belastung für das Gesundheitssystem. Und wenn man diese Belastung sehen will, dann reicht eben nicht allein der Blick auf die Zahlen, sondern muss man das Gespräch mit den Menschen suchen, die seit über einem Jahr auf der Intensivstation gemeinsam mit den Patientinnen und Patienten buchstäblich um den Tod ringen.

Es kommt noch ein weiterer Punkt hinzu, der die Inzidenz so relevant macht: Das Covid-19-Virus mutiert, es mutiert seit Beginn der Pandemie, und das ist für ein Virus auch nicht ungewöhnlich, jedes Virus mutiert.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Das Problem ist nur, die Impfstoffe, die wir haben, helfen, soviel wir wissen, gegen Covid-19 weitgehend und die bisher infizierten Mutationen, und je länger die Pandemie dauert und je mehr Menschen sich infizieren, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir es mit den Mutationen zu tun bekommen, die gegen die bisherigen Impfstoffe möglicherweise resistent sind.

(Horst Förster, AfD: Genau.)

Und das wiederum bedeutet, dass wir, wenn es schlecht läuft, möglicherweise wieder bei null anfangen. Und dieses Szenario zeichnet sich bisher noch nicht ab.

Fakt ist aber, dass jede zusätzliche Infektion mit Covid-19 das Risiko zusätzlicher Mutationen vergrößert. Und auch deshalb muss uns daran gelegen sein, Infektionen zu vermeiden und so schnell wie möglich diese Pandemie zu überwinden. Und diese zusätzlichen Infektionen werden nun mal ebenfalls durch die Inzidenz abgebildet. Und deswegen, aber das nur am Rande, kann es uns auch nicht egal sein, wie die Impfsituation in anderen Teilen der Welt ist. Selbst, wenn wir in Deutschland eine Impfquote haben, die uns eine Herdenimmunität beschert, kann es sehr schnell passieren, dass eine Mutation des Virus aus einem anderen Land mit einem weniger guten Gesundheitssystem wieder zu uns hereinschwappt.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Und was ist die Lösung, Herr Waldmüller?)

Meine Damen und Herren, ich habe es hinreichend erklärt, warum das derzeitige Infektionsgeschehen, das mit hohen Inzidenzen einhergeht, Anlass zur Sorge bietet – nein, nicht nur zur Sorge, sondern zum Handeln zwingt, aber auch deutschlandweit. Das ist schon erklärt worden, dass wir hier nicht in Mecklenburg-Vorpommern eine alleinige Entwicklung haben, sondern wir haben in Deutschland gesamthaft die Entwicklung, wir haben sie europaweit. Die Situation in allen anderen Bundesländern ist mehr oder minder gleich schlecht, wir haben es schon gehört. Lediglich in Schleswig-Holstein sind die Zahlen im Moment noch vergleichsweise gut, das kann sich aber schnell ändern.

Ich denke, jeder hat inzwischen verstanden, dass sich das Virus nicht für Landes- oder Kreisgrenzen interessiert. Von dementsprechenden Zahlenspielen habe ich deswegen noch nie was gehalten, und genauso finde ich die Diskussion nicht zielführend, ob das Bundesland A jetzt 2.000 mehr verimpft als das Bundesland B.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Fakt ist, die Pandemie ist ein Problem von nationaler Tragweite, und dementsprechend fand ich es auch absolut richtig, dass die deutsche Bundesregierung vor wenigen Tagen eine Veränderung des Infektionsschutzgesetzes auf den Weg gebracht hat, wodurch eine bundesweit einheitliche Notbremse bei einer Landesinzidenz über 100 greifen soll. Diese Notbremse betrifft dann jedes Bundesland bis auf jetzt momentan lediglich Schleswig-Holstein, die derzeit noch drunterliegen.

Dass die Bundesregierung eine entsprechende Gesetzesnovelle auf den Weg gebracht hat, kann man nur begrüßen. Sie alle wissen noch, die letzte MPK-Konferenz, die uns alle, denke ich mal, noch mal in Erinnerung war, ich hatte es beim letzten Mal schon gesagt, wenn man dann der Auffassung sein kann, dass dieses Format der MPK-Konferenz als Entscheidungsgremium eben nicht mehr als Entscheidungsgremium erkennbar war, weil wenn man einen Kompromiss eben aushandelt, einen gemeinsamen Kompromiss aushandelt und am nächsten Tag infrage stellt, dann ist dieses Format der MPKs zu hinterfragen.

Und wenn etwas an dieser einheitlichen Regelung zu bemängeln ist, dann, dass sie vielleicht jetzt erst kommt.

Hätte der Bund schon im Spätsommer letzten Jahres die Zuständigkeit an sich gezogen, dann wäre heute vielleicht wahrscheinlich eine andere Situation. Aber das ist Spekulation. Da will ich auch nicht weiter vertiefen. Fakt ist, dass die Bundesnotbremse naht und Gesundheitsminister Spahn gestern richtigerweise darauf hingewiesen hat, dass die Länder nicht auf das Bundesrecht warten müssen, sondern ihrerseits bereits tätig werden können und auch sollen. Die Bundesnotbremse stellt insofern eine Art rechtliche Untergrenze dar. Und falls die Länder rechtliche Regelungen treffen, die über das hinausgehen, was der Bund vorgibt, dann greift die Landesregelung.

Meine Damen und Herren, bis spät in die Nacht hat gestern die Landesregierung mit Interessenvertretern der Medizin, der Kommunen, der Verbände, Wirtschaft, Tourismus gerungen, um eine gemeinsame politische Linie zu finden. Dies wird im vorliegenden Antrag abgebildet, das heißt, das, was heute vorliegt, hat bereits, wenn ich das so sagen darf, den Segen des vopolitischen Raums. Und das ist tatsächlich in gewisser Weise ein Novum.

Zu Beginn der Pandemie, Sie erinnern sich, war es so, dass die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin sich auf etwas einigten und irgendwann dann eine Landesverordnung eben verordnet wurde. Und seit ein paar Monaten, das ist auch gut so, tagt vor der Veröffentlichung dieser Verordnung immerhin der Landtag im Rahmen einer Sondersitzung, sodass man zumindest mal darüber spricht, was demnächst Landesrecht wird. Und jetzt ist die Reihenfolge noch eine andere, sogar so, dass die Abstimmung mit dem vopolitischen Raum vor dem Beschluss des Landtages erfolgt, der dann zur Basis der veränderten Landesverordnung wird. Das ist zwar immer noch entfernt von einem geordneten parlamentarischen Verfahren, aber das bedingt nun mal die Corona-Zeit. Ich erkenne aber sehr wohl das Bemühen der Landesregierung an, parlamentarische Gepflogenheiten wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Und das ist schon deswegen ein gutes Signal, weil auf Bundesebene durch die Änderungen im Infektionsschutzgesetz der Deutsche Bundestag auch wieder stärker Teil des Geschehens wird, und ich denke, es ist gut, es steht uns gut zu Gesicht, an dieser Stelle nicht hinter den Entwicklungen auf der Bundesebene zurückzubleiben.

Ich möchte jetzt, meine Damen und Herren, ich möchte auf den Antrag nicht Punkt für Punkt eingehen, zumal keiner der Punkte so wirklich neu ist und keiner der Punkte für sich genommen einer gesonderten Begründung bedarf. Das ist selbsterklärend, was eben da steht. Fakt ist, das Virus breitet sich von Mensch zu Mensch aus, und zwar auch durch Aerosole. Das Unterbinden von Kontakten ist der einzige Weg, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. Die Gastronomie, die Hotels, der Handel, die Fitnessstudios, der Sport, in jedem dieser Bereiche gibt es fantastische Hygienekonzepte, keiner dieser Bereiche ist für sich genommen Treiber der Pandemie. Tatsache ist aber, dass wir bei der Mehrzahl der Infektionen nach wie vor nicht wissen, wo sich die Menschen anstecken, und deswegen bleibt keine andere Möglichkeit, als einen möglichst breiten Ansatz zu wählen.

Ich wünschte, wir hätten ein Mittel, das ähnlich wirksam ist, wir haben aber leider keins, und Sie sind jetzt gefragt, wenn Sie schon dazwischenquatschen, dass Sie auch Alternativen aufzeigen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Das Verschließen, das Verschließen ...

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das machen wir seit einem Jahr.)

Ich habe noch keine Alternative von Ihnen gehört. Und das Verschließen der Augen ist und bleibt keine Option.

Ich möchte zum Schluss kommen, ich möchte zwei Botschaften heute aussenden, dass die klar werden, dass die nach außen dringen. Die eine Botschaft ist natürlich, worum es jetzt wirklich geht und warum wir handeln müssen, das ist die Krankenhausauslastung. Wir stoßen an die, wir haben dieses exponentielle Wachstum im gesamten Mecklenburg-Vorpommern, es ist eine Situation, die wir bislang so noch nicht hatten.

(Holger Arppe, fraktionslos:
Die Zahlen gehen doch runter!)

Wir haben die landesweite Ausbreitung,

(Holger Arppe, fraktionslos:
Die Zahlen gehen doch runter!)

wir haben, die Intensivbetten gelangen –

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

und da gucken Sie bitte, informieren Sie sich! –,

(Holger Arppe, fraktionslos:
Sie erzählen doch Quatsch!
Die Zahlen gehen runter.)

die Intensivbetten gelangen, wenn wir an die Grenzen gelangen mit den Intensivbetten,

(Holger Arppe, fraktionslos: Ach!)

an die Grenzen der Versorgungsmöglichkeit, Versorgungskapazitäten. Geplante OPs werden heute schon verschoben,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Die werden
seit einem Jahr verschoben.)

andere Notfälle, die außerhalb von Corona passieren und Intensivbetten bedürfen,

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

werden schon, werden schon ausgesucht. Wir sind mit dem Personal – und das ist das Entscheidende –, mit dem Personal, weil Corona-Betten, Intensivbetten wesentlich personalintensiver sind, wir sind mit dem Personal an der Belastungsgrenze angelangt, an der Belastungsgrenze und an der Kapazitätsgrenze.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und das müssen Sie, wenn Sie nun alles nicht glauben, wenigstens das müssen Sie akzeptieren und müssen Sie wahrnehmen und müssen Ihre Konsequenzen daraus ziehen. Und Sie kommen zu keiner anderen Konsequenz als derjenigen, die wir Ihnen auch heute vorschlagen.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Holger Arppe, fraktionslos)

Und ich hatte es vorhin schon gesagt, es gibt ethisch-moralisch Grenzen, wenn man auswählen muss, wer aufgrund der besseren Prognose ein Intensivbett bekommt. In diese Situation wollen wir hier niemals kommen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und jetzt sei noch einmal, noch einmal, wenn man jetzt einmal unterstellt, wenn man unterstellt, die dramatisieren, die machen und tun, oder es ist ein Gefühl der Angst, das erzeugt wird,

(Jörg Kröger, AfD: Ständig!)

dann gehen Sie bitte auf die Intensivstationen, unterhalten sich mit dem Intensivpersonal! Das hier ist kein Drama, das ist Realität. Und insofern bitte ich auch, dann die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Und das zweite, das zweite Signal, was hier ausgehen soll, ist – warum ziehen, einige haben ja gesagt, warum zieht ihr denn das vor, warum wartet ihr denn nicht auf den Bund, bis es der Bund macht –, wenn Sie gucken, wie viele Infektionen wir jeden Tag haben, und wir wissen, dass statistisch von den Infektionen in drei oder vier Wochen auch Intensivbetten belegt werden, dann ist jeder Tag des Zögerns ein Kapazitätsaufbau bei den Intensivbetten. Und deswegen haben Sie keine Zeit mehr zu warten, weil die jeden Tag die Kapazitäten der Intensivmedizin der Zukunft belegen. Und deswegen ist ein schnelles Handeln notwendig, und auch im Hinblick auf die Bewältigung der Pandemie heißt eine Woche warten zwei Wochen lang länger Lockdown, um wieder auf das entsprechende Maß eben runterzukommen.

Und insofern ist es eben auch die Frage, und das ist das Signal: Warum geht man diesen Weg, warum sagt man nicht, nein, wir lassen laufen, oder nein, wir machen weiter wie bisher, wir versuchen trotzdem noch, das so oder so aufzuhalten oder dergleichen, warum ist es wichtig, diesen wichtigen Weg, diesen etwas härteren Weg mit tatsächlich 50-prozentiger Kontaktbeschränkung zu gehen? Das hat den wesentlichen Sinn, unsere Wirtschaft auch wieder in die Lage zu versetzen, tatsächlich wieder zu öffnen. Es ist an uns, den Weg, bis hier diese Untergrenze von beispielsweise, die Landesinzidenz unter 50 zu drücken, so schnell wie möglich zu tun, und man kann hier kein Versprechen abgeben, aber wir müssen zumindest alles tun, damit die Wirtschaft schnellstmöglich in diese Lage versetzt wird. Und da ist, glaube ich, ein Rumlamentieren nicht gefragt, sondern da müssen wir kräftig entsprechend handeln. Das ist, glaube ich, das Gebot der Stunde, das ist auch die Erwartung, die man hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Das gilt natürlich immer – und jetzt komme ich zum Schluss –,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

das gilt natürlich immer unter der Voraussetzung, das ist auch jetzt mein Appell zum Schluss, es ist mein Appell zum Schluss, weil der wirklich wichtig ist, ich weiß, ich kenne die Diskussionen um die Kritik der Maßnahmen, Ausgangsbeschränkungen, Kontaktbeschränkungen und so weiter, mir ist sehr wohl bewusst, dass es auch rechtliche Bedenken gibt, die da mit reingetragen sind, überhaupt keine Frage.

(Zurufe von Jens-Holger Schneider, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Da braucht man gar nicht drum herumzureden, das ist uns sehr wohl bewusst, das ist uns sehr wohl bewusst, aber was ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Also das ist uns sehr wohl bewusst. Jetzt haben Sie mich glatt so weit gebracht, dass ich den Faden verloren habe.

Aber warum, und der Appell, den ich zum Schluss an Sie richten möchte, es geht um genau um uns jeden selbst, um die Menschen im Privatbereich, wenn sie privat zu Hause sind und so weiter. Dort passieren die Infektionen. Und nur dort ist die Maßgabe, ich sage mal, auch das wahrzunehmen, dass wir an der Grenze der Krankenhausauslastung sind, sich entsprechend auch zu verhalten, mitzuhelfen, das ist ein persönliches Anliegen, das muss jeder für sich selbst wahrnehmen.

Wir haben die Aufgabe in der Politik, natürlich genau in der Zeit des Lockdowns zu impfen, was das Zeug hält. Das brauche ich jetzt nicht weiter auszuführen, das ist die Maßgabe, die wir haben, damit wir eben die kürzeste Zeit des Lockdowns dann haben. Wie lange, kann keiner jetzt hier seriös versprechen, weil es eben davon abhängt, dass die Bevölkerung auch diese Unwägbarkeiten mitmacht und sich auch mit dran hält. Und deswegen möchte ich ganz dringend zum Schluss appellieren, dass wir einmal denen danken, die die Hauptlast der Pandemie tragen, und jeden Einzelnen bitten, sich im privaten Bereich an diese Kontaktbeschränkungen zu halten. Je größer die Disziplin jedes Einzelnen, desto schneller ist es vorbei. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Harry Glawe, CDU: Sehr gut,
Herr Waldmüller!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wissen wir eigentlich noch, was wir hier alles so beschlossen haben? Wer weiß noch genau, was gerade erlaubt ist, was verboten ist, was darf man in dem einen Landkreis, was darf man nicht? Sonderwege, Ausnahmen, Modellvorhaben erschweren nicht nur das Verständnis, sondern hindern uns auch daran, aus diesem Endloslockdown zu kommen. Stattdessen stehen weitere einschneidende Maßnahmen vor der Tür, die für uns alle kaum noch zu ertragen sind, aber sie sind richtig und sie sind notwendig. Deshalb also heute wieder

inzwischen der achte gemeinsame Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und der LINKEN.

Zu diesen Anträgen kommen aber noch 147 Gesetze und Rechtsverordnungen, die uns durch die Pandemie führen sollen, von der Corona-Landesverordnung über die Schul-Corona-Verordnung hin zur Corona-Kindertagesförderverordnung und so weiter und so fort. Und diese Verordnungen sind nicht immer verständlich, regeln nicht immer eindeutig und sind nicht selten zu bürokratisch und zu kompliziert. Wenn solche derartigen Bürokratiemonster von Unternehmerinnen und Unternehmern oder auch von den Eltern bewältigt werden müssen, kommt es schon vor, dass man auch manchmal mit Unverständnis reagiert, erst recht, wenn weiteres Durcheinander hinzukommt, weil sich eben nicht alle Landräte oder Bürgermeister an Absprachen halten und Sonderwege einschlagen.

Und genauso verhält sich das auch auf Bundesebene, denn vor allem die Ministerpräsidenten, die sich im parteiinternen Wahlkampf befinden, machen oft das, was sie wollen, aber nicht immer das, was sie sollen. Nun kommt der Versuch eines bundeseinheitlichen Vorgehens – viel zu spät für Handlungssicherheit, viel zu spät für Akzeptanz der Bevölkerung, denn die zwei Grundübel werden auch mit diesem Gesetz nicht behoben. Erstens werden die Parlamente weiterhin außen vor gelassen und zweitens zahlen jetzt wieder diejenigen die Zeche, die ohnehin schon dramatisch gebeutelt sind und deren Grundrechte immer und immer wieder eingeschränkt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und diese ständigen Einschränkungen im privaten Bereich, die seit 13 Monaten nicht zum gewünschten Erfolg führen, weil es eben oft nur einseitig ist, führen eben zu Frustration und auch zur Ablehnung. So bleiben bundesweit die beiden großen Baustellen bestehen, denn weder klappt es beim Impfen, noch gibt es überzeugende Teststrategien.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, und genau diese Baustellen haben auch wir in unserem Bundesland. Wir brauchen Antworten auf die Fragen: Wie können Kontakte wirksam beschränkt werden, damit endlich die Inzidenzen sinken? Wann werden die Hygienekonzepte zum Beispiel im Lebensmitteleinzelhandel umgesetzt, die längst beschlossen wurden? Wie sollen die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern noch länger mit dem Kurzarbeitergeld über die Runden kommen? Wie können wir auf allen Ebenen handlungsfähiger durch Bürokratieverzicht werden? Wie können wir mehr Dampf beim Testen und Impfen machen, heißt es doch – und das ist auch richtig –, der beste Gesundheitsschutz ist impfen, impfen, impfen und testen, testen, testen?

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Andreas Butzki, SPD)

Aber auch beim Impfen und Testen hapert es noch gewaltig, und hier müssen wir aufräumen. So, wie die derzeitige Situation ist, werden Ängste und Unsicherheiten nicht immer genommen, sondern auch geschürt. Heute AstraZeneca für unter 60-Jährige, morgen wird das Impfen damit eingestellt, übermorgen dürfen dann nicht mehr

unter 60-Jährige, sondern nur noch über 60-Jährige damit geimpft werden – das stärkt genauso wenig das Vertrauen wie der Umstand, dass leider, leider Mecklenburg-Vorpommern vom Impfspitzenreiter zum Tabellenletzten abgestiegen ist, alle anderen Bundesländer an uns vorbeiziehen und wir ihnen wirklich bedröppelt hinterherschauen.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Das ist umso unverständlicher, weil wir nicht weniger Impfstoff bekommen als andere Länder, sondern bei der Impfstoffzuteilung im Bundesdurchschnitt liegen. Dieses Problem scheint hausgemacht und deshalb ist der Einsatz eines zentralen Landesimpfmanagers eine hervorragende Idee.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Denn an jedem Tag haben wir neue Meldungen, wie viele Impfdosen wann geliefert werden, wie wenige davon an die Hausärzte gehen, dass bei der Impfhotline fünf Stunden Wartezeit das Normale sein sollen. Dann das Durcheinander bei den Impfungen in den Heimen: Ende Februar wird gesagt, dass die Impfungen fast abgeschlossen sind, Ende März gelten sie als abgeschlossen, dann sagt das Landesamt, das eigene Landesamt jetzt, dass noch Hunderte Erst- und Zweitimpfungen fehlen und dass noch 8.000 Bewohner auf die Impfung warten.

Auch das Onlineportal – das muss gesagt werden – hat Schwierigkeiten. Fast 40.000 Personen haben sich angemeldet, nur 7.000 Impftermine sind vergeben worden, weil eben die Kreise nur die Impftermine für eine Woche freigeschaltet haben. Das zeigt, dass es eigentlich immer sehr gut ist, was wir hier auch machen, dass man miteinander redet, erst recht, wenn Neuerungen und Änderungen erfolgen, die ja auch wirklich sinnvoll sind. Und man hätte also den Kreisen und kreisfreien Städten sagen können – oder sie hätten zuhören müssen, ich weiß nicht, wie das gelaufen ist, das Geheimnis hätte man ihnen verraten können –, dass es gut wäre, wenn sie ihre Impftermine für mehr als eine Woche freischalten.

Wir alle haben die Aufgabe, die Richtung vorzugeben und verlässlich zu handeln. Umwege und Zickzackkurse müssen wir vermeiden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Dagmar Kaselitz, SPD)

Denn so bekommen wir nämlich keinen Schwung in das Impfen, aber sehr wohl, wenn wir die Hausärzte tatsächlich, wie es jetzt vorgesehen ist, einbeziehen, in ihre Praxen einen Schwerpunkt des Impfens legen und ihnen eben nicht mehr nur eine Handvoll Dosen geben, sondern sie auch zu einem der Hauptimpfer machen. Und wir brauchen endlich ein Onlineterminbuchungsportal, wie es andere Bundesländer bereits haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Denn nur so kommen wir in die Fläche, nur so können wir Menschenansammlungen an Impfbüros wie am Ostermontag in Wismar vermeiden. Es ist allerdings auch

überhaupt nicht richtig, wenn sich die Kommunen nicht an Absprachen halten und keine oder wenige zusätzliche Impfmöglichkeiten schaffen. Jede einzelne Impfung ist Schutz, jede Impfung hilft uns allen aus dieser schrecklichen Krise, jede Impfung ist ein Schritt in ein lebenswerteres Leben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Aber die entscheidende Frage bleibt: Wann kommt endlich ausreichend Impfstoff? Es genügt nicht, wenn wir von Vorverträgen und Verträgen für Sputnik reden, wir brauchen ihn! Es darf keine ideologischen Vorbehalte gegen welche Medizin auch immer geben, es muss endlich egal sein, ob der Impfstoff aus Oxford, Moskau oder Mainz kommt! Das Einzige, was zählt, sind seine Wirksamkeit und der Schutz der Bevölkerung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE,
Horst Förster, AfD, und
Holger Arppe, fraktionslos)

Und deshalb ist der Weg der Landesregierung richtig, hier einen eigenen Weg einzuschlagen und klare Kante zu zeigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, viele Fragen gibt es aber auch beim Testen, denn auch hier läuft längst nicht alles glatt. Zuerst fehlten die Tests, dann die Strategie.

Ich mache das mal an einigen Beispielen deutlich: Seit Montag gibt es keine Testungen mehr beim Kinder- und Jugendvereinsport. An diesem Vereinsport können alle Kinder und Jugendlichen bis zum 20. Lebensjahr teilnehmen, die Präsenzunterricht im Regelbetrieb haben. Diese Schülerinnen und Schüler können sich dann zweimal die Woche testen, entweder zu Hause oder in der Schule. Kinder und Jugendliche sollen sich richtigerweise an den Schulen testen, aber warum beim Vereinsport nicht? Wenn diese Kinder und Jugendlichen dann aber mit ihren Eltern oder Großeltern Schuhe kaufen gehen, dann müssen sie sich testen lassen, egal, wie alt die Kinder sind, denn die Testpflicht kennt kein Alter. Also muss sich ein dreijähriges Kind testen lassen, wenn es mit seinen Eltern in einen Schuhladen geht, aber nicht, wenn es in den Kindergarten geht, und wenn das gleiche Kind zum Vereinsport geht, braucht es sich auch nicht testen zu lassen.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Da, denke ich, liegen so ein paar Lücken, die unbedingt behoben werden müssen, dass wir hier klar und verständlich handeln.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Nun gibt es, nun gibt es ja seit Montag die Regelung, dass Kinder mit Durchfall, Erkältungssymptomen, Kopfschmerzen nicht zur Schule oder in die Kita dürfen – alles komplett richtig. Aber warum müssen diese Maßnahmen wirklich zu einem ungeheuerlichen Speiselauf für Eltern und auch für die Kinder werden? Ich möchte das mal an einem Beispiel verdeutlichen: Ein Anruf aus der Schule, das Kind hat Kopfschmerzen, die Mutter fährt los, holt das Kind ab, ab zum Kinderarzt, der Kinderarzt überweist zum Testen.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und Mutter und Kind fahren zum Testen, stehen dort natürlich einige Zeit, weil sie keinen Termin haben. Dann wird das Testergebnis erwartet, es kommt am Abend, am nächsten Tag, Test negativ. Am nächsten Tag kann das Kind nicht in die Schule gehen, sondern die Mutter muss mit dem negativen Testergebnis erst wieder zum Kinderarzt, der ihr dann eine Bescheinigung ausfüllt, die sie wahrscheinlich noch bezahlen muss – in vielen Fällen ist es so – und dann erst das Kind wieder zur Schule bringt. Damit sind zwei Tage rum. Zwei Tage Bildung sind futsch und

(Horst Förster, AfD: Mindestens.)

zwei Tage auch bei der Arbeit sind futsch. Ich glaube, hier kann man nachschärfen, hier muss man nachschärfen, das kann man ändern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Aber um das zu verdeutlichen, dass wir wirklich noch Nachholbedarf haben und die Zeit, die jetzt kommt, auch nutzen sollten, dass wir eine verbesserte Teststrategie in Mecklenburg-Vorpommern haben, möchte ich an einem Jugendlichen verdeutlichen, der mir sehr am Herzen liegt. Am Mittwoch letzter Woche musste er zum Test, weil er eine Fahrstunde hatte, Donnerstag früh in die Schule, Selbsttest, am gleichen Donnerstag 16.00 Uhr wieder zum Testzentrum, weil er wieder einen Test brauchte für die Fahrprüfung, die am folgenden Tag anstand, denn der Selbsttest in der Schule, der gilt nicht für die Fahrschule. Also wurde dieser Jugendliche in 26 Stunden dreimal getestet. Ich denke, auch hier haben wir noch Kapazitäten, das zu verändern, damit wir noch mehr Akzeptanz und noch mehr Vertrauen in das Testen bekommen.

Wichtig ist natürlich auch gerade für den ländlichen Raum, dass wir mobile Testmöglichkeiten haben. Auf die Dörfer kommt das Bäckerauto, es kommt auch das Gemüseauto. Und warum sollen nicht auch das Testauto und das Impfauto über Land fahren und die Bevölkerung im wahrsten Sinne des Wortes versorgen?

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das sieht dieser Antrag vor, wir kommen in die Fläche, Mecklenburg-Vorpommern ist ein Flächenland, und das ist eine hervorragende Idee.

Sehr geehrte Damen und Herren, 13 Monate Corona sind nicht selten 13 Monate Kurzarbeit. Die Luft für diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer war schon zu Beginn der Krise dünn, jetzt wird sie aber täglich dünner. Hier müssen wir nachsteuern, deshalb fordern wir die Anhebung des Kurzarbeitergeldes auf 100 Prozent für Niedriglöhne und auf 90 Prozent für andere Bereiche. Eine Köchin in Mecklenburg-Vorpommern verdient rund 1.900 Euro, eine Restaurantfachfrau 1.400 Euro. Sie bekommen ab dem vierten Monat 70 Prozent Kurzarbeitergeld und ab dem siebten Monat 80 Prozent – 20 Prozent oder 30 Prozent weniger Lohn, aber 100 Prozent Miete, 100 Prozent bei Versicherungen, 100 Prozent und mehr bei Lebensmitteln. Dass das Kurzarbeitergeld nicht ausreicht und in die Armut führen kann, das dürfen wir nicht verschweigen. Es ist unsere Aufgabe, hier gegenzusteuern. Tausende Frauen und Männer sind von dieser langen Kurzarbeiterzeit gerade in unserem Bundesland in der Hotellerie oder Gastronomie betroffen. Ihnen müs-

sen wir helfen, für sie müssen wir uns bei der Bundesregierung starkmachen, denn sie leiden besonders unter der Krise.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, leider gibt es auch Beispiele, dass Menschen nicht nur an der Krise verdienen, sondern sich sogar an der Pandemie bereichern. Millionen Euro Steuergeld haben sich Nikolas Löbel, Axel Fischer, Mark Hauptmann, Georg Nüßlein in die eigene Tasche gewirtschaftet. Nicht die Gesundheit der Menschen steht für diese Politiker an erster Stelle, sondern Eigennutz, Reibach und persönliche Bereicherung. Es ist durchaus in Ordnung, in Zeiten knapper Schutzmaterialien und Medikamente die Verbindung in die Politik zu suchen, die vermitteln kann, um eben die fehlenden Utensilien zu besorgen und damit die Menschen zu versorgen und zu schützen – an dieser Stelle zitiere ich den Juristen Norbert Tack -: „Aber es ist eine riesige Sauerei, wenn das politische Insiderwissen schamlos ausgenutzt wird, um an der Vermittlung und der Beschaffung durch Provisionen in Millionenhöhe die Preise ins Unermessliche zu treiben und sich so auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu bereichern und die Not des Staates dermaßen auszunutzen, um Hunderttausende Euro zu erbeuten“, Ende des Zitats.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Diese Millionen gehören nicht in die Taschen der Männer, sondern in die der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und diese Politiker haben in den Parlamenten nichts zu suchen. Sie schaden der Demokratie, sie schaden der Gesellschaft und sie schaden dem Vertrauen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, Vertrauen erreichen wir auch, wenn endlich die Einhaltung längst bestehender Regelungen umgesetzt wird, denn seit 13 Monaten gelten auch die Kontaktbeschränkungen im Einzelhandel. Es gilt eine Person auf 20 beziehungsweise 10 Quadratmetern. Nichts davon wurde zurückgenommen oder geändert. Aber kaum ein Supermarkt hält sich noch daran: keine Begrenzung der Korbanzahl, viel zu wenig Desinfektionsmittel. Das darf so nicht bleiben! Einerseits wird die Testpflicht für halb leere und leere Geschäfte richtigerweise eingeführt, andererseits können sich Hunderte bei real oder Kaufland oder sonst wo aufhalten. Einerseits darf ich mich zu Hause mit maximal vier Personen treffen, was richtig ist, andererseits kann ich es mir an der Käsetheke mit 20 Personen gemütlich machen. Das kann so nicht sein und das muss unbedingt geändert werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, angesichts der dramatischen Lage, in der wir uns befinden, muss die Regierung handeln, muss aber auch das Parlament handeln. Ich möchte die Maßnahmen hier nicht noch mal alle erwähnen, aber erwähnen möchte ich, dass wir unbedingt bei der Notbetreuung für Kitas und auch für Schulen noch mal gucken müssen, ob wir da nicht nachschär-

fen müssen, ob es nicht genügt, wenn beide Elternteile dann wirklich systemrelevant sind, warum es nur einer ist. Ich habe Angst – und diese Befürchtung steht im Raum –, dass die Kitas überlaufen, dass 60 bis 70 Prozent der Eltern ihre Kinder in die Kitas bringen und dass wir damit eben nicht die Kontaktbeschränkungen haben, die wir unbedingt brauchen. Hier sollten wir gucken, was kann man noch machen. Wir können uns jetzt die ersten zwei Wochen angucken, wie wird sich das verhalten, wie voll sind die Kindergärten oder wie leer und wie voll ist die Notbetreuung in den Schulen. Aber da müssen wir unbedingt ein Auge drauf haben. Das ist derzeit noch eine Schwachstelle.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Aber was unbedingt noch erwähnt werden muss und auch durchgesetzt werden muss, ist, dass bei jeder Einschränkung auch gleichzeitig gesagt wird – und das tut dieser Antrag –, wie die dadurch entstandenen Lücken und Defizite tatsächlich behoben werden. Es genügt nämlich nicht, den Eltern zu sagen, Kita und Schule nur Notbetreuung, sondern sie brauchen einen Plan und Perspektiven, um ihnen Sicherheit zu geben, wie die verlorene Förderung ihrer Kinder nachgeholt werden kann.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und auch die Unternehmerinnen und Unternehmer müssen wissen, wann und wie und mit welcher finanziellen Unterstützung sie aus der Krise kommen, und das ist in diesem Antrag auch noch einmal klar geschärft und gesagt worden. Hier brauchen wir alle Ehrlichkeit, keine falschen Hoffnungen und keine Hinhaltetaktik. Alle müssen sich darauf einstellen können, was sie erwartet im Lockdown und vor allem auch nach dem Lockdown. Nur, wenn wir alle wissen, wie es wann weitergeht, können Maßnahmen auch akzeptiert werden.

Gemeinsam müssen wir, LINKE, SPD und CDU, wirklich hier Dampf machen und uns sputen, um besser und schneller zu werden, um überhaupt aus der Krise zu kommen. Ich danke im Namen meiner Fraktion für die hervorragende Zusammenarbeit mit SPD und mit CDU und mit der Regierung. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute!

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Aufmerksam bin ich Ihrem Redebeitrag gefolgt. Er war sehr persönlich und auch sehr pathetisch. Aber von Regierungserklärung zu Regierungserklärung hört sich das doch recht ambivalent an: heute so, morgen so, und das zum Teil auch noch widersprüchlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Martina Tegtmeyer, SPD)

Zum wiederholten Male sitzen wir nun hier im Landtag. Sie prophezeiten uns hier immer und immer wieder ein baldiges Ende, und dann doch die nächste Welle. Und die dritte Welle käme mit voller Wucht, erklärten Sie in Ihrer letzten Regierungserklärung. Was heißt denn „volle Wucht“? Woran wird das deutlich? Sicherlich, es gibt keine 100-prozentigen Erkenntnisse über diese Pandemie. Von Monat zu Monat lernen wir mehr dazu, aber würde ich all die Widersprüche aufzählen, die Sie an den Tag legen, dann zöge sich meine Rede ins Unendliche.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Es fängt an mit der Bewertung der Pandemie. Stets ändern sich die Werte, ab welcher Inzidenz eine Gefahrensituation entstehen möge. Erst war es die harte 50 oder doch besser die 35, dann die 100, jetzt 150. Nun rudern Sie nach unserer Kritik ja schon etwas zurück und brachten die Einführung eines sogenannten Risikowertes ins Spiel. Um die Schwere der Pandemie zu bewerten, muss man aber auch die Zahlen der Übersterblichkeit, die ITS-Betten-Belegung und Personalkapazitäten in den Kliniken mit in Betracht ziehen. Politik darf sich nicht von testbedingten Inzidenzzahlen abhängig machen, die nicht in mathematische, sachliche Relation gestellt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Am Beispiel von der Insel Poel möchte ich das kurz skizzieren. Vor Ostern wurden 24 neue Corona-Infektionen auf Poel registriert. Da die Insel aber nur 2.500 Einwohner hat, führte dies zu einer 7-Tage-Inzidenz von 970. Durch diese Inzidenz wird dann der gesamte Landkreis in Haftung genommen. Das zeigt, nur an der reinen, nicht in Beziehung gesetzten Zahl der Inzidenz mit Restriktionen zu agieren, Absperremaßnahmen zu ergreifen und Schulen zu schließen, führt in einen politisch verheerenden, sich gegenwärtig aber eigendynamisch verstärkenden Prozess, der das Land lähmt, meine Damen und Herren.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Sie koppeln härteste Maßnahmen wie Ausgangssperren oder Schließungen nicht an primäre Faktoren wie Todeszahlen und Krankenhauskapazitäten, sondern an positive PCR-Tests. Und nun sollen auch noch flächendeckend Ausgangssperren verhängt werden. Im März sagten Sie noch, Frau Ministerpräsidentin, in einer Talkshow, dass es dafür keine Akzeptanz gäbe – zu Recht, wie ich finde.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nun gibt es die Ausgangssperren bei der Inzidenz von 150. Unsere Landsleute schreiben voller Zynismus und Sarkasmus schon in den Kommentarspalten von Facebook, um 8.00 Uhr in den Supermarkt, um 9.00 Uhr in die Drogerie, um 10.00 Uhr zur Sparkasse, um 11.00 Uhr zum Bäcker, aber um 12.00 dann unbedingt zum Arzt, weil für 13.00 Uhr ein Termin im Schuhgeschäft gebucht ist. Ab Montag ist das dann wohl hinfällig.

Wo stecken sich die Menschen an? Auch Herr Waldmüller sagte, wir wissen nicht, wir haben keine genauen Zahlen. Und trotzdem konkrete, harte Maßnahmen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Haben wir auch nicht.)

Wo stecken sich die Menschen also an?

(Thomas Krüger, SPD:
Und wo sind die Alternativen?)

Draußen im Freien eben nicht,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

im Einzelhandel, in den Restaurants, im Theater eben auch nicht. Aerosolforscher schreiben einen offenen Brief und fordern ein radikales Umdenken von Bund und Ländern. Ansteckungen im Freien fänden so gut wie gar nicht statt. Gerade mal 0,1 Prozent der Ansteckungen sollen laut einer irischen Studie draußen erfolgt sein. Und deswegen sollen wir mit Maske auf dem Marienplatz in Schwerin umherlaufen?

Laut Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage meines Kollegen Thomas de Jesus Fernandes steckten sich von März 2020 bis Februar 2021 14 Bürger in einem Gastronomiebetrieb an, ich wiederhole: 14 Ansteckungen in einem Gastronomiebetrieb.

(Thomas Krüger, SPD: 14, wo man es nachweisen kann, meinen Sie, ja?!)

Das sind Ihre Zahlen, Frau Schwesig. Die kommen aus dem LAGuS unseres Landes. Vor allem aber sind Ausgangssperren auch nach fachkundiger Auskunft der Aerosolphysiker der falsche Weg. Die Corona-Politik drängt die Menschen dadurch im Privaten immer dichter zusammen, während sich die erforderliche Distanz in öffentlichen Einrichtungen, in Restaurants sowie im Handel gerade gut regeln ließe. Man verstärkt also mit dieser Erlass- und Verordnungspolitik das Infektionsgeschehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD,
und Holger Arppe, fraktionslos)

Und wenn man nun sogar Ausgangsbeschränkungen verhängt, verstärkt sich dieser Indoor-Effekt erhöhter Ansteckungen im Privaten und in geschlossenen Räumen. Ausgangsbeschränkungen sind der massivste Eingriff in bislang gesicherte Grundrechte, vermutlich aber auch der ungeeignetste.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zu warnen ist auch vor psychischen Belastungen und zunehmend irreversiblen seelischen Schäden, die Kinder im Zuge der Dauertestungen erleiden. Frau Oldenburg hat es am Beispiel eines ihr am Herzen liegenden Jugendlichen gerade hier geschildert. An den Schulen ist Unterricht derzeit kaum möglich, weil Lehrer, Direktion und Sekretariat mit dem Exerzieren der amtsverordneten Corona-Maßnahmen beschäftigt sind. Dazu gehört nicht nur die übergriffige Testerei, sondern all das Protokollieren, Dokumentieren und Korrespondieren, welches damit verbunden ist. Unsere Schüler bleiben dort auf der Strecke.

Auch über die Impfpolitik wurde hier schon gesprochen. Nicht nur bei den innenpolitisch übertriebenen Maßnahmen kommt der Zickzackkurs der Landesregierung ins Schleudern, denn auch das Thema der pharmazeutischen Maßnahmen wirkt völlig diffus. Vor und nach dem verpatzten Impfstart wurden große Töne gespuckt, die Landesregierung habe natürlich alles richtig gemacht, man war trotz Knappheit bundesweit an der Spitze beim

Impfen, auch wenn die Zahl der anvisierten Impfungen nicht ansatzweise erreicht wurde. Mittlerweile wurde man aber in der Impfbundesliga eingeholt und nähert sich der Abstiegszone. Da verschiebt man die Schuld dann gern auf die Bundesregierung oder die Europäische Union, wie wir hier in den vergangenen Plenarsitzungen von SPD-Parteibuchträgern hören durften.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Am 8. Februar verkündigten Sie noch, Frau Schwesig, gegenüber der „Schweriner Volkszeitung“, dass wir keine Impfbestellungen des Landes benötigen. Und auch Herr Ehlers wollte sich noch voll auf den Bund verlassen. Jetzt plötzlich werden Vorverträge für Sputnik-V-Dosen aus Russland abgeschlossen. Die Erkenntnis war gut, aber sie kam reichlich spät. Notfallzulassungen wurden nicht beantragt, in der Bund-Länder-Konferenz wurde sich dafür nicht starkgemacht. Die Impforgansation in den Griff zu bekommen, wurde eklatant versäumt – keine rechtzeitige Verteilung an Apotheken und Hausärzte, überlastete Hotlines. Haben Sie schon einmal versucht, dort anzurufen, eine Information oder gar einen Impftermin zu bekommen, Frau Schwesig?

Ein Impfmonitoring, etwa zu Nebenwirkungen, erfolgte bisher nicht. Wir befinden uns angeblich in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, haben aber Zeit, Menschen zu verklagen, die nach Lösungen suchen, wie man am Fall Stöcker sehen kann. Wir lassen Impfzentren nur tageweise und mit eingeschränkten Öffnungszeiten arbeiten, anstatt durchzuimpfen, wo und wann immer das für Freiwillige, die sich impfen lassen möchten, möglich ist.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Lesen Sie doch mal den Antrag!)

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald sagt selbst, das System funktioniert nicht.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Am gestrigen Tage wurden ganze Impfteams nach Hause geschickt, und nicht, weil einfach keine Impflinge da gewesen sind, sondern einfach, weil keine Termine zustande gekommen sind.

Und um beim Impfen zu bleiben, Frau Schwesig, Sie sagten eben in Ihrer Erklärung auch, wir müssen jetzt handeln, um den Sommer zu retten. Das Impfziel, 70 Prozent der Bevölkerung zu impfen, wird – Stand jetzt – bei gleichbleibendem Tempo in circa 183 Tagen erreicht werden. Welcher Sommer soll denn gerettet werden? 2022, 2023 oder 2024?

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Der sogenannte Impfnationalismus, den Herr Frank-Walter Steinmeier abgelehnt hat, wäre vermutlich richtig und funktioniert, wie die bösen Populisten in Person von Boris Johnson in Großbritannien und Benjamin Netanjahu in Israel eindrucksvoll bewiesen haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Ich erlaube mir, Sie aus der letzten Regierungserklärung zu zitieren, Frau Schwesig: „... wir wollen impfen, impfen, impfen, um uns von dem Virus zu befreien, ... bei dieser

Strategie bleibt es auch, und wir sehen, dass sie auch wirkt.“ Ich frage Sie: Kann sich eine Gesellschaft von einem Virus befreien? Oder müssen wir lernen, mit diesem Virus zu leben?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

In der Folge kritisierten Sie dann den Bund und die EU: „... es ist ein Fehler, dass nicht ... genug Impfstoff bestellt worden ist“. Und weiter: Wir können nicht „gegen die dritte Welle animpfen“. Ziel muss es sein, „mehr Impfstoff“ zu bekommen. Was hat denn die Landesregierung bisher unternommen, um an mehr Impfstoff zu kommen? Ist das Impfen aktuell wirklich die einzige Lösung für mehr Freiheiten und Perspektive?

Wie die teils harten Entscheidungen zu den Corona-Regeln entstehen, können wir nur mutmaßen. Ich zitiere: „Die wesentlichen Entscheidungen werden im MV-Gipfel gemeinsam von Landesregierung, Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften und Sozialverbänden gemeinsam getroffen“, erklärte Schwesigs Sprecher Andreas Timm vor einer Weile. Vertreter der Wirtschaft erzählen dagegen von einer rigorosen Ministerpräsidentin. „Wir können nur beraten und Vorschläge unterbreiten“, erklärt Sven Müller von der Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommerns.

Und hier haben wir den nächsten Widerspruch, meine Damen und Herren. Sie laden sich die Experten ein oder sprechen bei Kundgebungen mit Vertretern der Wirtschaft. Aber eigentlich wollen Sie die Leute doch gar nicht hören. Wo ist denn der wissenschaftliche Diskurs? Laden Sie doch zum Beispiel mal,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

laden Sie doch zum Beispiel mal Professor Thiesen, den Chef der Immunologie aus Rostock, ein! Seit Monaten schreibt er Briefe und versucht, Gespräche zu erreichen. Er spricht davon, dass seine Forschungsvorhaben nicht genehmigt werden. Er hat eine komplett andere Auffassung als der Professor Dr. Reisinger oder Herr Professor Dr. Kaderali. Warum umgeben Sie sich immer mit den gleichen Beratern?

(Beifall Horst Förster, AfD)

Wäre es nicht mal besser und überlegenswert, sich zum Beispiel Dr. Armbrust, den Vertreter der Gruppe „Ärzte stehen auf“, einzuladen?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Oder noch besser,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Genau.)

den schwedischen Staatsepidemiologen Herrn Tegnell?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Genau.)

Aber nein,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sie verbleiben,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sie verbleiben in Ihrer Beraterblase.

(Thomas Krüger, SPD: Mann, Mann, Mann, Mann, Mann!)

Oder, Herr Krüger, wollen Sie etwa eine Behauptung aufstellen, dass Wissenschaftler, die eine andere Auffassung haben, alles Verschwörungstheoretiker seien?

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Das würde ja dann bedeuten, dass eine Universität dieses Landes demnach Verschwörungstheoretiker beschäftigt, meine Damen und Herren. Das kann ich mir nur schwer vorstellen.

Wirtschaftshilfen sind unzureichend, die versprochene unbürokratische Hilfe erfolgt verzögert. Viel zu viel Bürokratie und dennoch sackten Betrüger Millionen unrechtmäßig ein, weil die Bürokratie eben gerade nicht den Missbrauch verhindert.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Die beste Wirtschaftshilfe ist die Öffnung der Geschäfte in der gemeinsamen Verantwortung von Bürgern und Inhabern. Verordnungs-, Erlass- und Maßregelungswahn ersticken das gesellschaftliche Leben im Land ebenso wie Handel und Wandel.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nun kommt auch noch das zermürbende Hin und Her um die Zuständigkeiten: Föderalismus versus Bund. Stets wollten Sie Sonderwege gehen, Frau Ministerpräsidentin, mal härtere Maßnahmen als von der MPK vorgegeben, mal Lockerungen. Beim Tourismus sollten wir öffnen und lockern. Modellprojekte wie in Rostock wurden gelobt und nun doch wieder kassiert. Sie tönten am Montag, es dürfe keine Generalklausel in einem solchen Gesetz geben, mit dem der Bund den Ländern einfach etwas verbieten könnte. Das sehen wir ebenso.

Ich zitiere Sie abermals: „Ein Bundesgesetz kann nicht das regeln, was ein Bundesland im vergangenen Pandemiejahr regional geleistet hat.“ Doch, kann es ja offensichtlich, Pustekuchen! Vorgestern kritisierten Sie die Verhandlungen zum neuen radikalen Infektionsschutzgesetz als zu langsam und sprachen das eben auch in Ihrer Regierungserklärung an. Sie äußerten sich, dass Mecklenburg-Vorpommern einen harten Lockdown brauche und wir nicht auf das Bundesgesetz warten können. Es sei unzumutbar, dass im Bund nun 14 Tage verhandelt werden solle.

Offenbar scheint aber auch Söders harte Lockdown-Politik nicht aufzugehen. Wir bräuchten das Gegenteil solcher harten Maßnahmen, mehr Modellprojekte wie Rostock, mehr Region und weniger Bund.

(Zuruf von Martina Tegmeier, SPD)

Begrüßenswert sind da die vielen Vorschläge des Rostocker Oberbürgermeisters Claus Ruhe Madsen. Ich frage Sie: Was für einen harten Lockdown wollen Sie denn noch, meine Damen und Herren, wenn sich unsere

Kinder irgendwelche widerlichen Stäbchen in die Nase stecken müssen, um zur Schule zu dürfen –

(Martina Tegtmeier, SPD:
Widerliche Stäbchen! –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

ab Montag ja dann nun nicht mehr –,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

unsere Landsleute Selbiges, um zum Frisör zu dürfen, und seit Monaten die Hotels geschlossen sind und keiner einreisen darf? Nach Shutdown, Lockdown, Wellenbrecher-Lockdown und Brücken-Lockdown, was kommt da als Nächstes, wenn wir noch nicht mal irgendeine Art von relevanter Übersterblichkeit haben?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es reicht also nicht mit den Toten? Es reicht also noch nicht mit den Toten? –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Geben Sie dem nächsten Lockdown doch wenigstens einen passenden Namen! Nennen Sie ihn „Schwesig-Lockdown“, damit sich die Leute auch daran erinnern, wer ihnen das eingebrockt hat!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Torsten Koplín, DIE LINKE:
So viel Menschenverachtung
hier, unerträglich!)

Wie viel Schulden, soziale Kälte, Nötigung, Grundrechtseinschränkungen, kulturelle Zerstörung und Zerstörung von Existenzen braucht es denn noch, meine Damen und Herren?!

Eins ist klar: Wir dürfen die sozialen und wirtschaftlichen Schäden nicht aus dem Blick verlieren.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Dann sagen Sie doch mal,
wie es gehen soll!)

Beenden Sie Ihr Gruppendenken! Schluss mit dem Tunnelblick! Binden Sie auch andere Berater mit ein!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Am besten Herrn Kramer!)

Es bedarf einer souveränen Landespolitik, regional im Sinne ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Ritter, ich habe mehrere Berater vorgeschlagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?!)

Und das muss ja keine abschließende Aufzählung gewesen sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, da bin ich ja zufrieden! –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Ich selbst ginge auch nie so weit, mich als passenden Berater dazu hier zu benennen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das habe ich gemerkt! Das habe ich gemerkt, dass da nicht viel kommt!)

Es bedarf einer souveränen Landespolitik, regional im Sinne von regional differenzierten Entscheidungen, gerade keine Blankoscheckpolitik des Bundes gegen die Länder, keine Ermächtigungsgesetzgebung, die Berlin zentral über Länderhoheiten verhängt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Anstatt die Menschen einzusperren und in unverhältnismäßiger Manier zu behelligen, sollten wir uns auf die Kernpunkte der Pandemiebekämpfung zurückziehen. Wir brauchen Impfstoffe und Medikamente. Gestalten Sie zum Beispiel die Netzseite und die Hotlines besser! Lassen Sie nicht nur bestimmte Gruppen für die Anmeldung zu! Schließen Sie weitere Verträge als Land ab! Wir brauchen Abstand und Hygienemaßnahmen. Öffnen Sie aber die Außengastronomie und Sport!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Lassen Sie mehr verkaufsoffene Sonntage zu und schaffen Sie Öffnungszeiten für Ältere, um das Geschehen zu entzerren!

Kinder brauchen Gemeinschaft, Erlebnis und Bewegung, ihre Vereine, den Sport, den Austausch und Abgleich in der Bezugsgruppe. Wir halten sie gegenwärtig eingesperrt, verhindern entwicklungspsychologisch wichtige Schritte an ganz entscheidender Stelle. Lassen Sie die Schulen offen! Trauen Sie unseren Bürgern, den Unternehmern, den Selbstständigen endlich mehr Verantwortungssinn zu! Setzen Sie wieder auf Initiativen von unten, anstatt von oben beständig neue Maßnahmen zu dekretieren, die das Leben und die Freiheit ersticken! Verhindern Sie eine staatssozialistische Tendenz, die Menschen entmündigt, indem obrigkeitstaatlich durchregiert wird

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und öffentlich Gelder für immer neue Kampagnen versenkt werden, in denen sich der Staat aktivistisch nur legitimieren möchte!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und abschließend lassen Sie mich noch eines sagen: Bisher ist die Debatte ja auch sehr sachlich gewesen. Es ist jetzt nicht die Zeit für persönliche Attacken, es ist nicht die Zeit für parteipolitisches Geplänkel oder Wahlkampfgetöse. Es ist an der Zeit, nach über 13 Monaten Pandemie endlich lösungsorientiert und konstruktiv nach Auswegen zu suchen. Lösungsvorschläge hat meine Fraktion immer wieder angeboten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was?! Was?!)

Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Wolfgang Waldmüller, CDU:
Kein Wort zur ... Kein einziges Wort! Das ist jetzt die Verantwortung, die Sie haben! –
Unruhe bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Fraktionsvorsitzender!

Jetzt hat das Wort der fraktionslose Abgeordnete Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Ach, das Trinken zählt schon mit, na gut.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte eingangs mal ein Zitat zum Besten geben des früheren hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, CDU,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

der sagte unlängst, ich zitiere: „Ich möchte verstehen und glauben, dass die Entscheider verstanden haben, was der Unterschied von Krisenmanagement am ersten Tag und im zweiten Jahr ist. Im Augenblick habe ich daran meine Zweifel“, so Roland Koch. Und diese Zweifel sind berechtigt.

Wenn man jetzt noch mal die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Revue passieren lässt, und das, ja, das, was Herr Waldmüller uns da angeboten hat, dann erinnert mich das so ein bisschen an eine Episode des britischen Komikers Mister Bean, der in seiner Wohnung versucht hat, mit einer Art Vorschlaghammer eine Fliege zu töten. Am Ende lag die ganze Bude in Schutt und Asche, aber die Fliege war immer noch da. Und genauso ist es mit Ihrer Corona-Politik. Seit über einem Jahr fällt Ihnen nichts anderes ein als immer noch ein neuer Lockdown mit allen Kollateralschäden, die damit verbunden sind.

In der Regierungserklärung ist die Frau Ministerpräsidentin, statt das zu wiederholen, was wir schon zimal gehört haben, es ist ja immer dasselbe, nicht, was wir hier hören, stattdessen uns mal zu erklären, was die Frau Ministerpräsidentin so denkt zum Beispiel über den offenen Brief einer Gruppe von Kinder- und Jugendpsychologen, Virologen und Epidemiologen zum Thema Schulschließungen – der ging nicht nur an die Kanzlerin, sondern auch an alle Länderchefs und -chefinnen –, da hat sie kein Wort drüber verloren, kein Wort darüber, was sie so denkt über die jüngsten Urteile in Weimar und Weilheim, die ja doch auch eine Präcedenzwirkung haben auf Maßnahmen anderswo in Deutschland, zum Beispiel auch hier kein Wort dazu, wie sich diese Larmoyanz über eine angebliche Überlastung der Betten in den Krankenhäusern denn damit verträgt, dass mitten in der Corona-Krise über 3.000 Intensivbetten abgebaut und Krankenhäuser en gros geschlossen wurden.

Also das sind alles offene Fragen an der Stelle, auf die ist sie mit keinem Wort eingegangen, und das hätte mich zumindest doch mal interessiert zu wissen, denn das würde ja auch bedeuten, mal darüber nachzudenken, ob man an der einen oder anderen Stelle nicht doch mal neue, innovative und vor allen Dingen intelligente Wege bei der Corona-Bekämpfung gehen sollte. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Eindruck ist, dass sowohl die Rede der Ministerpräsidentin als auch die Rede von meinem Kollegen Herrn Waldmüller davon geprägt waren, was wir in dieser Woche in den gleich zwei Schalten gehört haben. Wir sind nämlich in einer Schalte gewesen mit der Chefin der Intensivmedizin hier in Schwerin. Und ich finde es sehr schade, dass die Herren der AfD das nicht gehört haben. Mich hat diese Schalte sehr bewegt, das muss ich wirklich sagen.

Die Chefärztin hat dort berichtet, dass die Intensivstationen volllaufen. Sie hat deutlich gemacht, dass die Korrelation zwischen den Inzidenzzahlen und der Belegung auf den Intensivstationen nach wie vor so ist. Auch ich bin – da muss ich sagen, das ist ein Irrtum von mir gewesen – davon ausgegangen, wenn die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger geimpft sind, dass dann die Situationen auf den Intensivstationen sich entspannt. Das ist nicht so. Das hat sie deutlich gemacht. Die Patienten, die heute dort sind, sind im Schnitt 15 bis 20 Jahre jünger. Sie hat davon berichtet, dass hier in Schwerin Personen auf der Intensivstation waren, die eine war 20, die andere war 31. Und jetzt habe ich eben gehört, dass Herr Kramer wieder vorgetragen hat, dass wir doch einfach nur die Älteren schützen müssen. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir eine Mutation haben, dass die Mutation bedingt, dass es eben nicht mehr nur die Älteren sind, sondern dass alle Bevölkerungsgruppen betroffen sind!

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Sie werden alleine damit, dass Sie – wie auch immer, das haben Sie uns ja nie erzählt – Ältere schützen, werden Sie das nicht hinbekommen.

Aber ich will zurück zu dem, was uns die Chefärztin erzählt hat. Sie hat berichtet, dadurch, dass jetzt Jüngere auf die Intensivstation kommen, sind die auch länger da, schlicht und einfach, weil sie auch von ihrem Gesundheitszustand, von ihrer Grundkonzeption natürlich stärker sind. Viele von ihnen überleben das Virus, ja, aber viele von denen haben dann auch schwere und schwerste Lungenschäden und sind dauerhaft geschädigt. Die Ärztin hat uns davon berichtet, dass die Betten noch reichen. Die Ärztin hat uns gesagt, im Wesentlichen reicht die Technik auch noch. Aber sie hat ganz klargemacht, wo der limitierende Faktor ist. Der limitierende Faktor sind eben nicht die Betten, sondern ist das Personal, das Personal, das seit über einem Jahr auf Hochtouren läuft, physisch einen fürchterlich anstrengenden Job macht, psychisch massiv belastet wird durch die Arbeit. Die Menschen kommen da regelmäßig an ihre Grenzen. Und das ist auch nachvollziehbar, meine Damen und Herren, denn viele der Menschen, die dort sind, müssen alleine liegen. 58 Menschen von ihnen sind gestorben. Es ist ein Zustand in dieser Größenordnung, das ist auch für eine Intensivstation nicht normal. Dass das die Menschen sehr belastet, das ist nachvollziehbar.

Und die Chefärztin der Intensivmedizin Schwerin hat uns dringendst gebeten – dringendst gebeten –, alle notwendigen Maßnahmen zu unternehmen, um eine weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern. Sie hat uns davon berichtet, dass in Niedersachsen aufgrund von Personalmangel letzte Woche eine Station geschlossen werden musste. Man hat versucht, die Menschen, die dort

liegen, auf andere Krankenhäuser zu verteilen. Wir konnten nicht helfen, weil unsere Auslastung in den Betten einfach so ist und die Anzahl des Personals so ist, dass wir an der Stelle nicht helfen konnten. Das ist die Dramatik der Situation.

Und neben den Corona-Patienten, meine Damen und Herren, gibt es ja auch noch die anderen Patienten, Patienten, die Schlaganfälle haben, die einen Herzinfarkt haben, einen Verkehrsunfall. Das heißt, auch dafür müssen Betten frei bleiben. Sehr bedenklich fand ich, dass uns die Chefarztin erzählt hat, dass man momentan von, wie heißt das so schön, „notwendigen Operationen“ absieht.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das ist die Katastrophe.)

Zu notwendigen Operationen zählen

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

inzwischen auch Tumorpatienten.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

Meine Damen und Herren, das ist ein wirkliches Problem,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das ist ein Drama!)

denn, meine Damen und Herren, wir haben immer gesagt, wir wollen die Triage verhindern. Wir wollen verhindern, dass man an der einen Stelle sagt, aufgrund der Kapazitäten darf der behandelt werden und der andere darf nicht behandelt werden. Das wollen wir nicht. Wir werden verdammt aufpassen müssen, dass wir keine Triage durch die Hintertür bekommen, weil schlicht und einfach andere Operationen aufgeschoben werden

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

und die Menschen dann so geschädigt werden, dass man auch ihnen ja nur noch schwer wird helfen können. Wir wollen nicht in Mecklenburg-Vorpommern Zustände erleben, wie es sie in Sachsen gibt, in Thüringen gibt, wo die Länder ihre Patienten ausfliegen müssen, weil sie es selbst nicht mehr schaffen, diese Menschen zu behandeln. Das ist ein Zustand, den wollen wir nicht. Und deswegen, meine Damen und Herren, werden wir hier beschränken müssen. Und übrigens wäre dann ja auch noch die Frage zu stellen, wenn man sie ausfliegt, wohin fliegt man sie aus. Ich habe Ihnen das Beispiel von Niedersachsen berichtet.

Die Situation, meine Damen und Herren, ist ernst. Wir sind in einem exponentiellen Wachstum. Da führt nichts dran vorbei, an dieser Erkenntnis. Und vor diesem Hintergrund führen wir die Diskussion. Und, meine Damen und Herren, obwohl die Situation angespannt und ernst ist, sage ich auch ganz klar: Wir brauchen keine Änderung der Richtung unserer Politik, denn all das, was wir jetzt machen, ist bereits angelegt. Wir haben vorher ganz klar gesagt in unserem MV-Plan, dass, wenn die Zahlen es hergeben, wir natürlich Öffnungsschritte machen werden, und wenn die Intensivbelegung beispielsweise und die Inzidenzen hochgehen, dass wir auch wieder schließen werden. Das ist Teil des MV-Plans, das ist Teil der Landesverordnung, und diesen Weg werden wir jetzt

auch gehen. Das, was wir jetzt machen, ist, eine zusätzliche Bremse einziehen, aber auch die ist schon im MV-Plan angelegt.

Ich sehe jetzt keine Alternative zu unserem bisherigen System außer testen, Hygienemaßnahmen und impfen. Das sind und das bleiben die drei Elemente, die uns durch die Pandemie tragen. Was ist denn jetzt aber an der Situation neu? Und weshalb gehen die Zahlen so hoch?

Meine Damen und Herren, neu ist die Geschwindigkeit des Anstiegs der Zahlen. Neu ist, das muss man leider auch dazusagen, dass wir, als wir letztmals hier diskutiert haben, von falschen Zahlen ausgegangen sind aufgrund der Nachmeldungen. Das musste korrigiert werden, das ist korrigiert worden. Und neu ist vor allem, dass wir es mit einer ansteckenderen Virusmutation zu tun haben.

Die Experten haben uns gesagt, bei der alten Variante, wenn sich zwei Menschen gegenüberstehen und miteinander erzählen, braucht es so ungefähr eine Viertelstunde, wenn einer infiziert ist, um den anderen zu infizieren.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Das Neue, was uns die Virologen sagen und was Untersuchungen zeigen – der NDR hat das übrigens sehr schön aufgearbeitet in einer Studie –, ist, da haben sie ein Beispiel gebracht: In einem Raum haben zwei Arbeitnehmer acht Meter voneinander entfernt – acht Meter voneinander entfernt – gearbeitet und einer hat den anderen angesteckt, schlicht und einfach, weil die Konzentration in der Luft durch Aerosole reicht, um den anderen anzustecken. Und das sind dann eben auch jüngere Menschen, die betroffen sind. Es sind alle Altersgruppen.

Und wenn Sie sich, meine Herren von der AfD, und ich will Sie da ganz besonders ansprechen, weil ich glaube, dass LINKE, SPD und CDU sich da relativ einig sind, ich würde Sie herzlich bitten, sich auf der Seite des LAGuS mal anzuschauen die farbigen Kurven. Da sind die Infektionszahlen pro 100.000 nach Altersgruppen aufgeführt. Und die beiden grünen Kurven, das sind die Kinder. Schauen Sie sich das an und dann werden Sie feststellen, dass insbesondere unsere Kinder inzwischen von dieser Virusmutation besonders betroffen sind!

Meine Damen und Herren, und ja, es war richtig, auf die Testung zu setzen. In diesem Land gibt es inzwischen über 220 Orte, an denen sich Bürgerinnen und Bürger testen lassen können. Durch die Testung haben wir Infektionsketten durchbrochen. Die Zahlen würden heute höher sein, wenn wir diese Strategie nicht gefahren hätten. Wir brauchen weiterhin breit angelegte Testungen.

Und, sehr geehrte Frau Kollegin Oldenburg, Sie haben hier berichtet, dass es an verschiedenen Stellen zu Doppeltestungen gekommen ist, die nach Ihrer Auskunft notwendig waren. Ich biete Ihnen gerne an, dass wir uns zusammensetzen und gemeinsam mal überlegen, wie man so was hinbekommt, denn die Kapazitäten sollten natürlich vernünftig ausgenutzt werden. Da stehen wir gerne bereit, mit Ihnen weiter die Dinge zu entwickeln.

Und ja, meine Damen und Herren, wir brauchen auch eine weitere Reduzierung der Kontakte. Wir müssen die Ansteckungsrate runterbekommen. Wir können dabei

auch nicht auf den Bund warten. Ein Warten auf den Bund würde uns wertvolle Zeit kosten, Zeit, die die Phase des Runterbringens der Inzidenzen nach hinten heraus verlängert. Wir müssen jetzt handeln. Jeden Tag, den wir später handeln, dauert die Phase des Schließens deutlich länger. Es ist von meinen Vorrednern hier auch schon gesagt worden. Das kann ich ausdrücklich unterstützen. Es ist aber auch wahr, dass jeder Tag, den wir später handeln, heißt, dass die Intensivstationen voller zu laufen drohen. Das ist einfach das, was wir hier zu beachten haben.

Unser Ziel ist, die Menschen zu schützen. Unser Ziel ist, dass wir eine möglichst offene Sommersaison in Mecklenburg-Vorpommern haben. Das ist für die Menschen in unserem Land wichtig. Das ist aber auch für die Tourismussaison wichtig und für viele andere Branchen, meine Damen und Herren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei dem, was der Bund nun macht, ist mir wichtig, dass der Bund zügig handelt, das Einziehen von notwendigen Grenzen beschließt. Das entbindet uns aber nicht davon, dass wir hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht schauen müssen, was wir an Regeln für unser Land aufstellen. Wir haben dafür in Mecklenburg-Vorpommern auch einen guten Weg gefunden, wie wir gesellschaftlich breit aufgestellt den Prozess bewältigen, eben sachlich und zielorientiert, ein Prozess, so anstrengend er auch ist, und der ist anstrengend, den ich ausdrücklich begrüße. Und übrigens, mein Eindruck ist, der Bund stellt gerade fest, wie schwierig solche Prozesse sind und wie schwierig es ist, die Einbindung von vielen verschiedenen Partnern herbeizuführen und gemeinsam einen richtigen Weg zu finden.

Und wenn die AfD hier anspricht einzelne Partner aus dem MV-Gipfel, dass Sie sagen, dass sie dort Ihre Meinung vortragen können, ich kann Ihnen berichten: Ja, jeder kann seine Meinung vortragen, und ja, jede Meinung wird auch diskutiert. Das ist nicht so, dass man seine Meinung vorträgt und dann gehen wir zum nächsten Punkt über, sondern die Ministerpräsidentin achtet sehr genau darauf, dass auch wirklich jedes Argument dort gewogen wird, dass man sehr genau schaut, ist das etwas, was uns weiterhilft, ist das etwas, wo wir miteinander weiterkommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf einen Punkt eingehen, der in der Diskussion sehr hochkocht. Das ist der Punkt der Ausgangsbeschränkungen. Wir haben in dieser Woche, die AfD ist darauf eingegangen, eine Studie gesehen in den Medien von Aerosolforschern, die uns gesagt haben, dass im Außenbereich es kaum Ansteckungen gibt. Ich sage Ihnen, ich habe mich über die Berichterstattung, nicht über die Journalisten, die das geschrieben haben, sondern so, wie die Forscher es vorgetragen haben, sehr geärgert,

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

nicht aufgrund ihrer Forschungsergebnisse. Über ihre Forschungsergebnisse kann ich mich nicht ärgern, das habe ich zur Kenntnis zu nehmen.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Das habe ich zur Kenntnis zu nehmen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wenn die Aerosolforscher sagen, dass draußen die Ansteckung wohl sehr viel geringer ist,

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

dann habe ich das zur Kenntnis zu nehmen.

(Rainer Albrecht, SPD:
Einfach mal zuhören!)

Was mir nicht passt,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

das ist die Schlussfolgerung, die sie daraus gezogen haben. Die Schluss...

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Hören Sie doch mal bitte zu! Ich versuche hier heute gerade fürchterlich sachlich – ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist –,

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

ganz sachlich die Dinge vorzutragen.

(Holger Arppe, fraktionslos:
Sagen Sie mal was Neues!)

Die Aerosolforscher haben ein Forschungsergebnis. Das habe ich zu akzeptieren und das akzeptiere ich auch. Die haben gesagt, im Außenbereich, durch den Wind weht das weg, durch die Wärme steigt das auf.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Das heißt, der gegenüber, die Gefahr ist geringer.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Das nehme ich zur Kenntnis, das wird dann auch so sein.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Aber das, was ich Ihnen sagen möchte, ist, die Schlussfolgerung, die sie daraus ziehen, nämlich, dass Ausgangssperren nicht notwendig sind, darüber habe ich mich geärgert, weil, ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Warum?)

Das will ich Ihnen erzählen, und wenn Sie mich ausreden lassen, tue ich das sogar gerne.

... weil Ausgangsbeschränkungen werden nicht deshalb gemacht, weil man nicht draußen spazieren gehen soll, sondern weil wir wollen, dass in den Abendstunden nicht das, was üblich ist, passiert, nämlich, dass ich gemeinsam mit meiner Frau zu einem befreundeten Ehepaar gehe oder zum Kumpel, der da irgendwo baut, und wir da mit fünf anderen Kumpels ein Bier trinken.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Warum wollen wir das nicht? Das wollen wir nicht, nicht, weil wir den Leuten das nicht gönnen, weil das ist ja

schön, das ist unser soziales Leben, das wollen wir nicht, weil wir wissen – das war eine Frage, die vorhin aus Ihren Reihen gekommen ist –, weil wir wissen, dass die Masse der Ansteckungen aus dem privaten Bereich kommt. Und das sind diese Abende, die man da verlebt unter anderem, und die wollen wir möglichst einschränken. Und deshalb sagen wir, dass ab 21 Uhr die Menschen bitte zu Hause sein möchten, damit diese Treffen nicht stattfinden, diese zusätzlichen Infektionen einfach nicht stattfinden, die am Ende – zum Teil zumindest – wieder auf der Intensivstation ankommen.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Das, meine Damen und Herren, wollen wir verhindern. Das ist das eigentliche Ziel.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, zum Impfen. Das Impfen muss schneller gehen. Impfdosen, die bei uns eintreffen, müssen zeitnah verimpft werden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Macht doch!)

Alles andere ist den Menschen nicht zu erklären.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Daher der Antrag von SPD, CDU und LINKEN, dass wir die Landesregierung bitten, im Wirtschafts- und Gesundheitsausschuss zeitnah ein Impfkonzzept vorzulegen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Jetzt!)

Wir wollen als Abgeordnete wissen, wie es weitergeht, insbesondere dann, wenn mehr Impfdosen kommen. Wir wollen gerade an dieser wichtigen Stelle auch mitreden.

Gefreut habe ich mich darüber, wie fast überall im Land an den vergangenen Osterfeiertagen geimpft worden ist. Ich weiß, dass das für das Personal eine massive Belastung ist. Es sind Feiertage. An Feiertagen möchte man mit seiner Familie zusammen sein. Aber da ist massiv gearbeitet worden, da ist geimpft worden, meine Damen und Herren. Und ich möchte mich bei all denen, die da gearbeitet haben, bedanken. Sie haben Großartiges geleistet!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und wenn man sich anschaut, wie das gelaufen ist an den offenen Impftagen, beispielsweise in Waren (Müritz) oder Wismar, für die über 60-Jährigen, zeigt das ja auch, dass offenbar die Bevölkerung ein großes Vertrauen in den Impfstoff hat. Das freut mich, das ist auch gut so. Für mich sind die offenen Impftage ein Riesenerfolg.

Und ja, da hat es auch lange Schlangen gegeben. Und ja, das Wetter war nicht gut. Aber allein in Wismar sind am Ostermontag 900 Menschen geimpft worden, 900 Menschen, die zehn bis zwölf Tage nach der Impfung bereits einen relativ guten Schutz vor schwerer Erkrankung an Covid 19 hatten. Hier hat sich die Landrätin was Neues getraut. Ein herzliches Dankeschön an Kerstin Weiss für ihren Mut,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

da diesen neuen Weg zu gehen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Ein bisschen Landratswahlkampf muss auch sein!)

Ja, meine Damen und Herren, wenn ich hier höre, blanker Wahlkampf, könnte ich jetzt darauf eingehen, wo man sich das nicht getraut hat. Das wäre dann wahrscheinlich blanker Wahlkampf,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

das will ich mir aber hier ersparen, weil ich mir vorgenommen habe, heute eine vor allem sachliche Rede zu halten.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden in den nächsten Monaten deutlich mehr Impfdosen bekommen, dann müssen wir auch schneller werden. Ich habe in der letzten Landtagssitzung vorgeschlagen, dass wir dann auch weitere Fachärzte mit in die Impfkampagne einbeziehen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das haben wir jetzt im Antrag aufgenommen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Dazu erwarte ich, dass geprüft wird, ob es nicht auch so etwas wie Impfbusse geben kann, die insbesondere in ländlichen Gebieten eingesetzt werden. Reisebusse und Fahrer müsste es pandemiebedingt eigentlich genug geben, dazu die Einbeziehung von freiwilliger Feuerwehr, THW, Bundeswehr, Wohlfahrtsverbänden. So könnte die Impfkampagne gerade in ländlichen Regionen zu den Leuten kommen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Meine Damen und Herren, wenn wir so etwas wollen, dann muss man das jetzt vorbereiten, weil da steckt Logistik hinter. Jetzt muss das vorbereitet werden. Wir müssen schneller werden, meine Damen und Herren! Ich begrüße ausdrücklich, dass wir einen zentralen Manager in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Neuer Posten, der soll es bringen?!)

Impfen bringt uns aus der Pandemie raus. Hier muss noch mehr Kraft reingelegt werden.

Meine Damen und Herren, ausdrücklich begrüßen möchte ich, dass die Landesregierung die Optionierung von Sputnik V, sich um die Optionierung bemüht hat. Es war ein schwerer Fehler der EU, im Sommer letzten Jahres nicht genügend Impfstoff bestellt zu haben. Das ist schließlich die Ursache für die Hängepartie mit den mangelnden Impfstoffen jetzt. Wir sind noch nicht raus aus dieser Hängepartie und dieser Fehler darf sich nicht wiederholen. Deswegen an dieser Stelle ein großes Lob an die Landesregierung!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will einer Diskussion vorbeugen, einer Diskussion, die heißen kann irgendwann im Sommer, dass ja viel zu viel Impfstoff bestellt worden ist.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Lieber das als zu wenig! Sie haben doch versagt seit über einem Jahr, gestehen Sie das doch ein! – Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Minister Harry Glawe: Da gab es doch noch keinen Impfstoff! Jetzt reicht es doch langsam wieder hier! Das ist ja nicht auszuhalten! – Glocke der Vizepräsidentin – Minister Harry Glawe: Auf welchem Stern leben Sie denn eigentlich?!)

Meine Herren, insbesondere an Herrn Kollegen Thomas de Jesus Fernandes: Ich habe von Ihnen hier noch keinen einzigen vernünftigen Vorschlag gehört.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Außer spitze Lippen, die Sie hier machen,

(Andreas Butzki, SPD: Heiße Luft! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und flotte Sprüche, kam da am Ende nichts.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie fallen dadurch auf, dass Sie hier ins Wort fallen. Das werden die Wählerinnen und Wähler am Ende zu beurteilen haben, nicht ich.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich würde gerne mit meiner Rede einfach weitermachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es könnte sein, dass im Sommer dieses Jahres es eine Diskussion gibt nach dem Motto: Die Landesregierung hat ja viel zu viel Impfstoff bestellt. Ich will dieser Diskussion vorbeugen und jetzt schon mal deutlich machen, dass das eine Luxusdiskussion wäre. Wir haben erlebt, dass Woche für Woche die Meldungen, was an Impfstoff kommen soll, korrigiert worden sind. In aller Regel wurden diese Meldungen nach unten korrigiert. Das heißt, wir haben weniger Impfstoff bekommen, als geplant war. Es gab Lieferengpässe, es gab Lieferungen, die nicht stattgefunden haben. Es gab den Stopp bei AstraZeneca, es gibt jetzt den Stopp von Johnson & Johnson und wir wissen alle miteinander nicht, was in den nächsten Monaten hier noch passiert, und deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung vorgesorgt hat. Es ist richtig, dass die Landesregierung gehandelt hat, übrigens eine Vorsorge, die ich mir von EU und Bund gewünscht hätte.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eben ist vom Kollegen der AfD dann vorgetragen worden, es wäre richtig gewesen, wenn wir einen reinen Impfnationalismus gemacht hätten. Das möchte ich zurückweisen, denn reiner Impfnationalismus nutzt am Ende nichts.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie haben die Debatte vergiftet
mit dieser Bezeichnung!)

Wir werden die Pandemie global bekämpfen müssen, wenn wir nicht wollen, dass durch Mutationen das Ganze zu uns zurückkommt. Deshalb ist es wichtig, dass wir international handeln, meine Damen und Herren.

Ausdrücklich begrüßen möchte ich, dass wir noch einmal als Land Mecklenburg-Vorpommern viel Geld in die Hand nehmen, um unserer Wirtschaft zu helfen. Wir haben hier in Mecklenburg-Vorpommern eine 30-jährige erfolgreiche Aufbauarbeit hinter uns. Das gilt es zu sichern. 100 Millionen Euro, das ist viel Geld für dieses Land, das ist ein großer Kraftakt. Es ist aber notwendig, weil es insbesondere um unsere Wirtschaftsstruktur und natürlich auch unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, also insbesondere geht es hier auch um kleinere und mittlere Unternehmen. Ein herzliches Dankeschön an den Finanz- und an den Wirtschaftsminister an dieser Stelle!

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
An den Steuerzahler!)

Meine Damen und Herren, ich möchte am Ende meiner Rede mich auch noch ausdrücklich bedanken bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und der LINKEN, die gemeinsam mit uns, der SPD-Fraktion, den Antrag erarbeitet haben. Wir sind in einer Krise. In einer Krise gilt es, zusammenzustehen und das Land durch die Krise zu führen. Diese drei Fraktionen tun das. Vor diesem Hintergrund möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken.

Meine Damen und Herren, der Weg aus der Pandemie ist klar. Wir gehen ihn jetzt noch einmal. Wir gehen jetzt noch einmal durch einen Tunnel, aber das Licht am Ende des Tunnels ist deutlich zu sehen, und wir wissen, wo wir hingehen müssen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege, zu Ihrem Beitrag gibt es die Anmeldung von zwei Kurzinterventionen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Zunächst Herr Kramer von der Fraktion der AfD und danach Herr Arppe.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Krüger, vielen Dank für Ihren wirklich sehr sachlichen Beitrag!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, das sieht der Herr Professor
anders mit der Sachlichkeit!)

Sie sagten aber auch in Ihrem Beitrag – und das möchte ich im Rahmen dieser Kurzintervention richtigstellen – Sie sagten, ich habe gesagt, ich würde wieder nur wieder darauf abstellen, die vulnerablen Gruppen, die Alten,

impfen zu lassen. Und ich zitiere aus meiner Rede: „Beenden Sie Ihr Gruppendenken! Gestalten Sie zum Beispiel die Netzseite und die Hotlines besser! Lassen Sie nicht nur bestimmte Gruppen für die Anmeldung zu!“ Also mit keinem Wort habe ich auf das Impfen bezogen, so, wie Sie in Ihrer Rede sagten, darauf abgestellt, dass das Hauptaugenmerk auf die Alten, auf die vulnerablen Gruppen gelegt werden soll, sondern auf alle, die sich freiwillig impfen lassen möchten. – Danke schön!

Thomas Krüger, SPD: Erstens. Ein kleiner Blick in die Protokolle ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen kleinen Moment! Also zunächst muss ich Sie fragen, ob Sie darauf antworten möchten, aber da Sie schon begonnen haben, gehe ich davon aus.

Thomas Krüger, SPD: Selbstverständlich möchte ich für Klarheit beim Kollegen Kramer sorgen.

Erstens. Ein Blick ins Protokoll wird zeigen, was Sie wirklich gesagt haben. Das werden wir gerne tun.

Das Zweite ist, wenn das nicht so ist, dann wäre es ein Wechsel Ihrer Richtung, weil das ist das, was Sie uns bisher immer gesagt haben: Schützen Sie vulnerable Gruppen. Das ist das – über Anträge ja nachweisbar –, was Sie uns bisher gesagt haben, schützen Sie die vulnerablen Gruppen, insbesondere die Älteren. Diese Auseinandersetzung haben wir früher hier geführt, weil ich Ihnen vorgeworfen habe, dass Sie das nicht tun können, dass das überhaupt nicht möglich ist. Und damit habe ich mich auseinandergesetzt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Bitte schön, Herr Arppe!

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Krüger, ich hätte es doch begrüßt und sicherlich auch viele Bürger draußen, gerade die, die das Ganze ja auch etwas kritischer verfolgen, was Sie als der Fraktionsvorsitzende einer Fraktion der Regierungspartei zu dem beispiellosen Angriff der Bundesregierung auf den deutschen Föderalismus in Gestalt des in der nächsten Woche wahrscheinlich zu verabschiedenden geänderten Infektionsschutzgesetzes sagen, das ja von der Bundeskanzlerin interessanterweise als Ermächtigungsgrundlage bezeichnet wurde. Der erste Teil dieses Begriffes ist ja schon mal sehr interessant. In dem Zusammenhang könnte man ja gerade auch von der deutschen Sozialdemokratie Widerspruch erwarten. Ich sage nur: Otto Wels!

Also wie gesagt, da wird vor dem Hintergrund der mutmaßlichen Corona-Bekämpfung die Axt an den deutschen Föderalismus gelegt, und das ist hier heute leider weder von der Ministerpräsidentin noch von einem Redner der Regierungsfractionen thematisiert worden, denn, wenn das so kommt, dann können Sie, Frau Ministerpräsidentin, den Leuten ja gar nicht versprechen, dass sie im Sommer in den Urlaub fahren dürfen,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

weil dann wird ja alles zentral vom Bund geregelt – Verstehe ich recht? –

(Jochen Schulte, SPD: Ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung.)

und die Landes...

Ja, jetzt unterbrechen Sie mich mal nicht!

Aber es ist ja nicht, es ist ja nicht grundlos, dass dieses neue Infektionsschutzgesetz, dass das von allen Seiten, von Verfassungsrechtlern jeder Couleur, auch von ehemaligen Richtern des Bundesverfassungsgerichts, auch von Politikern der CDU, ehemaligen Politikern der CDU, massiv kritisiert wird, und zwar genau deswegen, ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen, bitte!

Holger Arppe, fraktionslos: ... und zwar genau deswegen, weil es den Ländern politische Entscheidungsmacht nimmt. So einfach ist das. – Danke!

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Möchten Sie darauf antworten?

Thomas Krüger, SPD: Selbstverständlich.

Dass gerade Sie sich, gerade Sie sich auf Otto Wels berufen, das finde ich eine Ungeheuerlichkeit, das muss ich Ihnen so deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das finde ich eine Ungeheuerlichkeit.

Zu dem, was Sie gefragt haben: Sie wissen – oder vielleicht wissen Sie es auch nicht –, dass das Infektionsschutzgesetz Bundesrecht ist und vom Bund auf das Land übertragen wird. Der Bund hat natürlich das Recht, diese Übertragung auch wieder zurückzuziehen. Das Recht hat er. Der Bund macht davon Gebrauch. Und das ist vor dem Hintergrund dessen, was da in der Ministerpräsidentenkonferenz passiert ist, was Vorbereitungsstand war, auch richtig so, denn in der gesamten Bundesrepublik Deutschland gehen die Zahlen nach oben und hier müssen jetzt zentral Haltelinien eingezogen werden. Das macht der Bund. Das finde ich richtig, das begrüße ich. Das entbindet uns nicht davon, dass wir hier in Mecklenburg-Vorpommern unsere eigenen Hausaufgaben zu machen haben, denn wir können an der einen oder anderen Stelle hier auch über das hinausgehen, was der Bund macht. Das ist das eine.

Und das Zweite, das, was ich kritisiere, ist, dass das auf Bundesebene sehr lange dauert. Der Bund stellt momentan gerade fest, dass solche Regeln aufzustellen, nicht ganz so einfach ist. Deswegen ist es richtig, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern handeln, und wir handeln hier mit dem Antrag, wir handeln heute mit dem MV-Gipfel, die Landesregierung handelt in der Folge. Das ist richtig so.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke schön, Herr Fraktionsvorsitzender!

Jetzt hat für die Fraktion der AfD das Wort der Abgeordnete Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Landsleute! Werte Abgeordnete! Zunächst muss ich auch feststellen, vor allem zu Herrn Krüger, man kennt ihn ja sonst ganz anders. So war die Debatte bis jetzt insgesamt doch recht sachlich und ich will mich bemühen, eben auch auf dieser Ebene zu diskutieren.

Das ändert aber nichts daran, dass man doch gewisse Fakten benennen muss. Und Herr Waldmüller meint ja doch, uns vorwerfen zu müssen, wir würden Ihnen vorwerfen, dass Sie vorsätzlich hier die Bevölkerung schädigen wollen. Herr Waldmüller, das hatten Sie uns hier wiederum vorgeworfen. Nein, davon kann keine Rede sein. Jedenfalls ich käme wirklich nicht auf die Idee – und das meine ich ganz ernst –, irgendwem, von der Ministerpräsidentin angefangen, vorzuwerfen, dass er bewusst hier irgendwie die Bevölkerung mit den Maßnahmen schädigen will.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Nein, das ist es nicht, es ist mehr das, was man bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz und der Kanzlerin erleben konnte, nämlich das Bild von Hilflosigkeit – oder von den Fakten getrieben –, einer großen Hilflosigkeit und einem dann doch schlimmen Aktionismus, der qualitativ zu Ergebnissen führt, über die man teilweise nur den Kopf schütteln kann. Daran hat sich nichts geändert. Insofern stehen die Ruhetage von Ostern für mich nur symbolhaft für das, was weiter hier abläuft.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Im Grunde, denke ich mal, ist das, was die Ministerpräsidentin hier abgeliefert hat, ein Offenbarungseid. Warum? Man bleibt fest und entschlossen an der einmal eingeschlagenen Strategie, nämlich dieser Strategie der Lockdowns. Niemand am Anfang wusste und weiß genau, was der richtige Weg ist. Es gibt auch nicht nur einen Königsweg, das weiß jeder. Es gab auch keine Blaupause. Aber inzwischen ist viel Zeit vergangen und wir haben empirische Erfahrungen gemacht, und die sind wichtiger als irgendwelche Modellrechnungen.

Und die Fakten haben uns gezeigt, dass dieser Lockdown irgendwie nicht funktionieren kann. Und wenn man darüber nachdenkt, dann kann er auch nicht funktionieren, denn überlegen Sie mal, wie naiv wir waren, als wir am Anfang dachten, ein-, zweimal so ein Lockdown und dann ist das Virus weg. Nein, wir sind nicht in der Steinzeit, wir sind auch nicht im Mittelalter, dass wir rund um uns herum Mauern haben, und wir sind auch nicht in China, wo man brutalste Abriegelungen durchführen kann. Wir leben mitten in Europa, in einer globalisierten Welt. Und der Lockdown führt doch dazu, dass Sie nur temporär einen Erfolg haben. Ich habe es mehrfach inzwischen gehört, das Virus lässt sich so nicht besiegen. Das lässt sich durch Kontaktbeschränkungen eine Zeitlang unterdrücken, und dann dauert es, sobald die Lockerungen wiederkommen,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

eine gewisse Zeit, dann ist es wieder voll da. Das liegt in der Logik dieser Therapie.

Und ich habe es schon mal gesagt, Sie betreiben hier im Grunde auch weiterhin Verdachtstherapien, weil Sie ja gar nicht über die Erkenntnisse verfügen, über die Sie

verfügen müssten, wenn Sie rechtlich ordentlich vorgehen, welche Maßnahmen Stück für Stück evidenzbasiert notwendig sind. Nein, Sie halten fest an diesen Lockdowns und stellen in den Mittelpunkt – und heute zum Teil sehr emotional, sehr anrührend –, wie schlimm es alles ist auf den Intensivstationen, was alles passieren kann. Man solle sich in die Menschen versetzen. Das ist alles vollkommen richtig, aber auf Intensivstationen ging es noch nie lustig her und es gibt Intensivmediziner, die sich darüber sehr aufregen, die genau das sagen. Auf einer Intensivstation wird häufig gestorben. Das bringt die Sache mit sich. Und es ist auch gar nichts Neues in der Vergangenheit, dass Intensivstationen stark belastet sind, und es ist auch gar nichts Neues, dass man Verlegungen durchführt. Da müssen Sie nur jeden Unfallnotarzt fragen oder Notfallmediziner, der Ihnen sagt, wie oft man dann telefonieren muss, wo noch Plätze frei sind. Das ist Normalität. Und wenn Sie das jetzt so emotional anführen, dann lenken Sie im Grunde von der Problematik ab.

(Thomas Krüger, SPD: Reden Sie doch mal mit den Leuten da! Machen Sie das doch einfach mal! Das ist doch alles Mist, was Sie hier erzählen!)

Also Sie sollten jetzt nicht unreflektiert dazwischenrufen! Ich bleibe dabei. Und das sind nackte Fakten. Das können Sie, wenn Sie mit denen reden, nicht nur mit einem, sondern mit mehreren reden, auch Quellen lesen, wie sich andere darüber aufregen, nämlich über diese einseitige Betrachtungsweise. Auf Intensivstationen geht es immer am Rande des Todes her. Das ist völlig normal und auch eine absolute Normalität, dass nicht immer überall in jeder Klinik Betten frei sind. Das ist die Normalität. Und da können Sie zehnmal den Kopf schütteln, das sagt Ihnen jeder Notarzt, jeder Unfallmediziner, wenn auf der Autobahn ein Unfall passiert.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

So, nochmals: Der Lockdown kann nicht funktionieren.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir haben es gelernt. Wir stolpern von einem Lockdown in den nächsten. Und das liegt im System dieser Therapie, weil sie immer nur vorübergehend, temporär hält und dann geht es wieder von vorne los. Also müsste doch die Bereitschaft da sein, mal darüber nachzudenken, ob das wirklich alles so richtig ist. Und wir haben schon sehr früh – das ist ja nicht unsere Erfindung gewesen,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

dazu gab es ja Wissenschaftler um einen Herrn Professor Streeck, der einen anderen Ansatz vertreten hat, nämlich nicht, wie Sie es betrieben haben, zum Schutz der Gefährdeten die ganze Bevölkerung in Haftung zu nehmen, sondern umgekehrt – das Augenmerk zu richten auf die vulnerablen Gruppen, die zu schützen

(Thomas Krüger, SPD: Wie?! Sagen Sie doch mal, wie!)

und die anderen in Ruhe zu lassen, so, wie man es Ende des Jahres mit bestimmten Konzepten ja betrieben hat.

(Thomas Krüger, SPD: Es sind Jüngere. Wie schützen Sie Jüngere?)

Am Ende des Jahres sind ja die Konzepte entwickelt worden,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

um die Alten zu schützen. Und wenn Sie ...

(Thomas Krüger, SPD:
Nein, es geht nicht um die Alten!)

Dieser Hochmut, diese Arroganz, Herr Krüger! Wenn Sie feststellen, dass über die Hälfte der Verstorbenen in den Heimen gestorben sind,

(Thomas Krüger, SPD: Gucken Sie
sich die Statistik doch mal an!)

dann seien Sie doch mal ganz still und denken Sie darüber nach, ob Sie nicht doch einen Augenblick reflektieren müssten, ob vielleicht eine andere Strategie auch möglich gewesen wäre, vielleicht sogar besser gewesen wäre!

(Julian Barlen, SPD: Das ist
börsartig falsch, was Sie erzählen!)

So, warum sind denn dann die Konzepte Ende des Jahres entwickelt worden?! Und wollen Sie bestreiten, in Berlin waren es nicht nur 50 Prozent, sondern 60/70 Prozent, die in den Heimen gestorben sind. Das muss man doch einfach zur Kenntnis nehmen!

Nein, Sie halten fest an Ihren unsinnigen Lockdowns. Vor allem machen Sie einen Kardinalfehler, auch hier in der Diskussion, das kommt ganz am Rande: Sie beschließen einen Lockdown, und ganz minimal – wenn überhaupt – denken Sie darüber nach, was Sie anrichten. Ihre Therapie kommt mir vor, als ob Sie mit einer Dampfwalze über eine Wiese fahren, um einen Schädling abzudrücken oder zu töten, und dabei die ganze Blumenwiese zerstören.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Mit keinem Wort erwähnen Sie die Kollateralschäden. Bei jeder Verlängerung des Lockdowns richten Sie weitere Kollateralschäden an. Die kommen hier gar nicht zur Sprache. Die kommen am Rande zur Sprache, wenn Sie von den Hilfen sprechen, und das wird dann noch so getarnt, als ob Sie selbst

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Kassen ausleeren!)

oder die Parteien oder die Regierung diese Hilfen gewähren würden. Nein, dafür plündern Sie den Steuerzahler aus,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

dafür verschulden Sie ganze Generationen! Und dann setzen Sie sich noch stolz hier hin und sagen: Da müssen wir locker noch ein paar Millionen dazugeben. Nein, Sie nehmen das jetzt insoweit in Kauf, weil Sie einfach nicht den Mut haben, über Ihre Strategie nachzudenken.

Und ein Kernproblem bei dem Ganzen ist die Rechtsstaatlichkeit. Wir haben uns doch die ganzen Monate im Wesentlichen über den Begriff der Verhältnismäßigkeit

gestritten. Und ich muss es immer noch wiederholen, weil Sie es immer noch nicht begriffen haben: Verhältnismäßigkeit bedeutet, dass bei jedem Grundrechtseingriff feststehen muss, dass er notwendig und verhältnismäßig ist. Sie – und das ergibt sich aus Ihren Beiträgen hier –, Sie verkünden Therapien, ohne zu wissen, ob sie notwendig sind und was sie bringen. Sie sagen es ganz deutlich, auf Verdacht beschließen Sie irgendwelche Maßregeln, ohne zu wissen, inwieweit dafür konkret Evidenzen vorliegen. Die einen Geschäfte werden geschlossen, die anderen werden geöffnet, die würden halb aufmachen. Sie haben keine Nachweise dafür, warum dieses Geschäft geschlossen sein muss, der Friseur offen und der wieder zu. Das ist ja teilweise angesprochen worden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie haben ja nicht mal Zahlen, die
wollen die auch gar nicht haben.)

Da steigen Sie gar nicht ein. Und auch jetzt ist es im Grunde so, ich glaube, Herr Waldmüller hat es ja deutlich gesagt, wir wissen nicht – ich glaube, er hat es wörtlich gesagt –, wir wissen nicht, was das im Einzelnen bringt, aber wir müssen etwas tun. Nein, Sie müssen das tun, was rechtlich zwingend geboten ist, denn Sie greifen tief in die Grundrechte der Menschen ein.

Und nochmals zu den Intensivstationen – ach so, jetzt muss ich auch noch mal zu den Inzidenzen kommen. Das hat Herr Waldmüller ja auch getan. Da sind Sie voller Widersprüche, und das können Sie überhaupt nicht leugnen. Schon die Begrifflichkeit, auch heute wieder wird ständig von Infektionen gesprochen. Inzidenzen sind nicht die Zahlen der Infektionen. Inzidenzen sind nichts anderes als positive PCR-Befunde, die für sich genommen gar nichts aussagen. Und selbst die Tatsache, dass es von der Zahl der Testungen abhängig ist, geht hier immer wieder unter.

(Thomas Krüger, SPD: Und die
Inzidenzen parallel zur Intensivbelegung
interessieren Sie nicht, oder?)

Ich will Ihnen Folgendes vorhalten vom LAGuS, LAGuS-Berichte über die Abstriche: Februar – ich kürze hier ab – fast 100.000, März 134.000 und soundso viel, also von Februar auf März rund ein Drittel mehr getestet. Das heißt also, statt 5.700 8.000 soundso viel mehr Tests, Inzidenzen, die gehen über die Sender, und das wollen Sie auch so. Ein Drittel mehr, oh Gott, wie schlimm! Wo stehen wir? Und dann gucken Sie rechts in die Positivquote, die ändert sich von 5,79 auf 5,99. Das heißt, das Infektionsgeschehen ist exakt dasselbe. Sie haben in der ersten Kalenderwoche – ich habe es schon mal angeführt –, 2020 haben Sie irgendwas mit 60.000 Tests, in der ersten Kalenderwoche 2021 haben Sie 1.000.200 Tests, so. Ich weiß nicht, wie oft man das hier noch sagen muss, Sie haben es ja inzwischen begriffen und sagen dann auch mal jetzt ganz artig, nachdem die Ministerpräsidentin das öffentlich verkündet hat, dass bei den künftigen Maßnahmen – das war im Februar, ich glaube am 28. –, bei den künftigen Maßnahmen soll nicht mehr allein auf die Inzidenzen abgestellt werden,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

so wörtlich. Das heißt also, bisher war es so, und das war grottenfalsch. Sie sagen das hier und bekräftigen

das auch. Aber das, was Sie da tun, in Ihrem Plan mit der Notbremse ist wieder alleine abgestellt auf diese Inzidenzen, ganz knallhart abgestellt. Sobald die magische Zahl 100 erreicht wird, der Zeiger rübergeht, dann ist irgendwas rückgängig zu machen oder es ist was Neues. Und Sie spielen natürlich, Sie jonglieren ja mit den Inzidenzen. Das ist ja auch schon eben vorgetragen worden. Mal hat man 35, mal 50, mal 100, 150, 200, obwohl sich nichts ändert. Da müssten Sie doch mal in sich gehen und darüber nachdenken. Sie sagen es ja auch, nur Sie setzen es ja nicht um. Damit können Sie an sich so gesehen nichts anfangen, wenn Sie nicht das gesamte Geschehen drum herum mit berücksichtigen, die Teststrategie, wer sind die Gruppen, die getestet werden, und, und, und.

Und wie krass das ist, gestern zu hören, hier in der Fragestunde habe ich den Gesundheitsminister gefragt, wie es denn um Rostock bestellt ist, diese Corona-Vorzeigestadt, immer mit den geringen Inzidenzen. Da wollten wir wissen, wie viele Tests sind denn dort durchgeführt worden. Da sagt er doch glatt, weiß ich nicht, kann ich in drei Monaten vielleicht nachliefern. Das heißt, Rostock als Vorzeigestadt wird hier diskutiert, die geringen Inzidenzen, alles ganz toll, und wir wissen nicht mal um die Aussagekraft dieser Inzidenzen dieser Stadt. Das ist ein kleines Beispiel dafür, wie Sie im Grunde – vielleicht gut meinend – Desinformation betreiben.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die wollen die Zahlen nicht oder
rücken sie nicht raus.)

So, und noch mal jetzt zu den Intensivstationen. Das ist doch gar keine Frage, da gebe ich Ihnen ja auch vollkommen recht, dass das wirklich was real Fassbares ist. Also wenn jetzt, wie man ja hört, die Zahlen da in die Höhe gehen, dass es dort eng wird, dann ist es völlig klar,

(Thomas Krüger, SPD: Parallell!)

dass man das nicht,

(Thomas Krüger, SPD: Parallell!)

dass man das nicht übersehen kann. Dann interessieren auch keine Inzidenzen. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Dann ist das wichtig. Aber auch an der Stelle wechselt das ja ständig. Ich habe gerade eben gehört, wenn das denn stimmt, dass es aktuell gerade heruntergegangen ist, heute sollen es also sieben oder vier weniger sein als gestern, wie auch immer. Jedenfalls auch da können Sie nicht argumentieren, indem Sie sich hier hinstellen und emotional davon reden, wie schrecklich es ist. Da sterben noch andere.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Da sterben auch andere, die plötzliche Befunde bekommen haben. Hören Sie zu! Da sterben auch andere. Da liegen auch andere mit plötzlichen Befunden, mit denen sie nicht gerechnet haben. Da leiden die Angehörigen ganz genauso.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und
Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Das ist kein Unterschied. Das ist die Situation auf den Intensivstationen. Und wenn es da so eng wird, dann müssen Sie auch ganz klein werden

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aber richtig!)

und sich fragen, warum ist das so. Wenn es diese Pandemie ist – und das ist sie ja auch, und wir wissen, dass Viren mutieren, und wir wissen, dass wir sie nicht abtöten können, definitiv, dass wir auf Dauer damit leben müssen –, dann muss ich damit rechnen, dass es eng wird auf den Intensivstationen. Aber was haben Sie denn getan dafür?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Nichts!)

Republikweit sind die Betten abgebaut worden. Und das Hauptproblem liegt bei dem Personal. Was ist passiert in diesem Jahr? Ist da nachgeschult worden? Und warum sind sie überlastet?

(Thomas Krüger, SPD: Sie können nicht
nachsichulen, das sind die Realitäten!)

Ein Soldat, der nach Afghanistan geht, bekommt – das ist billig und in Ordnung – bekommt 5.000 Euro Gefahrenezulage.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen kleinen Moment, Herr Kollege Förster, einen Moment bitte!

Horst Förster, AfD: Nur ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment bitte!

Herr Fraktionsvorsitzender, also ich habe jetzt lange zugehört. Sie haben noch ausreichend Redezeit – ja, bitte mal stoppen hier –, Sie haben noch ausreichend Redezeit. Wir müssen den Redner auch ausreden lassen. Ich bitte Sie, das jetzt zu berücksichtigen.

Bitte, Herr Förster, Sie haben das Wort!

Horst Förster, AfD: Nur, das hätte doch wohl nahegelegen, dass man sich darüber Gedanken macht, dass man möglicherweise auch mit Zulagen zusätzliches Personal gewinnt. Das war doch voraussehbar. Wo sind denn im Hintergrund vielleicht auch Lazarette der Bundeswehr? Was ist getan worden? Na, das Personal ist abgebaut worden! Und wenn Sie die Auskünfte aus dem Internet holen über die vorhandenen Betten, dann stellen wir fest, dass durch Personal auch jetzt viele Betten eben im Grunde da leer stehen und nicht gebraucht werden können. Also das ist doch ein Kardinalfehler, das ist doch keine Katastrophenplanung! Das ist doch ein ganz grobes Versehen! Deshalb sollten Sie an der Stelle ganz, ganz kleinlaut sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

So, und jetzt dieser Punkt mit der bundeseinheitlichen Regelung. Wir haben auch da von Anfang an gesagt bei den Grundrechtseingriffen, die müssen verhältnismäßig sein, und da muss man die regionale Situation berücksichtigen. Das war auch hier lange Auffassung oder am Anfang hier nicht erwähnte Auffassung der Bundeskanzlerin. Und jetzt wendet man sich dem Bund zu, wahr-

scheinlich weil man merkt, dann sind die ja auch die Verantwortlichen für all das, wenn wieder alles geschlossen wird oder sonst was – ein Automatismus an Inzidenzen geknüpft, dass dann wieder Schulen dichtgemacht werden, alles Mögliche drum und dran, nachdem Sie zunächst im Grunde ja alle selbst bestätigt haben, dass die Inzidenzen keine Aussagekraft haben, wird demnächst ein Bundesgesetz kommen, wo abhängig von Inzidenzen der ganze Laden dichtgemacht wird. Und das ist das Gegenteil von Verhältnismäßigkeit. Das ist auch in meinen Augen das Gegenteil von Rechtsstaatlichkeit.

Wir leben in Mecklenburg-Vorpommern. Und „bundes-einheitlich“ hört sich unheimlich gut an, lässt sich gut verkaufen, vor allem im Wahlkampf, nur, wir in diesem Flächenland mit der dünnen Bevölkerung, wir haben eine normale Kontaktdichte, die weit unter dem liegt, was in den Ballungsräumen los ist. Das heißt, wenn Sie dort mit erheblichen Maßnahmen das herstellen wollen, was bei uns normal ist, dass man sich nicht auf dem Bürgersteig in der Stadt oder beim Einkaufen oder auf dem Dorf gegenseitig über die Füße rennt, wir haben eine völlig andere Situation der Kontaktdichte, das muss man doch berücksichtigen. Wir haben weite Strände und keine Fußgängerzonen, also wirklich. Oder gehen Sie mal in den Baumarkt in Leipzig, Düsseldorf oder sonst wo, wie es da aussieht!

Und dann möchte ich mir gerne noch auf jeden Fall, weil das viel zu kurz gekommen ist, die Schulen vornehmen. Da geht es ja jetzt so richtig los. Und das ist nichts als Aktionismus, mit dem Testen in Kitas und Schulen. Kitas und Schulen und die Kinder, die dahinterstehen, das sind die wahrhaft Gebeutelten. Da gibt es ja welche, die immer wieder die Kinderrechte fürs Grundgesetz fordern. Nein, das ist gar nicht nötig. Die Kinder sind hier, deren Rechte sind auf der Strecke geblieben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Kinder sind nach wie vor nicht die Gefährdeten, obwohl jetzt plötzlich so getan wird, als ob zu deren Schutz die Kitas geschlossen würden. Nein, sie werden geschlossen, weil man sie als Virenträger ansieht. Es hat sich nichts geändert. Es war ja mal allgemeine Meinung, Schulen und Kitas sind nicht die Treiber der Infektion. Die Infektionen werden da vielleicht mal hineingetragen, aber da wird auch nicht viel verbreitet.

Und was Sie den Kindern antun, auch den kleinen Kindern jetzt, die schon in Kitas diese irrsinnigen Tests über sich ergehen lassen müssen, die nichts bringen! Der erste Versuch in Hamburg, 80.000 Selbsttests, davon waren 111 positiv. Wie viel davon PCR-positiv sind, konnten wir nicht in Erfahrung bringen, wurde offensichtlich verschwiegen. Diese 111 wären eine Quote von 0,14. Dafür geben Sie ein Riesengeld aus, dafür bringen Sie alle in Bedrängnis. Und wenn Sie so ein bisschen das Leben kennen, dann wissen Sie, wie normal das ist, wenn kleine Kinder morgens mal einen leichten Schnupfen haben. Die werden dann als Verdachtsfall behandelt, werden dann separiert, wenn das in der Schule stattfindet und die Mutter es nicht mehr zu Hause hat. Ich will das nicht zu Ende spielen. Ich denke, Sie begreifen alle, wenn Sie sich selbst in die Rolle zum Beispiel einer alleinerziehenden Mutter versetzen, dann begreifen Sie, welcher Irrsinn da veranstaltet wird. Das hat mit Verhältnismäßigkeit und dem Nutzen überhaupt nichts mehr zu tun.

Und die mediale Berichterstattung geht natürlich in diese totale Panikmache. Haben wir Bilder, die spielende Kinder draußen zeigen? Haben wir Bilder von Genesenen? Haben wir Berichte in den Medien, was man mit dem gesunden Leben, wie man sein Leben einrichten kann, um sein Immunsystem zu stärken? Ich will Bilder sehen, wo ich Kinder rumtoben sehe, die sich in die Arme nehmen, die rumtoben auf dem Klettergerüst, die Fußball spielen. Lasst die Kinder Kinder sein! Die brauchen diesen Schutz nicht.

(Peter Ritter: DIE LINKE: Kinder brauchen keinen Schutz?! Na ja!)

Und wir haben nicht das Recht, sie in Haftung zu nehmen, um andere, die gefährdet sind und sich nicht in Eigenverantwortung schützen wollen, davor zu schützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Rechte der Kinder sind massiv, massiv geschädigt worden.

Und wenn ich denn hier lese in Ihrem Antrag, also das ist ja geradezu abenteuerlich, was Sie da zur Schule schreiben – wo steht denn das? –, dass dann irgendwo, dass es nicht ganz gelungen ist, zu 100 Prozent den Unterricht und die Lernziele zu erreichen: Was ist das für ein Euphemismus?! Das, was in den Schulen stattfindet,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist eine Katastrophe!)

Distanzunterricht, wie Sie dieses ganze Drum und Dran nennen, das ist schlicht und ergreifend Mist! Das ersetzt den Präsenzunterricht nicht.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Eben.)

Das ist die bittere Wahrheit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und das alles sparen Sie aus, was das für das Leben dieser Kinder bedeutet. Diese kleinen Kinder werden groß – nicht unbefangen mit ihren anderen wuseligen Kindern, sondern die erleben die als Gefährder.

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Die rennen nur noch mit Maske rum. Das ist alles absolut unverhältnismäßig. Da kann es keine Zweifel geben. Und da gibt es ja auch eine ganze Reihe von Ärzten und Klinikchefs, die mit der Praxis zu tun haben und nicht nur Statistiken lesen und über Viren gut reden können, die aus der Praxis wissen, was an den Seelen der Kinder hier angerichtet wird.

Das, denke ich mal, sollten wir bedenken, und ich kann Sie nur bitten, ernsthaft nachzudenken, es müsste höchste Priorität haben, die Schulen offen zu lassen und sich nicht von Inzidenzen aus Berlin kommandieren zu lassen. Dass wir hier alle Schulen dichtmachen, das ist unververtretbar!

So, und die Tests im Übrigen – auch das ist ja schon erwähnt worden –, das ist doch wirklich ein Witz, dass beim Oberverwaltungsgericht Ihre eigenen Anwälte na-

türlich das Argument bringen, und das ist ja auch schlüssig, das Argument, ja, die Tests bringen nichts. Das wissen Sie ganz genau. Ja, zu 38,5 Prozent nach RKI haben sie eine Treffsicherheit. Und wenn die Quote der Infizierten ohnehin ganz gering ist, dann ist ja völlig klar, dass mit diesen tollen Tests überhaupt nicht viel erreicht wird. So, und Ihre Anwälte beim Obergericht – ist ja genüsslich, das festzustellen –, die argumentieren genau damit, dass die Tests nichts bringen und deshalb auch die Ferienhausbesitzer nicht mit dem Testargument kommen dürfen. Da ist es plötzlich ganz anders. Und hier tun Sie so, als ob mit diesen Tests wirklich groß was erreicht werden könnte.

Und wissen Sie, ich hätte nie gedacht, das hinter manchen Dingen auch eine riesige Geschäftemacherei stehen könnte – ein Satz noch –, aber nachdem wir das erfahren haben, 850.000 an Provision, da ist mir so langsam klargeworden, was steckt da auch an wirtschaftlichen Interessen dahinter, an den Masken

(Andreas Butzki, SPD: Rote Lampe!)

und mit den Tests und allem Drum und Dran. Aber da sind wir uns sicherlich alle einig, ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Förster!

Horst Förster, AfD: ... es macht einen fassungslos.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Förster, ich habe Sie Ihren Satz jetzt aussprechen lassen. Und insofern mache ich Sie jetzt darauf aufmerksam, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Horst Förster, AfD: Vielen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Damit erübrigt sich auch der Redebeitrag von Herrn Dr. Jess, da die AfD-Fraktion jetzt keine Redezeit mehr hat.

Ich rufe den nächsten Redner auf, für die Fraktion der SPD Herrn Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein Fraktionsvorsitzender hat mich eben noch mal gebeten, kurz auf ein/zwei Punkte meines Vorredners einzugehen, und das möchte ich ganz gern an dieser Stelle dann auch tun. Ich verspreche Ihnen allerdings auch, dass ich mich kurzfassen werde.

(Unruhe bei Minister Dr. Till Backhaus)

Sehr geehrte ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Hier ist der Plenarsaal und kein Raum für Gespräche.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Abgeordneter Förster hat gesagt, dass die Ausführungen der Erklärung der Ministerpräsidentin keine Regierungserklärung, sondern Offenbarungseid wären. Frau Ministerpräsidentin, ich sage Ihnen das ausdrücklich im Namen meiner Fraktion, meines Fraktionsvorsitzenden – Herr Kollege Krüger hat mich ausdrücklich darum gebeten und ich gehe auch davon aus, dass das auch die Rückende-

ckung der Fraktionen der CDU und der LINKEN hat –, der Hintergrund dieses Vorwurfs war ja, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, dass Sie an Ihrem Kurs, dass wir in diesem Land an unserem Kurs im Umgang mit dem Corona-Virus festhalten. Frau Ministerpräsidentin, wenn das Festhalten an einem durchdachten, an einem konsequenten Kurs dann tatsächlich die Begründung für einen Offenbarungseid in Deutschland ist, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, dann stehe ich gerne neben Ihnen, dann gebe ich diesen Offenbarungseid mit Ihnen ab. Da habe ich dann kein Problem mit, und das gilt, glaube ich, für alle anderen demokratischen Abgeordneten in diesem Haus von den Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Förster hat weiterhin ausgeführt, weltweit ließe sich beobachten, und man sollte doch endlich daraus lernen, dass sich der Corona-Virus nur zeitweise, Herr Kollege Glawe, nur zeitweise mit einem Lockdown bekämpfen ließe. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn der Abgeordnete Förster sich tatsächlich die Mühe gemacht hätte, auch in andere Länder zu schauen, wie die mit diesem Virus umgehen – und ich will jetzt nur zwei Beispiele nennen, zwei Länder, zwei Staaten, die massiv von den Auswirkungen des Corona-Virus getroffen worden sind, gerade auch, was ihre intensivmedizinische Versorgung angeht, nämlich unsere europäischen Nachbarn Portugal und Großbritannien –, dann weiß man, dass gerade ein Lockdown, harte Maßnahmen, auch wenn sie uns alle schwer treffen, am Ende des Tages ein Erfolg versprechender Weg sind. Und gerade Portugal hat es gezeigt, die Menschen dort waren am Anfang dieses Jahres noch in einer Situation, dass andere europäische Staaten, unter anderem auch die Bundesrepublik Deutschland, medizinische Versorgung nach Portugal, medizinische Unterstützung nach Portugal gebracht haben, um dort die Situation in den Griff zu kriegen.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist den politisch Verantwortlichen, es ist der portugiesischen Bevölkerung am Ende des Tages eben durch einen ganz massiven Lockdown gelungen, diesen Virus in den Griff zu bekommen, und Ähnliches gilt auch für die Verantwortlichen im Vereinigten Königreich. Und wenn ich mich daran erinnere, ist es, glaube ich, vor zwei oder drei Tagen gewesen, dass der britische Premierminister gesagt hat, er würde sich jetzt darauf freuen, endlich wieder ein britisches Ale – ich würde es nie über die Lippen bringen, aber der Geschmack ist unterschiedlich –,

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD)

endlich wieder ein britisches Bier an die Lippen zu setzen,

(Heiterkeit und Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

natürlich unter Berücksichtigung aller Vorsichtsmaßnahmen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das zeigt ganz deutlich, dieser Weg, den wir gehen, den wir schon seit Längerem gehen, ist der richtige Weg, und es ist einfach unredlich gegenüber den Menschen auch in unserem Land, sie glauben machen zu wollen, dass man ohne Einschränkungen, die wir jetzt noch einmal auf uns neh-

men müssen, tatsächlich diesen Virus besiegen kann. Und ich glaube, Frau Ministerpräsidentin hat es deutlich gemacht, und ich glaube, sie hat das auch für alle Fraktionsmitglieder von CDU, DIE LINKE und die SPD hier ausgesprochen, wir müssen diesen Weg, wir müssen diesen Kampf gegen das Corona-Virus gewinnen. Das sind wir,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

das sind wir – und da komme ich zum nächsten Redepunkt, der Rede des Abgeordneten Förster –, das sind wir gerade auch den Menschen schuldig, die bereits heute in den Intensivstationen medizinisch versorgt werden, aber auch denjenigen, die aufgrund der steigenden Infektionszahlen in den nächsten Wochen noch gefährdet sind. Und auch da müssen wir uns darüber klar werden, es werden auch in den nächsten Wochen noch weitere Menschen auch bei uns im Land intensivmedizinischer Versorgung aufgrund einer Erkrankung mit dem Corona-Virus bedürfen.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich weiß gar nicht, wie ich den Ausdruck des Abgeordneten Förster werten soll, wenn er hier erklärt hat, die Situation auf den Intensivstationen wäre normal, es wäre normal, dass dort Menschen sterben würden.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, natürlich kann man sich hier hinstellen und sagen, der Tod ist ein Teil des Lebens. Jeder von uns wird irgendwann sterben.

(Zuruf aus dem Plenum: Richtig, genau.)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir reden nicht darüber, wir reden nicht darüber, dass jemand, der sein Leben gelebt hat, am Ende des Tages im Kreise seiner Familie vielleicht ruhig einschläft und seine Angehörigen auch wussten, dieser Mensch hat mit uns sein Leben gelebt, so schwer der Verlust trotzdem auch sein mag. Wir reden gerade in der heutigen Situation – und Frau Ministerpräsidentin hat das deutlich gemacht –, wir reden darüber, dass insbesondere jüngere Menschen, jüngere Menschen, die ohne eine Erkrankung am Corona-Virus noch in der Blüte ihres Lebens stehen würden, die Familien haben, die Kinder haben, die auch noch Zukunftswünsche, Zukunftsperspektiven haben, die vielleicht noch 30 oder 40 Jahre Lebenszeit vor sich haben, dass diese Menschen auf den Intensivstationen liegen und dass das Personal, egal, ob es die Ärzte oder die Pflegerinnen und Pfleger sind, dass diese Menschen es miterleben müssen, wie solche relativ jungen Menschen oder auch junge Menschen dort tagtäglich um ihr Leben kämpfen und tatsächlich dann leider in vielen Fällen diesen Kampf gegen das Corona-Virus verlieren und sterben. Und, sehr geehrte Abgeordnete, dann in diesem Zusammenhang davon zu sprechen, dass das Sterben auf den Intensivstationen normal wäre, ist, glaube ich, geschmacklos.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Abgeordnete Förster hat darüber hinaus ausgeführt, dass man doch einmal in Ruhe seine eigene Position reflektieren

sollte. Und, meine Herren von der AfD, da will ich Ihnen nur einen Satz zurückgeben: Ja, das ist das, was wir uns eigentlich wünschen, dass Sie einmal in Ruhe Ihre Position zum Umgang mit dem Corona-Virus reflektieren und dann vielleicht dazu kommen, dass Sie sagen, das, was wir über Monate jetzt, über ein Jahr hier immer wieder vorgetragen haben, dass wir doch im Grunde einen Umgang des Laissez-faire mit dem Corona-Virus propagieren, nein, das ist der falsche Weg, wir erkennen, dass wir auf einem Holzweg sind, wir sehen, dass die anderen Fraktionen in diesem Haus, wir sehen, dass die Landesregierung hier in diesem Land den richtigen Weg gehen, wir haben uns geirrt – dann ist das in Ordnung, damit würden Sie Größe zeigen. So zeigen Sie nur, dass Sie unbelehrbar sind, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will dann zum letzten Punkt kommen, den ich hier noch einmal aufgreifen muss. Der Abgeordnete Förster hat dargelegt, dass das Kernproblem jeglichen Umgangs mit dem Corona-Virus, jeglicher Maßnahmen im Umgang mit dem Corona-Virus die Frage der Rechtsstaatlichkeit wäre, die Frage, ob der betreffende Grundrechtseingriff – und wir reden natürlich, das wissen wir alle, die sich damit auch beschäftigen, wir reden natürlich über Grundrechtseingriffe –, dass diese verhältnismäßig sein müssten und es nach Auffassung des Abgeordneten Förster und, ich vermute mal, der gesamten AfD dann nicht wären.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wer die Diskussion nicht nur in diesem Haus, wer die Diskussion in anderen Parlamenten, in den Ländern, aber auch im Bundestag und nicht nur in den letzten Tagen und Wochen verfolgt – und es ist völlig egal, ob das Abgeordnete und Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, hier oder in anderen Parlamenten sind, ob es Abgeordnete der CDU, der CSU oder der SPD sind oder auch der FDP oder der GRÜNEN, die hier nicht in diesem Haus vertreten sind –, ich glaube, keinem der Abgeordneten, der Kolleginnen und Kollegen in irgendeinem deutschen Parlament darf man ernsthaft unterstellen, dass sie sich nicht gerade mit diesem Problem eingehend und massiv beschäftigen. Uns allen ist bewusst, dass wir mit jeder Maßnahme, die wir ergreifen, mit jeder Maßnahme, die wir beschließen – und das Gleiche gilt nicht nur für diese Landesregierung, ich glaube, das gilt für jede Landesregierung in jedem Bundesland und es gilt auch für die Bundesregierung –, dass wir uns alle darüber bewusst sind, dass jede Maßnahme einen Grundrechtseingriff darstellt und jede dieser Maßnahmen auf ihre Notwendigkeit, auf ihre Geeignetheit, auf ihre Angemessenheit ernsthaft überprüft werden muss und, wenn da Zweifel bestehen, wir auch alle wissen, dass im Zweifelsfall noch mal Gerichte da sind, um das nachzuprüfen.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, eins muss doch auch klar sein, wir können uns doch nicht hinstellen, um eine professorale Debatte über Fragen der Verhältnismäßigkeit im weiteren und im engeren Sinne, die möglicherweise Wochen und Monate dauert, im Vorfeld einer politischen Entscheidung zu führen. Das ist die Last, die wir alle tragen, die die Regierungen in diesem Land tragen, die die Parlamentarier in diesem Land tragen, dass wir Entscheidungen treffen müssen. Die Erstellung des Bundesgesetzbuches hat zehn Jahre gebraucht, damit sich die Professoren darüber einig waren,

wie diese Rechtsregelungen tatsächlich am besten getroffen werden sollen. Wie viele Wochen und Monate wollen wir uns geben, um eine Entscheidung zu treffen, um dann vielleicht zu 90 Prozent sicher sein zu können, dass die nicht vor einem Verwaltungsgericht oder einem Oberverwaltungsgericht angegriffen wird? Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bis dahin ist die Bevölkerung in diesem Land noch stärker in den Krankenhäusern, als das ohnehin der Fall ist.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, jeder von uns weiß, jeder von uns weiß, wie wichtig es ist, die Menschen mitzunehmen, und das ist auch eine Frage von Grundrechtseingriffen und ihrer Verhältnismäßigkeit. Aber ich will es an einem Beispiel deutlich machen, weil immer wieder die Frage von Ausgangssperren debattiert wird. Wir haben ja bereits in diesem Land Regelungen, die Ausgangssperren betreffen, und mir ist nicht bekannt, dass sie in diesem Land tatsächlich angegriffen worden sind, und das zeigt auch, dass die Menschen diese Politik in diesem Land, die von diesen drei Fraktionen getragen und von dieser Landesregierung umgesetzt wird, mittragen und wir alle zusammen nur gemeinsam Erfolg haben werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD, CDU
und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schulte, mir liegt noch ein Antrag auf Kurzintervention von Herrn Förster vor.

Bitte, Herr Förster!

Horst Förster, AfD: Ja, Herr Schulte, ich möchte nur auf wenige Punkte eingehen. Ich habe keineswegs infrage gestellt, dass ein Lockdown sinnvoll sein kann und dass er was bringen kann. Ich habe nur die Lockdown-Dauerstrategie gerügt. Sie können doch nicht leugnen, dass wir mehr oder weniger hilflos von einem Lockdown in den anderen stolpern. Und bei den vielen Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten gehört schon eine Menge Mut dazu, wenn Sie von uns verlangen, wir würden nach einer Phase des In-sich-Kehrens zum Ergebnis kommen müssen, alles, was Sie gemacht haben, für gut zu befinden. Es wäre doch vielleicht angebrachter, wenn Sie mal darüber nachdenken können würden, ob Sie nicht vielleicht das eine oder andere doch korrigieren müssten.

Und den Impfnationalismus, den will ich noch mal kurz ansprechen. Oder – Sie brachten das britische Beispiel –, ja, das ist ja auch eine andere Situation. Dort ist der Lockdown für eine gewisse Zeit nur notwendig, weil man genug Impfstoff beschafft hat, die Bevölkerung weitgehend durchgeimpft ist. Wenn das bei uns so wäre, dann hätte Herr Laschet mit seinem neuen, schillernden Begriff des Brücken-Lockdowns ja vielleicht recht, dann wäre er sinnvoll. Aber davon sind wir ja weit entfernt. Wenn Sie das als „Impfnationalismus“ rügen, wenn man, wenn das eigene Land in so einer Krise erst mal für sich Impfstoff beschafft, das ist für mich nicht Impfnationalismus, das wäre natürliche Vorsorge für die eigene Bevölkerung.

Und was die Verhältnismäßigkeit anbelangt: Sie sind Jurist. Das ist ja schon eine merkwürdige Rechtsauffassung, wenn Sie meinen, die zu prüfen und zu einem ordentlichen Ergebnis zu kommen, brauchte man Stunden oder Wochen oder Monate. Nein, wir leben, es geht

um Maßnahmen, die ja, mit denen Sie jonglieren seit über einem Jahr. Da geht es ganz konkret um nicht neue Sachverhalte, da geht es um die Abwägung von bestimmten Umständen, die bekannt sind und bekannt sein sollten. Da muss man manchmal das Vernünftige tun. Und wie vernünftig das aussieht, das haben Sie ja an dem Beispiel von Frau Oldenburg gesehen.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ist es etwa vernünftig, wenn beim Einkaufengehen die Mutter das Kind im Kinderwagen testen lassen muss? Da brauche ich nicht Stunden für, da brauche ich Sekunden für, um diesen Unfug nicht zu beschließen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Sie haben keine Redezeit hier.)

Vielen Dank!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Wolfgang Waldmüller, CDU: Sie
haben doch hier keine Redezeit!)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte! Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Förster hat sich im Rahmen der Kurzintervention an die zwei Minuten gehalten.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Oh!)

Herr Schulte, möchten Sie darauf erwidern?

Jochen Schulte, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Förster! Es spricht für Ihre Intelligenz, dass Sie in den zwei Minuten Kurzintervention das infrage stellen können, was Sie vorhin in dem Redebeitrag hier geäußert hatten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!
Sehr richtig!)

Allerdings möchte ich Sie an einigen Punkten mal auf Ihre eigenen Ausführungen hinweisen. Sie haben den anderen Fraktionen unter anderem vorgehalten, dass sich nur an den Infektionswerten, an den Inzidenzwerten festgehalten wird. Wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, den Antragstext zu lesen, hätten Sie zum Beispiel unter IX lesen können, dass ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass auch zum Beispiel die intensivmedizinische Neuaufnahme in einer Woche berücksichtigt werden soll. Das hat offensichtlich nicht mal Eingang, weder in Ihren Redebeitrag, vielleicht auch nicht in Ihren Kenntnisstand erlangt.

Sehr geehrter Abgeordneter Förster, zu der Frage der Rechtsstaatlichkeit will ich Ihnen nur eine kurze Anmerkung machen. Das OVG Lüneburg hat bekannterweise, das ist ja durch die Presse gegangen, vor nicht allzu langer Zeit eine Allgemeinverfügung der Region Hannover, was die Verhängung einer Ausgangssperre anging, aufgehoben. Das ist aus meiner Sicht, wenn ich dieses Urteil lese oder die Entscheidung gelesen habe, auch durchaus nachvollziehbar. Dazu eine Anmerkung des Präsidenten des OVG Lüneburg gegenüber der „Neuen Presse“ (Hannover) vom gestrigen Tag – der gestrige

Tag! –: „Über Ausgangssperre kann man trefflich streiten“. Das sagt der Präsident des OVG Lüneburg, der kurz vorher tatsächlich eine Ausgangssperre aufgehoben hat, weil auch ihm als Präsidenten des höchsten Verwaltungsgerichtes des Landes Niedersachsen klar ist, dass gerade bei Fragen von Verfassungsmäßigkeit, also der Frage, ist die Maßnahme geeignet, ist sie erforderlich, ist sie angemessen, man unter Juristen – und das sollten Sie eigentlich auch wissen – nie zu einem 100-prozentigen Konsens kommt, weil es auch eine Wertung, eine Auslegung von Rechtsbegriffen und Rechtsfragen ist.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will das noch an einer zweiten Stelle verdeutlichen. Im Nachgang zu dieser Entscheidung des höchsten niedersächsischen Verwaltungsgerichtes hat ein Verwaltungsgericht in Niedersachsen, nämlich das Verwaltungsgericht Braunschweig, wenige Tage später erklärt, dass die dort in den Landkreisen – ich glaube, es sind Peine und Wolfsburg, wenn ich das richtig im Kopf habe – vor dem Hintergrund der Entscheidung des OVG Lüneburg aufrechterhalten bleiben. Auch das macht deutlich, dass Verfassungsrecht schwieriger ist, als Sie das hier in Ihrem Redebeitrag, in Ihrer Kurzintervention darstellen wollten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schulte!

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin ja unter anderem 2002 in die Politik gegangen, um mich in der Sache zu streiten, mich mit Inhalten auseinanderzusetzen, und das ist mein Anspruch, den ich immer noch habe. Und ich muss es zum wiederholten Male sagen, insbesondere jetzt auch wieder in Richtung von Herrn Förster: Sie haben zwar vieles aufgezählt und kritisiert, aber Sie haben doch nicht eine ernsthafte Alternative hier benannt, keine Beschreibung, wie Sie mit dieser Situation umgehen wollen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und das ist nicht nur ein Vorwurf, den ich jetzt in Ihre Richtung sende, sondern auch in andere politische Richtungen, die zum Beispiel sich jetzt überall schlaumachen. Da gibt es ja jemanden, der sich vor dreieinhalb Jahren in die Büsche gestohlen hat, als es um Regierungsverantwortung ging. Dreieinhalb Jahre war die FDP abgetaucht,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

jetzt kommen sie sozusagen wieder und sind im Aufwind, weil möglicherweise die aktuelle Politik nicht die Lösungen anbietet, die die Menschen auch gleich verstehen und mitnehmen, aber trotzdem müssen wir auch diese Kräfte fragen – und das ist auch in Ihre Richtung gesprochen –, was bieten sie an. Und dann wird angeboten, wenn ich das auf die FDP auch mal beziehe, auch wenn sie jetzt hier nicht im Landtag sitzen, da wird angeboten, jetzt mehr zu testen, um der jetzigen Situation Herr zu werden.

Punkt zwei, da wird gesagt, wir müssen das Impftempo erhöhen. Ich meine, das ist uns allen klar.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das Problem ist, dass wir – und das ist ein Makel – nicht ausreichend Impfstoff in der jetzigen Situation haben.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Aber das sind die zwei riesigen Lösungsansätze, die andere politische Kräfte hier aufs Tapet bringen.

Und dann gibt es noch die dritte Lösung, die ich bisher immer im politischen Raum von diesen Leuten höre, auch von Ihnen, die Kontaktbeschränkungen in Regionen mit besonders hohen Infektionszahlen sollen eingeschränkt werden.

Das sind drei wegweisende Dinge, mit denen wir uns befassen sollen. Im gleichen Atemzug werden juristische Diskussionen geführt, wird schon angekündigt, bevor der Bundestag überhaupt beschlossen hat, aber gegen eine Maßnahme, die möglicherweise was mit Einschränkungen, mit Kontaktbeschränkungen dann zu tun hat, nämlich Ausgangsbeschränkungen, da kündigt man schon an und sagt, das werden wir definitiv beklagen. Und so, wie wir die Rechtsprechung in den letzten Zeiten ja erlebt haben in unterschiedlichen Bereichen, kann es ja auch möglicherweise noch erfolgreich sein, das weiß ich nicht.

Aber das sind doch alles keine Lösungsansätze, um mit dieser Situation jetzt umzugehen! Und das Thema ist eben, Sie benennen keine Vorschläge. Und deswegen muss ich mich zumindest dann auseinandersetzen mit Dingen, die Sie in den Raum stellen, die Sie der Öffentlichkeit hier präsentieren, die für Sie sozusagen in Stein gemeißelt sind. Und insofern setze ich mich dann auch mit Ihren inhaltlichen Ausführungen auseinander. Und da habe ich mir jetzt zwei Dinge aufgeschrieben, die mich sozusagen auch so ein bisschen in Wallung bringen und die mich eigentlich nur aufregen.

Erste Aussage von Ihnen: Das Infektionsgeschehen ist ein und dasselbe.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Da muss ich Sie fragen, Herr Förster: Wo leben Sie? Wir haben inzwischen eine Mutation, das bestreitet schon kein Mensch mehr, und zu Recht macht man möglicherweise auch der Politik den Vorwurf, dass sie nicht ausreichend auf Wissenschaft oder auf die Ärzteschaft gehört hat. Aber die Fakten sind doch die, die schon mehrere Vorredner vor mir gesagt haben, dass diejenigen, die jetzt in die Krankenhäuser kommen, eine ganz andere Personengruppe darstellen, und zwar mit schwereren Krankheitsverläufen. Und wenn uns dann gesagt wird, dass vorher, Sie müssen mich jetzt nicht auf einen Tag hier festzurren wollen, aber um es bildlich zu sagen, wenn vorher die über 80-Jährigen 7 Tage auf eine Intensivstation gekommen sind und das jetzt nicht mehr der Fall ist, weil wir dort die Impfquote erhöht haben, jetzt aber dafür die 50-Jährigen auf die Intensivstationen kommen und die dann nicht mehr 7 Tage da sind, sondern vielleicht 10 oder 14 Tage, dann können Sie doch das nicht ausblenden, um dann eine Behauptung hier aufzustellen, das Infektionsgeschehen hat sich nicht geändert, es ist

immer ein und dasselbe. Das kann ich Ihnen so nicht durchgehen lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und wenn Sie das dann hier platzieren und wir Infektionszahlen in den letzten Tagen zur Kenntnis nehmen mussten von 500 in Mecklenburg-Vorpommern – 500 Infizierte in Mecklenburg-Vorpommern, ob nun durch mehr testen zustande gekommen oder wie auch immer, das ist jetzt nicht mein Thema –, mein Thema ist, dass wir statistisch wissen, dass von den Infizierten circa 5 Prozent schwere Symptome haben. Bei 500 sind es 25. Wenn wir jetzt nur mal davon ausgehen, dass möglicherweise nur zwei oder drei Prozent auf der Intensivstation landen, dann sind das bei drei Prozent von 500 15, und zwar 15 am Tag. Herr Förster, wenn Sie das wissen, heute, dass zeitversetzt in 10 oder in 14 Tagen, ich weiß es auch nicht genau, aber die Annahme ist, dass dann täglich 10 bis 15 Leute auf den Intensivstationen landen und wir mehrere Tage hintereinander diese hohen Infektionszahlen haben, dann können Sie doch nicht allen Ernstes sagen, wir machen jetzt nichts. Und das ist nämlich Ihre Antwort. Und insofern glaube ich, dass man das der Bevölkerung auch immer wieder sagen muss.

Und dann sagen Sie, die Therapie, die wir anwenden, wirkt nicht. Jetzt haben Sie zum Schluss noch mal einen draufgelegt in Ihrem Statement hier gegenüber Herrn Schulte, indem Sie gesagt haben, das ist ein Stolpern, ein Stolpern von heute auf morgen, wie auch immer Sie das meinen. Dann sage ich Ihnen noch mal, die Therapie, die wirkt. Sie wirkt nur noch nicht ausreichend und nicht schnell genug, dass wir im sicheren Hafen sind. Wenn wir vor einem Jahr die Therapie, die Sie kritisieren, zur Anwendung gebracht haben, nämlich, dass wir mit Lockdown gearbeitet haben, mit Einschränkungen, dann haben wir das gemacht aufgrund von sehr hohen Infektionszahlen. Und es ist dann logisch gewesen, wenn Sie schließen, dass die Infektionszahlen runtergehen, und es ist dann auch logisch, wenn Sie wieder öffnen, dass die Infektionszahlen steigen. Wenn wir aber eine Impfquote haben von drei bis fünf Prozent, dann ist doch klar, dass wir die Gesamtsituation dann noch nicht in den Griff bekommen.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Wenn wir uns jetzt aber als Gesellschaft auf 15 beziehungsweise 20 Prozent Impfquote jetzt langsam hocharbeiten und wir alle die gemeinsame Zielstellung haben, auf die 60/70 Prozent Impfquote zu kommen, um dann entsprechend wirklich sagen zu können, wir haben es geschafft, dann sage ich Ihnen, die Therapie, ja, die wirkt nur langsam, aber wir haben auch Erfolge.

Wenn Sie sich nämlich konkret die Zahlen anschauen – und umsonst haben die Impfkommision und wir in der Politik dann nicht gesagt, ja, wen impfen wir zuerst, die über 80-Jährigen –, dann schauen Sie in die Statistik Mecklenburg-Vorpommern von gestern, dann werden Sie feststellen, wenn wir eine Landesinzidenz haben von über 150, dann kann ich nur sagen, ich bin froh, dass im Bereich der über 80-Jährigen bei 110 Erkrankten wir nur noch eine Inzidenz haben von 81. Das heißt, das, was wir politisch auf den Weg gebracht haben, fängt an zu wirken.

(Beifall Bernhard Wildt, CDU –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Das heißt aber auch, wenn Sie in diese Statistik schauen, dann haben wir fast tausend Leute in der Altersgruppe zwischen 35 und 59, fast tausend Leute, die jetzt erkrankt sind. Und vor dem Hintergrund, was ich vorhin gesagt habe, dass wir mit der Mutation einen schweren Verlauf haben, ist es doch unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, dass die Anzahl der Infektionen zurückgeht. Und dann müssen wir wiederum darüber sprechen, welche Maßnahmen wir treffen. Und dann können wir doch nur über den Bereich Kontaktreduzierung aus meiner Sicht gehen und parallel dazu alles tun, dass wir bei der Impfquote hochkommen, dass wir tatsächlich dann irgendwann sagen können, ja, es wirkt, unsere Therapie wirkt. Solange Sie keine bessere vorschlagen, kann ich es nicht akzeptieren.

Und es muss doch auch klar sein, wenn wir einen Fahrplan hier politisch entwickeln, bei dem wir die Menschen mitnehmen wollen, und das war auch immer die Philosophie in dem zurückliegenden Jahr, dass wir immer wieder kleine Öffnungsschritte eingebracht haben und an die Bevölkerung appelliert haben, aber wenn wir feststellen, dass die Infektionsrate jetzt wieder in diese gefährlichen Bereiche geht, dann müssen wir aus meiner Sicht handeln. Und klar ist auch, das, was vereinbart ist, wenn wir jetzt von einer Inzidenz bei den Kontaktbeschränkungen, und das ist die eigentliche Zielstellung, die Zielmarke 50 Prozent Kontaktbeschränkungen haben, dann heißt das noch lange nicht, dass wir das so umgesetzt bekommen, weil wir die Bevölkerung brauchen, weil wir die mitnehmen müssen, weil die nämlich hauptsächlich verantwortlich sind für Kontaktbeschränkungen. Und es ist jetzt auch schon klar, wenn wir politisch vereinbart haben, wenn wir unter 100 kommen und wir die Schulen wieder öffnen, dann ist es doch klar, dass die Inzidenzen möglicherweise wieder etwas steigen werden. Aber die Alternative ist, noch härter, noch länger durchzuziehen, und wir wollen die Menschen mitnehmen, und deswegen wollen wir über diese kleinen Schritte auch sozusagen ein Signal setzen.

Und deswegen ist das eine Signal, politisch vereinbart hier in diesem Land, bei 100 gesetzt, und mit Blick auf die 50 werden wir über weitere Dinge nachdenken. Und dann gebe ich natürlich vielen recht, die das schon gesagt haben oder auch darüber gesprochen haben, wenn wir in einen Bereich zum Beispiel von 50 kommen, dann ist dieser reine Wert auch möglicherweise nicht mehr aussagefähig allein genug. Dann werden wir nämlich uns ganz genau anschauen, wie ist dann die Belegung der Intensivbetten, wie sind wir bei der Impfquote vorangekommen, ist es tatsächlich so, dass die Krankheitsverläufe dann in bestimmten Altersbereichen noch so schwerwiegend sind. Das ist ein Prozess. Aber um da irgendwann dann erfolgreich zu sein, müssen wir den Weg jetzt gehen, und deswegen kann ich nur noch mal sagen, es ist ein Weg, eine Therapie, die perspektivisch wirken wird, aber im Zusammenwirken mit dem Impfstoff. Und ich bin persönlich der Auffassung, ich arbeite nicht mit diesem Dreiklang, das Entscheidende – und das müssen wir den Leuten immer wieder sagen – ist das Impfen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Renz, mir liegt noch ein Antrag auf Kurzintervention von Herrn Förster vor.

Horst Förster, AfD: Ja, vielen Dank!

Herr Minister, Sie warfen als Erstes mir vor, ich hätte ...

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Förster! Ich muss Sie darüber in Kenntnis setzen, dass Herr Renz hier nicht als Minister gesprochen hat, ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Horst Förster, AfD: Ach so!

Präsidentin Birgit Hesse: ... sondern als Abgeordneter.

Horst Förster, AfD: Herr Abgeordneter Renz! Das Infektions...

Präsidentin Birgit Hesse: Und, Herr Förster, könnten Sie sich das Mikro ein bisschen runterziehen? Dann hören wir Sie besser.

Horst Förster, AfD: Das Infektionsgeschehen sei dasselbe, hätte ich gesagt, und das sei verwerflich. Ich habe das Beispiel genommen vom LAGuS, Februar/März, diese beiden Monate hintereinander, wo ich mit diesen Zahlen darauf hinweisen wollte, wie sehr doch die Inzidenzen von der Zahl der Testungen abhängig sind. Und nochmals, im Februar knapp 100.000, im März 135.000, also gut ein Drittel mehr, und insofern ist das Infektionsgeschehen im Grunde nicht schlimmer geworden.

Dasselbe, die Impfquote ist fast identisch. Sie können, das ist doch völlig, völlig unbestritten zwischen uns.

Torsten Renz, CDU: Was?! Die Impfquote ist fast identisch?

Horst Förster, AfD: Natürlich, 5,7, das habe ich doch gesagt, 5,79/5,99.

Torsten Renz, CDU: Die Testquote.

Horst Förster, AfD: Die Impfquote, die positive Quote, war völlig identisch, also ist mehr getestet worden, die Inzidenzen waren also hoch in der medialen Berichterstattung, alles viel schlimmer, und in Wirklichkeit sind die Zahlen nur hochgegangen, weil mehr getestet wurde. Das ist ja nicht immer so, aber an diesen beiden Monaten wollte ich dieses Problem festmachen. So!

Das Zweite, dass natürlich ein Lockdown Kontakte einschränken kann, ist klar, aber es ging ja immer um die Verhältnismäßigkeit und vor allem um die Beachtung der Kollateralschäden, keine Frage. Und meine Vorwürfe gingen ja dahin, dass diese Strategie hier bei uns, dieses Stolpern von einem Lockdown in den anderen, zum Teil mit nicht nachvollziehbaren Maßnahmen, die haben doch dazu geführt, dass die Bevölkerung auch zum Teil diese Maßnahmen nicht mehr nachvollziehen kann. Das ist doch das Problem. Das können Sie doch nicht leugnen.

Und das ist ungeheuer wichtig, Sie sprechen es ja selbst an, die Problematik, dass die Bevölkerung das verstehen muss und mitmachen muss. Und Frau Oldenburg hat ja Beispiele erwähnt. Und ich habe dieses krasse Beispiel

erwähnt, dass, wenn Sie jetzt in einen bestimmten Laden gehen, die Mutter mit dem Kinderwagen, ein zweijähriges Kind und einjähriges Kind im Kinderwagen hat,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

das muss dann sich testen lassen. Das ist doch kompletter Irrsinn und so was darf einfach nicht passieren!

(Dietmar Eifler, CDU:
Sie wiederholen sich doch ständig!)

Ja, aber darauf wollte ich nur mal hinweisen. Und da ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Förster, die zwei Minuten, die Ihnen zustehen ...

Horst Förster, AfD: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: ... für die Kurzintervention, sind jetzt abgelaufen.

Horst Förster, AfD: Ja, danke schön!

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Renz, möchten Sie erwidern?

Torsten Renz, CDU: Selbstverständlich.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte schön!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kurz.)

Torsten Renz, CDU: Ich fange mit der letzten Thematik an, mit der Bevölkerung. Wir leben in einer freien Gesellschaft. Jeder kann sagen, was er will. Ich kann das, sie kann das. Das heißt, wir sind in einem Meinungsstreit, durch viele andere befeuert, durch Medien, durch Profilierungssucht von einzelnen Politikern, was die ganze Palette hergibt. Und insofern mache ich mir persönlich mit den Vorwurf – ich weiß nicht, wer sich den noch macht –, dass es uns nicht gelingt, die falschen Stimmen, die falschen Positionen, bezogen auf die Öffentlichkeit, ausreichend überzeugen zu können, dass unser Weg der richtige ist, aber ich arbeite weiter an diesem Thema, weil ich davon überzeugt bin.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Die zweite große Problematik, die zweite große Problematik ist das Testen. Ich weiß, das ist nicht vielleicht nur auf Sie bezogen, sondern auf viele, die auch immer so argumentieren, oh, nur durch das Testen haben wir eine höhere Quote. Da muss ich noch mal sagen, die Quote war schon immer da. Ob Sie getestet haben oder nicht, das ist ja logisch, sie wurde dann mathematisch nur nicht erhoben. Und wenn das immer in einen Zusammenhang gestellt wird, dass das was Schlechtes ist, dann kann ich Ihnen sagen, es ist gut, dass wir testen und die Fälle erkennen, weil wir auch schon seit anderthalb Jahren wissen, dass ungefähr ein Drittel keine Symptome hat. Und die fühlen sich alle top und sind möglicherweise auch die, die sagen, Corona gibt es gar nicht, aber das sind die, die rumlaufen und bewusst oder unbewusst andere anstecken. Also ist es doch ein Riesenerfolg, wenn wir testen und die Leute rausfischen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

aus dem Verkehr ziehen, indem sie in Quarantäne gehen, damit Sie nämlich die, die an das Virus auch glauben, nämlich dass wir die auch schützen können, dass die Übertragung nicht stattfinden kann. Insofern finde ich das gut.

Ansonsten glaube ich, Sie haben sich vertan mit der Positivrate. Sie meinten diese fünf Komma noch was Prozent – die liegt, glaube ich, jetzt eher schon bei neun bis zehn Prozent. Insofern glaube ich, dass Testen dazu gehört, auch wenn es nicht das Allheilmittel ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/6021. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/6021 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie die fraktionslose Abgeordnete und Gegenstimmen durch die Fraktion der AfD sowie den fraktionslosen Abgeordneten zugestimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Mercosur-Abkommen stoppen, Drucksache 7/5941.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Mercosur-Abkommen stoppen
– Drucksache 7/5941 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Weiß.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei aller Dramatik der letzten drei Stunden mag es schwer sein, jetzt umzuschalten, aber es sollte auch ein Leben nach Corona geben. Und wie wird die Welt dann aussehen? Genau mit dieser Frage beschäftigten wir uns und haben uns mit der Problematik Mercosur auseinandergesetzt, und zwar schon seit vielen Monaten. Aber es gab eben vorher nicht so recht die Gelegenheit, sich damit zu befassen, und ich habe eben gerade noch suggeriert gekriegt, ich könnte mich jetzt unsterblich machen im Parlament, indem ich das zurückziehe und auf den Mai verschiebe, aber dann haben wir ja auch wieder keine Zeit dafür.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es um dieses Thema Mercosur-Abkommen geht, dann könnte man sagen, erstens, das ist überhaupt nicht unser Tisch, denn ob Deutschland dem Vertrag zustimmt oder nicht innerhalb der EU, dann ist das eine außenparlamentarische Angelegenheit, dann ist das eine Bundesangelegenheit, aber wie es mit vielen Angelegenheiten so ist, gibt es ja eben auch eine Befassung im Bundesrat und

es gibt eine Agrarministerkonferenz, und überall in diesen nationalen Gremien haben wir die Möglichkeit, als Bundesland diesbezüglich eine Position zu beziehen.

Und zum Zweiten, und da geht es genau um das, was Herr Renz eben angemahnt hatte, bei allen Diskussionen, die möglicherweise relativ neutral über ein Thema hinweglaufen, braucht man eben auch ein ganz konkretes Moment, was man als Antrag formuliert, und das ist eben das, was wir im Antrag im Punkt 2 fordern, im Zusammenhang mit Mercosur, dass wir in der regionalen Erzeugung der Wertschöpfungsketten etwas nachlegen und im Rahmen der Agrarministerkonferenz die Einführung einer Weidetierprämie einsetzen.

Wenn Sie auf den Antrag schauen, den haben wir am 17.03. eingereicht. Nach dem 30.03., also nach der Katastrophe von Alt Tellin, die uns ja vorgestern und gestern bereits beschäftigt hat, hätten wir möglicherweise den Antrag etwas anders formuliert, aber das ist nun mal der Gang der Zeit.

Meine Damen und Herren, es ist durchaus möglich, dass der eine oder andere sagt, wir brauchen uns mit dem Thema überhaupt nicht zu beschäftigen, weil ja die Regierung von Österreich bereits gesagt hat, da machen wir nicht mit, und beim Einstimmigkeitscharakter der Entscheidungen der EU wäre das damit gestorben. Und auch beispielsweise die Positionen von Frankreich, Irland und Luxemburg, die grundsätzliche Bedenken gegen das EU-Mercosur-Abkommen angemeldet haben, ist das Ganze erledigt. Aber das ist nur eine Scheindebatte, wenn man auf dem Standpunkt sich ausbreitet.

Die Verhandlungen laufen seit 1999, also seit dem vorigen Jahrtausend, und die EU strebt unbedingt zu einem Abschluss aufgrund verschiedener Interessenlagen innerhalb der Union. Mercosur selbst besteht seit 1991, zunächst als System zur Lösung von Meinungsverschiedenheiten zwischen lateinamerikanischen Staaten, und das Abkommen, das die EU mit diesem Staatenbund, mit diesem mittlerweile wirtschaftsorientierten Staatenbund anstrebt, ist darauf ausgerichtet, insbesondere, und das ist so der rationale Kern, auf der Grundlage der Fleischwirtschaft in Lateinamerika und der Automobilindustrie in Europa einen ganz konkreten Handelsprozess einzuleiten.

Man kann das interpretieren, wenn es nicht nur um Zölle geht, dass es sich um eine klassische Form von Neokolonialismus handelt. Mercosur ist die Festschreibung einer gewissen internationalen Arbeitsteilung. Der eine liefert die Rohstoffe, der andere liefert die Industriewaren, und das ist genau das, was in den Gründungsunterlagen der EWG, in den Gründungsunterlagen der UNO ganz streng opponiert wurde. Man hat sich bereits damals dagegen ausgesprochen, und ein solches System zu reaktivieren und heute wieder mit modernen Mitteln in Gang zu bringen, das sollte nicht unsere Zustimmung bekommen, vor allem, wenn wir uns die Konsequenzen dieses Abkommens anschauen, und das ist ein bunter Blumenstrauß von Sekundärerfolgen. Das geht um die Zerstörung des Regenwaldes, um weitere Flächen für genau die Agrarprodukte zu bekommen, die hier im Mercosur-Abkommen in Größenordnungen verhandelt werden, dass wir da eigentlich fast gar keine Vorstellung mehr darüber haben, wenn da 500.000 Tonnen diverser Produkte – die Liste können Sie sich beispielsweise bei Wikipedia anschauen, aus wissenschaftlicher Perspekti-

ve habe ich dort Probleme mit Wikipedia, aber an der Stelle ist eine gute Tabelle eingestellt –, 500.000 Tonnen Ethanol, 500.000 Tonnen verschiedener anderer Agrarprodukte im Ergebnis einer Erweiterung, einer extensiven Erweiterung der Anbauflächen zur Ankurbelung weltweiten Handels mit billigem Fleisch und Viehfutter eingeleitet werden. Es geht in Folge um geringeren Schutz von Menschenrechten, insbesondere der indigenen Bevölkerung, es geht auch um das Unterlaufen des Pariser Klimaabkommens mit all den negativen Folgen.

Die Auswirkungen sind vielfältig, auch einschließlich einer eingeschränkten Wirksamkeit der EU-Verbraucherschutzstandards. Es geht um Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen, die im Rahmen der bisher vorliegenden Unterlagen sicherlich nicht unserem Standardanspruch entsprechen, und es geht vor allem um den Widerspruch zu den drei Grundprinzipien des European Green Deal. Und in dem Falle berufe ich mich auf die Forschungsgruppen von 22 international renommierten Gruppen, zu denen auch beispielsweise die Humboldt-Universität, das Senckenberg Forschungszentrum zur Biodiversität und Klima dazugehören und das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, die allesamt festgestellt haben und mit einem vernichtenden Urteil gegenüber dem Vorhaben zum Mercosur-Vertrag, dass diese Seite der Auswirkungen doch eine Katastrophe wäre.

Das geht bis dahin, dass die im European Green Deal angemahnten oder angestrebten Reduzierungen der CO₂-Emissionen gewissermaßen durch einen Export von Treibhausemissionen nach Lateinamerika zu einer sauberen Weste europäischer Staaten führen und nicht letztlich zu einer globalen Wirksamkeit, sondern es wird einfach nur verlagert von einem Kontinent auf den anderen. Nicht zuletzt auch unsere Verantwortung gegenüber indigenen Völkern in Lateinamerika, wo hier ein gnadenloser Landraub erfolgt, sollte Teil unseres Anspruches sein, dieses Abkommen auf keinen Fall zuzulassen, alles zu tun, dass es verhindert wird.

Hier werden also vor allem Nachhaltigkeitsprinzipien im Freihandelsabkommen unterlaufen, von der Ökonomie und Ökologie bis einschließlich der sozialen Sicherheit, also alle Momente von Nachhaltigkeit werden infrage gestellt. Und die Freiheit von Standards und Kontrollen ist vielleicht der Kern dieses Freihandelsabkommens. Soja, Zucker, Fleisch und Ethanol als die Parameter, die als Erstes genannt werden, sind es vor allem, die genau im Bereich auch des europäischen Rahmens hier die Landwirtschaft in Europa gefährden. Wir wollen auf keinen Fall hier das machen, was man manchmal bei einer Kritik an Mercosur so hört oder liest, die Förderung unserer Landwirtschaft unter diesem Mercosur-Thema als einen Protagonismus zu geißeln, sondern es geht um die Abwehr einer falschen Wirtschaftspolitik, und die Förderung unserer Weidewirtschaft folgt eben auch dann der Diskussion, die wir gestern und vorgestern hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sehen, das ist eine sehr runde Angelegenheit, es geht um sehr viele Aspekte, die dabei zu berücksichtigen sind, einschließlich der Tatsache, dass wir, wenn wir auch mal schauen, mit wem wir es beispielsweise als Verhandlungspartner zu tun haben, dem Präsidenten Bolsonaro, einem erwiesenen, aus der Menschenrechtsaktivistenszene erwiesenen als Unterdrücker von Minderheiten agierenden Politiker, der Geschlechtergerechtigkeit infrage stellt, der homophob ist, der dazu beiträgt, dass seine politische und

ökonomische Strategie zur weiteren Abholzung des Regenwaldes führt und so weiter. An anderen Stellen sind wir da etwas konsequenter. Wenn irgendjemand nicht unserem Wertekanon entspricht, dann wird gleich mit einer politischen Aktion gedroht. Hier müssen wir an der Stelle ganz deutlich sagen, auch dieser Vertragspartner ist nicht das, was wir unter einem soliden Vertragspartner verstehen.

Also eine ganz runde Sache, und ich denke, wir können darüber diskutieren und sollten darüber diskutieren und, ohne dass wir heute dieses Haus verlassen, zu einem guten Schluss kommen. – Schönen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Dr. Weiß!

Gemäß Paragraph 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 58 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Landwirtschaft und Umwelt Herr Dr. Till Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich könnte es ganz kurz machen: Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat entschieden, schon vor längerer Zeit, sich an dem Abkommen nicht zu beteiligen und dieses Abkommen abzulehnen. Herr Weiß, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

(Andreas Butzki, SPD: Super!)

Und ein paar Ausführungen will ich dann doch noch machen, die doch nicht unwesentlich sind. Ich fange mal mit dem Letzteren an in Ihrem Antrag, nämlich, dass ich aufgefordert worden bin oder die Bitte geäußert worden ist, die gekoppelte Zahlung wieder einzuführen. Ich bin doch ein wenig stolz darauf, das wissen Sie, dass es uns gelungen ist, in Zusammenarbeit ausdrücklich mit Thüringen, aber auch mit ein paar anderen Bundesländern, dass wir im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik öffentliches Geld für öffentliche Leistungen deutlich stärker in der Zukunft umsetzen werden. Und dazu gehört im Übrigen die gekoppelte Zahlung von Prämien für Schafe und Muttertiere. Das bedeutet unterm Strich, für die Schafe bekommt man 30 Euro, pro Mutterkuhe eine Prämie, und die Mutterkühe werden mit einem Betrag von 60 Euro ab dem Jahr 2023 dann gefördert.

Im Übrigen wollte die Bundesministerin das nicht. Ich habe mich auch sehr gefreut im Übrigen, dass die ostdeutschen Bundesländer auch das unterstützt haben über die CDU. Ich glaube, das hat jetzt doch auch am Ende dazu geführt, dass gerade am Dienstag, im Übrigen, am Mittwoch im Kabinett das so beschlossen worden ist. Und allein im Übrigen für die Schafe und Ziegen und die Mutterkühe werden wir ab 23 pro Jahr dann gut 7 Millionen Euro an direkten Förderungen für die Tierhaltung, und zwar eine artgerechte, im Freiland stattfindende Tierhaltung, dann fördern können.

Und zum Zweiten: Ja, man hat ja manchmal das Gefühl, die Welt ist und die Erde ist aus den Fugen geraten. Ich habe das schon einmal gesagt. Ich finde im Übrigen Freihandelsabkommen, wenn sie auf faire Partnerschaft ausgerichtet sind, wenn wir an die Hanse zurückdenken,

fairen Handel und Wandel auf den Weg zu bringen und damit Wohlstand für alle zu entwickeln, halte ich es für ein Geschenk der Menschheit, dass man so was anstrebt. Das, was hier jetzt vorgesehen ist, da hat man ja das Gefühl, hier wird zulasten des einen oder anderen Wirtschaftsbereiches ein Vertrag entwickelt, um Industriegüter, ich sage mal, Fahrzeuge oder Maschinen in diese Länder zu bringen und dafür unsere Märkte unter Dumping oder auch unter widrigen Verhältnissen mit Waren und Dienstleistungen auszustatten. Das beginnt im Übrigen bei GVO-veränderten Lebensmitteln, das geht weiter bei Nichteinhaltung der Menschenrechte und hört auf beim Roden des Regenwaldes.

Eben nur eine Zahl, Sie haben es ja auch angedeutet, Herr Weiß, wenn man sich überlegt, allein im letzten Jahr, in dem letzten Jahr sind wieder über 11,2 Millionen Hektar Wald gerodet worden, das ist so viel wie die Waldfläche der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Welche negativen Auswirkungen das auf den Klimawandel, auf die Artenvielfalt, auf sauberes Wasser und die Zukunftsfähigkeit der Menschheit auf dieser Erde betrifft, will ich hier nicht näher erläutern.

Die Länder Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay verhandeln seit 2019 über diesen Vertrag. Im Übrigen, einen Vorteil hat es, dass man zumindest von diesen Ländern verlangt, wenn es denn überhaupt zu einem Vertrag kommt – wir lehnen ihn ab, ich sage das ausdrücklich –, dass dann im Übrigen das Pariser Abkommen und damit das Klimaschutzabkommen dann auch unterzeichnet wird und letztendlich damit auch dieser Beitrag, nämlich der Waldrodung, der Klimaschädigung, wenn man es so will, und letzten Endes damit auch der Beitrag für einen fairen Ausgleich auf den Weg gebracht werden soll.

Aber die geopolitische Bedeutung, nämlich der Zugang zu einem Markt von 260 Millionen Menschen, hat natürlich auch eine Bedeutung für Europa, aber die Agrarministerinnen und Agrarminister und Umweltministerinnen und Umweltminister der Bundesländer und der Bundesrepublik Deutschland haben ganz klar dieses Abkommen abgelehnt, weil wir große Sorgen haben, dass hier mit Dumpingpreisen und letzten Endes damit auch es zu einer Zerrüttung im Übrigen der Produktionskapazitäten in Deutschland kommen könnte. Für Deutschland wird prognostiziert, ich mache das gekürzt, dass bis zu 1,3 Prozent lediglich dann an Fleischkonsum dann aus diesen Regionen kommen würde oder im Übrigen der Rückgang bei 1,1 Prozent der Fleischproduktion bei Rind vorstättgehen könnte. Was das bedeutet eben auch an Preisverfall und die Sorge der Landwirtschaft, dass sie dann quasi noch mehr unter Preisdruck gesetzt werden, ist für mich nachvollziehbar.

Allerdings, ich glaube, auch da sollten wir uns einig sein, wenn wir in einer solidarischen Gemeinschaft leben wollen, die Tür zu den Ländern darf nicht zugeschlagen werden. Es geht um die Menschen, die dort auch in einer Verantwortung stehen, es geht aber auch darum, wirklich für die Zukunft eine Lösung zu finden und damit regionale Wertschöpfungsketten auch in diesen Ländern wirklich auf den Weg zu bringen. Die haben Potenzial und sie haben die Möglichkeit, und die können heute nicht genutzt werden, weil eben durch diese Mechanismen, die wir auch mitbestimmen, eben hier unter widrigen Voraussetzungen produziert wird und diese Dinge umgesetzt werden.

Insofern ist für mich klar, wir werden diesem Mercosur-Abkommen nicht zustimmen, und ich gehe davon aus, dass Sie hocheifrig sind über den zweiten Fakt, den Sie angesprochen haben, nämlich, dass wir die gekoppelte Zahlung für die Tierhaltung – umweltverträglich, in bäuerlicher Struktur – in der Zukunft fördern werden. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Borschke.

Ralf Borschke, AfD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! 20 Jahre Verhandlungen über das sogenannte Mercosur-Abkommen und nun ein erneuter Anlauf der Europäischen Union. 20 Jahre, das bedeutet auch jahrelang Widerstand gegen dieses Abkommen.

Konkret geht es also um das Handelsabkommen zwischen den vier Mercosur-Staaten und der EU und somit um die Schaffung der größten Freihandelszone der Welt. Der freie Handel bringt den Wohlstand. Er verbindet Völker und Nationen und sorgt für Frieden. Grundsätzlich sind Handelsabkommen somit natürlich zu begrüßen. Auch das Mercosur-Abkommen bringt eine Reihe von Vorteilen mit sich, insbesondere für die stark exportorientierte deutsche Industrie. Deutsche Autos und Maschinen könnten dank gesenkter Zölle in größerem Maße den Weg über den Atlantik finden.

Doch wie für ein Handelsabkommen üblich, wollen beide Handelspartner profitieren. Und so erkaufte sich die EU in diesem Fall ihre Industrieexporte mit dem Import von Agrarerzeugnissen. Somit gibt es bei uns in Europa und in Deutschland neben Gewinnern auch Verlierer. Konkret sind das unsere Landwirte und letzten Endes auch die Verbraucher. Naturgemäß wird man dieses Abkommen in Wolfsburg, Stuttgart und Ingolstadt, den großen Auto-schmieden Deutschlands, etwas anders betrachten als hier im ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern. Wir machen aber Politik für die Menschen in diesem Bundesland und für unsere hier ansässige Wirtschaft. Und das ist nun mal die Agrar- und Lebensmittelproduktion. Ein Abkommen, in welchem Handelsbarrieren zum Nachteil der heimischen Lebensmittelproduktion fallen sollen, kann von uns nur kritisch betrachtet werden.

Nun könnte man uns einen engstirnigen Agrarprotektionsismus vorwerfen, aber es geht um eben mehr als nur die Sicherung der Marktanteile. Deutschland und Europa produzieren weltweit mit den höchsten Standards im Hinblick auf den Schutz von Umwelt und Menschen. Unsere Betriebe sind hocheffizient bei gleichzeitiger maximaler Ressourcennutzung. Nirgendwo sonst ist der landwirtschaftliche Flächenertrag so hoch wie in Mitteleuropa, nirgendwo sonst werden so geringe Betriebsmittel für eine maximale Produktion verwendet wie hierzulande. Sicherlich haben auch wir hier noch Hausaufgaben zu erledigen, wie unlängst der Brand mit den verheerenden Folgen in Alt Telling zeigt, wobei es grundsätzlich egal ist, ob ein Stall mit 20.000 Tieren oder mit 200 Tieren abbrennt. Das individuelle Leid ist stets das Gleiche.

Wer aber nun glaubt, durch den Import billiger Agrarprodukte aus dem Ausland sich eine Bilderbuchwelt vor der eigenen Haustür zu verschaffen, der versündigt sich an

der heimischen Landwirtschaft und an den Menschen, die unter den deutlich geringeren Produktionsstandards in den Herkunftsländern der Importprodukte zu leiden haben. Der angestrebte Import von Zucker, tierischen Produkten und vor allem den gigantischen Mengen von Soja wird mit hohen Umweltkosten in Südamerika erkaufte. Umweltschutzstandards, gute fachliche Praxis und nachhaltige Landbenutzung dürften dort kaum bekannt sein. Uns geht die für eine ganz einheitliche Agrarproduktion so wichtige Tierhaltung verloren. Der Anteil der Zuckerrübenanbaufläche sinkt drastisch mit allen phytosanitären Nachteilen durch eine dadurch entstehende engere Fruchtfolge und dem Fehlen einer wichtigen Blattfrucht.

Deutschland und Europa machen sich abhängig von der Eiweißversorgung aus Übersee. In Krisenzeiten braucht kein Brasilianer einen Mercedes, aber jeder Deutsche ausreichend Nahrungsmittel auf dem Teller.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Als AfD lehnen wir das Mercosur-Abkommen ab, nicht, weil wir gegen einen freien Welthandel sind, sondern weil wir uns in der Pflicht sehen, unsere heimische Landwirtschaft zu erhalten und die Menschen in unserem Land krisensicher mit Lebensmitteln zu versorgen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Kliewe.

Holger Kliewe, CDU: Meine sehr verehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, wir haben hier den Antrag der LINKEN „Mercosur-Abkommen stoppen“. Wenn wir jetzt auf die Äußerung oder auf die Aussagen unseres Ministers hier zurückkommen, wo er klar gesagt hat, wir sind als Mecklenburg-Vorpommern gegen dieses Abkommen, könnte man jetzt sagen, warum ist der Antrag heute hier eigentlich auf der Tagesordnung. Da dieses Abkommen natürlich schon seit 20 Jahren im Raum ist und auch immer noch nicht Konsens zwischen den Vertragspartnern gefunden hat, ist es natürlich immer noch oder besteht immer noch die Möglichkeit, dass dieses Abkommen irgendwann vielleicht doch noch in einer abgeänderten Form unterschrieben werden könnte. Und deswegen würde ich gerne jetzt hier den Standpunkt der CDU-Fraktion zu dem Antrag Ihnen darbringen.

(Zuruf aus dem Plenum: Aber die Kurzversion!)

Die Kurzversion, ja, es ist schon einiges gestrichen worden, weil vieles wurde ja auch schon gesagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Antrag von den LINKEN macht sicherlich auch ein wenig die Zerrissenheit Ihrer Partei deutlich. Während auf der gesamten Welt, insbesondere unter dem Druck auch der Kommunistischen Partei Chinas, neue Handelsabkommen geschlossen werden, will die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung auffordern,

(Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

sich auf der Agrarministerkonferenz gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das sogenannte Mercosur-Abkommen abgelehnt wird. Da fragt man sich schon, inwieweit die Agrarministerkonferenz Einfluss auf das Handeln der Bundesregierung hat oder der Europäischen Union. Und man fragt sich weiter, weshalb ein Handelsabkommen auf die Tagesordnung dieses Landtages gesetzt wird, welches derzeit weder in Brüssel noch in Berlin diskutiert wird.

Die Ratifizierung des Mercosur-Abkommens wurde sowohl vom Europäischen Parlament als auch von einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bereits abgelehnt. Einen Anlass für den vorliegenden Antrag gibt es also eigentlich zurzeit nicht. Oder ist vielmehr die Unterzeichnung des asiatisch pazifischen Freihandelsabkommens der Grund dieses Antrages? Denn genau dieses Handelsabkommen verdeutlicht, dass die Europäische Union neue Akzente setzen muss, um eine nachhaltige und durchsetzungsfähige Handelspolitik auch für die Wirtschaft und Landwirtschaft in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern zu sichern.

Klar ist, dass die strengen Vorgaben der Europäischen Union und des Bundes in den Bereichen Klima-, Umwelt- und Tierschutz neue Wege zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft erfordern. Hierzu sind die Weiterentwicklung des Handelsrechts auf internationaler Ebene, binnenwirtschaftliche Maßnahmen, aber auch Kompensationszahlungen notwendig. Wir haben es ja vorhin gerade gehört und gestern auch schon, es ist ja jetzt in der Planung für die neue GAP, dass es mindestens im Bereich der Weidetierhaltung hier Verbesserungen geben wird für gekoppelte Zahlungen bei Schafen und Mutterkühen. Denn eines ist gewiss, bei einer weiteren Erhöhung von Nachhaltigkeitsstandards wird die landwirtschaftliche Produktion an Wettbewerbsfähigkeit verlieren und sich in Länder mit geringeren Standards verlagern.

So hat der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik die jährlichen Kosten einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung mit höheren Standards auf circa 3 bis 5 Milliarden Euro jährlich beziffert, das ist nur für Deutschland. Die Borchert-Kommission hat jüngst für den 20-jährigen Transformationsprozess oder die Transformationsphase in der Schweinehaltung – das war ja gestern hier großes Thema, wie sollen in der Zukunft Schweine gehalten werden, in welcher Größenordnung, wie sollen die Ställe ausgestaltet werden –, alleine die Umgestaltung der Schweineproduktion in Deutschland hat einen Finanzbedarf von rund 22 Milliarden Euro.

Dies, meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, haben Sie offensichtlich verstanden, denn nur so kann Ihr Antrag verstanden werden, das Handelsabkommen abzulehnen. Meine Fraktion hingegen sieht Freihandelsabkommen als Möglichkeit der Zollsenkung, der Erleichterung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs und Vereinheitlichung von Ursprungsregeln. Sie können den Marktzugang für deutsche Unternehmen, aber auch für landwirtschaftliche Produkte verbessern. Nach unserer Auffassung darf es auf keinen Fall dazu kommen, dass aufgrund begrenzter ökonomischer Möglichkeiten in Entwicklungs- beziehungsweise Schwellenländern Handelsabkommen mit diesen nicht abgeschlossen werden. Vielmehr sind wir der Auffassung, dass gesellschaftliche Anforderungen an Umwelt-, Klima- und Tierschutz und die damit verbundenen Kostensteigerungen oder Er-

tragseinbußen durch die Gesellschaft aufgefangen werden müssen. Wir verfolgen das Ziel einer wirtschaftlich verträglichen Nachhaltigkeitspolitik, die trotz unterschiedlicher Standards faire Wettbewerbsbedingungen schafft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich kurz zusammenfassen: Dieser Antrag ist weder aktuell noch zielführend, er weist keine Handlungsoptionen für die Zukunft auf, er berücksichtigt weder geopolitische noch wirtschaftliche Interessen oder die Interessen der Landwirtschaft in unserem Land. Deshalb wird meine Fraktion den Antrag ablehnen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Kliewe!

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Ab...

(Der Abgeordnete Holger Arppe verzichtet.)

Gestrichen, gut. Dann rufe ich jetzt auf für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Kaselitz.

Ich möchte die kurze Pause zur Reinigung des Pults dazu nutzen, den Mitgliedern, die sich nicht im Plenarsaal befinden, den Hinweis zu geben, dass sich die Debatte dem Ende nähert, und wer an der Abstimmung teilnehmen will, möge sich vielleicht jetzt schon auf den Weg machen.

Bitte schön, Frau Kaselitz!

Dagmar Kaselitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Bis zum Jahr 2030 soll weltweit bei Konsum und Produktion das Verhältnis von Nutzen und dem dafür notwendigen Einsatz an natürlichen Ressourcen Schritt für Schritt verbessert werden. Angestrebt wird eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung. Es geht um nachhaltigen Konsum und Produktion. Die entwickelten Länder übernehmen hier die Führung. Das ist der Inhalt von Unterziel 8.4 der „17 Ziele für nachhaltige Entwicklung“.

Die Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE gibt mir die Möglichkeit, am Beispiel des Mercosur-Abkommens unsere Verantwortung und die weltweite Bedeutung bei der Verwirklichung dieser Ziele zu betrachten. Wenn es im Unterziel 8.4 heißt, „die entwickelten Länder übernehmen“ hier „die Führung“, dann bedeutet das, dass die EU und damit auch Deutschland hier Verantwortung übernehmen müssen und zum Beispiel bei der Ausgestaltung von Freihandelsabkommen dieser gerecht werden. Und genau das passiert gerade. Beim Mercosur-Abkommen handelt es sich um ein geplantes Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Mercosur-Staatengemeinde, zu der sich Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay im März vor genau 30 Jahren zusammengeschlossen haben. Grundsätzlich ist ein Freihandelsabkommen ein völkerrechtlicher Vertrag, es werden Handelshemmnisse zwischen den Vertragspartnern abgeschafft oder verringert.

Zwischen der EU und den Mercosur-Staaten gab es 2019 nach vielen Verhandlungsjahren eine grundsätzli-

che politische Einigung zum Aufbau der somit größten Freihandelszone der Welt. Die EU hat ein sehr großes Interesse an diesem Handelsabkommen, das eine beiderseitige Marktöffnung und den Abbau von Zöllen im Agrar- und Nichtagrarbereich vorsieht. Die potenziellen Zolleinsparungen für Länder, die in die Mercosur-Länder exportieren, würden circa 20 Milliarden Euro betragen. Für den Agrarsektor bestehen dabei Chancen und Risiken, wie in der Antragsbegründung dargestellt. Der Minister und meine Vorredner sind ebenfalls darauf eingegangen.

Das Abkommen enthält aber auch ein Bekenntnis zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens. Ratifiziert ist das Abkommen bis heute nicht. Es bestehen auf vielen Ebenen Bedenken, zum Beispiel, dass hier Wirtschaftswachstum bei der Akzeptanz von Umweltzerstörung erreicht wird. Die EU-Bürgerbeauftragte äußerte sich im März kritisch dazu, dass die EU-Kommission bei den Verhandlungen des Abkommens nicht ausreichend auf Umweltaspekte geachtet hat.

Auf seiner Internetseite informiert der sozialdemokratische Europaabgeordnete und Vorsitzende des Handelsausschusses im EU-Parlament, Bernd Lange, über das Mercosur-Abkommen und verweist darauf, dass gerade die Rolle Brasiliens in diesem Zusammenhang kritisch diskutiert wird. Der rechtsextreme Präsident dort steht dem Klimaschutzabkommen ablehnend gegenüber. Seine Politik bedroht den Amazonas als grüne Lunge unseres Planeten. Auch er stellt fest, als Markt ist Südamerika für Europa, für Deutschland sehr attraktiv, und die EU ist schon heute der zweitgrößte Handelspartner Brasiliens. Vor allem Soja, Rindfleisch und Holz kommen aus diesem Land.

Aus dem November 2020 gibt es ein Positionspapier der Bundestagsfraktion der SPD zur Landwirtschaft in Deutschland. Hier wird unter anderem festgestellt, Zitat: „Wir importieren Futtermittel aus Nord- und Südamerika, die oft nach Regenwaldabholzung und unter äußerst fragwürdigen Umweltstandards und teilweise katastrophalen Arbeitsbedingungen erzeugt werden, um in Deutschland Schweine und Geflügel zu mästen.“ Zitatende. Bereits im September 2020 befasste sich die Agrarministerkonferenz, wie auch schon 2019, mit dem Bericht des Bundes zu bilateralen Freihandelsabkommen. Der Veröffentlichung des Berichtes wurde nicht zugestimmt. In der Konferenz wurde der Bund gebeten, ich zitiere, „die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den MERCOSUR-Staaten davon abhängig zu machen, ob eine Bereitschaft zur Umsetzung des ambitionierten Nachhaltigkeitskapitels seitens aller“ dieser Staaten „gegeben ist.“ Zitatende.

Die Agrarministerkonferenz machte deutlich, dass vor dem Hintergrund der andauernden Abholzung des Regenwaldes und der sich daraus ergebenden negativen Auswirkungen für Umwelt und Klima, für die Rechte der Menschen vor Ort sowie für die Beschäftigten der Landwirtschaft in Europa einer Ratifizierung des Mercosur-Abkommens derzeit nicht zugestimmt werden kann. Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass es zwingend notwendig ist, die Anforderungen für eine faire, nachhaltige und menschenrechtskonforme Produktion in den freien Handelsabkommen bindend zu verankern.

Mecklenburg-Vorpommern hat mit weiteren zehn Bundesländern gefordert, dass der Bund die Ratifizierung

des Abkommens ablehnt. All diese Erkenntnisse und die daraus erwachsenden Entscheidungen können wir mit unser aller Auftrag zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele in Verbindung bringen. Durch die Umsetzung dieser Ziele soll die Entwicklung auf unserer Erde wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet werden. Sie gelten universell, sind unteilbar und bedingen einander.

So umfasst Ziel 8 die allgemeine menschenwürdige Arbeit und das Wirtschaftswachstum. Hier geht es um nachhaltiges Wirtschaften als eine Chance für alle. Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion sind innerhalb von Ziel 12 und laut Unterziel 12.2 soll bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreicht sein. Ziel 13 sind die Maßnahmen zum Klimaschutz, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen. Das Ziel 15 bezieht sich auf das Leben an Land, das Unterziel 15.2 formuliert zum Beispiel, die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten zu fördern und die Entwaldung zu beenden. Letztlich beschreibt Ziel 17 Partnerschaften, die zur Erreichung dieser Ziele beitragen, und Unterziel 17.12 beschreibt die Umsetzung des Zolls und kontingentfreien Marktzuganges auf dauerhafter Grundlage für alle am wenigsten entwickelten Länder. Nachzulesen sind diese Dinge auch in der Agenda 2030, in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und in den Veröffentlichungen von RENN.nord, dem Netzwerk für Nachhaltigkeit in Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

All die genannten Ziele werden bei der Diskussion zum Mercosur-Abkommen tangiert. Das Abkommen kann aber auch eine Plattform bieten, um sich mit den Mercosur-Staaten zu wichtigen Fragen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz auszutauschen. Gerade mit dem in das Freihandelsabkommen aufgenommenen Nachhaltigkeitskapitel gäbe es eine wichtige Verbindung in diese Region, um dort nachhaltige Entwicklung zu fördern und Lieferketten verantwortungsvoller zu gestalten. Bei positiven Änderungen und doch noch folgender Umsetzung des Abkommens könnte der Schutz des Regenwaldes, des Klimas und der Menschenrechte wirkungsvoll unterstützt werden.

Noch einmal zitiere ich aus dem Positionspapier der Bundestagsfraktion der SPD, in dem sich meine Partei zur Landwirtschaft in Deutschland bekennt: „Eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft verwirklicht das Menschenrecht auf angemessene Ernährung – national, europäisch und weltweit. Wir wollen so wirtschaften, dass wir unseren ökologischen Fußabdruck global minimieren. Dabei setzen wir uns für regionale Kreisläufe und Wertschöpfungsketten ein.“ Bei uns im Land wird dazu im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt konsequent gearbeitet. Der Minister hat in seinen Ausführungen umfangreich dazu ausgeführt.

Regionale Wertschöpfung hat einen hohen Stellenwert im Land, angefangen von der Eiweißstrategie, die wir fördern, um dadurch eine hochwertige, eigene eiweißreiche Tierfütterung und eine bessere Vermarktung der Tiere zu ermöglichen, bis zur Förderung von Projekten, die Klein- und Kleinstunternehmen nützen. Wir Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen uns immer mehr gesunde, qualitativ hochwertige Lebensmittel, die umweltfreundlich, regional, tierwohlgerecht und mit sozialer Verantwortung hergestellt werden. Dabei sind Produktion

und Handel – gleich, ob national oder weltweit – wichtige Faktoren. Nachhaltigkeit endet nicht bei der Produktion, sondern schließt den Handel verbindlich ein. Das muss auch für deutsche Unternehmen im Ausland gelten. Hier spielen das Lieferkettengesetz und letztlich der europäische grüne Deal eine wichtige Rolle.

Letztmalig zitiere ich die Bundes-SPD dazu: „Im Rahmen der UN-Vollversammlung 2015 hat auch die Bundesrepublik Deutschland der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele bis 2030 zugestimmt, um Armut und Hunger zu beenden sowie Gesundheit, Bildung und gute Arbeit für alle zu schaffen. In diesem Rahmen werden wir uns grundlegende Gedanken zur Auswirkung unserer Wirtschaftsweise machen. Wir müssen den Glauben an Wohlstand durch stetiges Wirtschaftswachstum aufgeben und stattdessen eine sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaften hin zu mehr globaler Nachhaltigkeit anschieben.“ Zitatende.

Ich denke, wir sind alle aufgerufen, unseren Lebensstil einmal kritisch zu betrachten und zu überprüfen, ob unsere Art zu leben, zu produzieren, zu konsumieren und das Bild, welches wir davon in die Welt senden, tatsächlich erstrebenswert für die Menschen auf der gesamten Erde sind. Ich traue den Vertreterinnen und Vertretern aus Mecklenburg-Vorpommern, der Sozialdemokratie im Bund und in der EU sowie vielen weiteren engagierten Menschen zu, auch weiterhin verantwortungsvoll diesen Prozess zu gestalten. Heute lehnen wir den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Kaselitz!

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Dr. Weiß.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Völlig richtig, Herr Minister, die Position, die Sie in der Agrarministerkonferenz eingenommen haben dazu, ist bekannt und die teilen wir, und das ist auch gut so, wie Sie sich dort positioniert haben. Aber Herr Kliewe hat nicht umsonst gefragt, warum ist der Antrag auf der Tagesordnung. Er ist deswegen auf der Tagesordnung, weil die EU weiterverhandelt, Herr Kliewe, und weil alles unternommen wird, genau das zu unterlaufen von verschiedenen Seiten der Verhandlungsteilnehmer, was uns an diesem Abkommen nicht gefällt. Und insofern ist es natürlich schon zu hinterfragen, warum sie hier einen ganzen Blumenstrauß von Gründen formulieren, die eigentlich zeigen, wie wichtig der Verzicht auf dieses Abkommen ist. Dann beschwören Sie auch noch die Freiheit. Und dann schauen Sie mal in Ihr eigenes Partei- oder Mitgliedsprogramm rein, Freiheit ist nur dann sinnvoll und vernünftig, wenn sie keinem anderen schadet. Eine Freiheit ohne Regeln lehnen wir ab, genauso wie Sie. Also ist ein gnadenloses Freiheitsmodell für ein Handelsabkommen eigentlich auch abzulehnen – was heißt hier „eigentlich“?! –, garantiert abzulehnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in unserem Antrag haben wir als Konsequenz aus der Position, die

Deutschland, die wir als Agrarland Mecklenburg-Vorpommern gegenüber diesen Mercosur-Strukturen haben sollten, ganz konkret die Weidetierprämie angesprochen. Ich bin sehr glücklich darüber, Herr Minister, dass die Frage der Muttertierhaltung so gelöst wurde, wie Sie es gerade beschrieben haben. Aber Muttertierhaltung ist ja nur ein Teil, wir wollen eine Weidetierhaltung. „Weide“ und „Mutter“, ich denke mal, den Unterschied muss ich hier nicht erläutern. Das heißt, unser Antrag geht weiter und ist damit eine Zielorientierung, die in der Agrarministerkonferenz durchaus noch einmal eingebracht werden sollte. Genau deswegen haben wir es ja so formuliert.

Abschließend noch einmal zum Beitrag von Herrn Kliewe: Also mit Verlaub, aber hier ein Bekenntnis zur Geopolitik abzulassen, ich weiß ja nicht, wo Sie das herhaben. Aus Lehrbüchern der 30er-Jahre?

(Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also wir haben es ja gelernt in unserer Ausbildung, Geopolitik als Grundlage für eine solche Position zu machen. Damit ist schon mal Bundespräsident Köhler gescheitert, als er die Bundeswehr einsetzen wollte, um deutsche Ressourcen und Handelswege im Ausland zu sichern.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Horst Förster, AfD, und
Holger Arppe, fraktionslos)

Nein, das ist nun wirklich von vorgestern, und deswegen, würde ich schon sagen, sollten Sie das zurücknehmen.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Genau das ist der Punkt, wo wir nicht einer Meinung sein können, weil wir da ein ganz anderes Bild haben,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos –
Glocke der Vizepräsidentin)

auch ein anderes Bild zur Problematik der Hintergründe. Ich weiß ja nicht, wer bei Ihnen die Reden schreibt. Gestern war die DDR schuld daran, dass die Archäologie des Mittelalters in Mecklenburg-Vorpommern nicht weiterkam, heute ist es China.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Also das ist schon ein bisschen hanebüchen! Holen Sie sich mal einen neuen Praktikanten! Vielleicht gibt es dann einen, der in die Schule gegangen ist. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also, Herr Dr. Weiß, Ihre letzte Bemerkung weise ich als unparlamentarisch zurück.

(Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Gerne.)

Für diesen Kommentar drohe ich jetzt mal einen Ordnungsruf an. Auch Sie wissen, dass Sie meine Bemerkungen hier nicht zu kommentieren haben. Da Sie bisher nicht so aufgefallen sind, lasse ich das mal, aber im Zweifel würde ich das im Wiederholungsfalle auch tun.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5941. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5941 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und des fraktionslosen Abgeordneten, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26:** Beratung des Antrages des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos – Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in die Pflicht nehmen – zeitgemäßes Schulfernsehen entwickeln, Drucksache 7/5957.

**Antrag des Abgeordneten
Holger Arppe, fraktionslos
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
in die Pflicht nehmen – zeitgemäßes
Schulfernsehen entwickeln
– Drucksache 7/5957 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Bürger! Kommen wir jetzt mal wieder zu einem Thema, einer Herausforderung, auf die wir hier in diesem Landtag direkten und unmittelbaren Einfluss haben. Das, was da im letzten Tagesordnungspunkt diskutiert wurde, gehörte ja nun nicht dazu, obwohl es ja mal ganz interessant war.

Ich hatte diesen Antrag im letzten Monat wieder zurückgenommen, weil ich davon ausgegangen bin, dass der Corona-Spuk irgendwie zeitnah vorbei sein würde. Da habe ich mich allerdings getäuscht. Da sind doch tatsächlich jetzt wieder Schulschließungen,

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Schulschließungen angekündigt worden, und genau auf die damit verbundenen Probleme zielt ja nun hier meine kleine Initiative auch ab am Ende.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk verschlingt eine Menge Geld. Wir haben das schon vielfach diskutiert. Gestern, wenn ich mich recht erinnere, hat die Frau Ministerpräsidentin es irgendwie ja so bedauert, dass die Rundfunkgebühren zuletzt nicht angehoben wurden aufgrund des Widerstandes der wackeren CDU in Sachsen-Anhalt. Hoffentlich bleibt das auch so. Aber es stellt sich natürlich die Frage, welchen Beitrag leistet der öffentlich-rechtliche Rundfunk eigentlich bei der Meisterung der Herausforderungen, die mit dieser ganzen Corona-Politik, in diesem Fall mit der Schulschließung, mit der Aufhebung des Präsenzunterrichtes an den Schulen, einhergehen. Und da würde ich sagen, nicht viel und schon gar nicht genug, um den Milliardenbeträgen gerecht zu werden, die da jedes Jahr in die Kassen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fließen.

Stattdessen betreibt der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine Spaltung der Gesellschaft, hetzt gegen Kritiker der

aktuellen Corona-Politik, nämlich gegen Eltern, die derzeit überall in Deutschland, vor allen Dingen aber auch in Ostdeutschland, aus guter widerständiger Tradition heraus hier gegen die Schulschließungen protestieren. Es gibt da diese Bilder von Schuhen, die vor Rathäusern und so weiter von den Eltern platziert werden aus Protest gegen die Schulschließungen und die unheimlichen Belastungen, die den Schülern da aufgebürdet werden durch die Corona-Maßnahmen, dass die Jugend natürlich auch um eine angemessene Bildung gebracht wird und somit um ihre Zukunft.

Und da kann es doch eigentlich nur ein kurzer Schritt sein zu dem Gedanken, dass man doch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in unserem Fall den NDR, stärker in die Pflicht nehmen sollte, zum Beispiel, indem dieser – natürlich in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Stellen auch der Landesregierung und der Landesverwaltung – hier ein Schulfernsehen entwickelt, das Schülern, die gezwungen werden, zu Hause zu bleiben, sogenanntes Homeschooling zu betreiben, das solchen Schülern eben hilft, die Lerninhalte, die ja nun durch den Lockdown nicht per Präsenzunterricht vermittelt werden, eben auf diese Weise aufnehmen zu können. Und das ist schon etwas anderes als jetzt ...

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Herr Butzki, von Ihnen erzählt man sich, Sie seien auch mal Lehrer gewesen. Haben Sie da hinten im Unterricht dann auch immer

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Nur!)

herumgeredet mit anderen,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Nur!)

während vorne ein Schüler etwas vorgetragen hat? Das zeigt ja nun nicht gerade ...

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ja, machen Sie nur weiter! Wenn Sie außer persönlichen Angriffen nichts weiter anzubieten haben,

(Andreas Butzki, SPD: Das haben
Sie doch gemacht eben!)

dann ist das ja klar.

Also zurück zum Thema!

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Zurück

(Glocke der Vizepräsidentin)

zum Thema,

(Glocke der Vizepräsidentin)

zurück zum Thema an der Stelle, also ein Schulfernsehen: Ich selbst kann mich noch gut daran erinnern, in früheren Zeiten, also in der DDR jetzt zum Beispiel – da

war ja in der Tat nicht alles schlecht und beim Bildungswesen kann man da an der einen oder anderen Stelle schon mal etwas wehmütig zurückblicken im Vergleich zu heute –, also da gab es so was ja auch. Und ich denke, da hat man auch, auch im Westen mit dem Telekolleg hat man da ja auch gute Erfahrungen gemacht.

Und es ist doch schon etwas anderes, der Fernseher hat natürlich noch irgendwie eine andere Rolle, auch für Heranwachsende, als jetzt, wenn man sich an einen Computer setzt und dort irgendwelche Websites durchstöbert. Das ist schon etwas anderes, wenn dort im Fernsehen entsprechend auch am Lehrplan und an den Lehrinhalten der Schulen orientierte Sendungen angeboten werden, die dann die Lerninhalte auch entsprechend vermitteln. Und genau darauf zielt mein Antrag an der Stelle ab.

Es ist natürlich eigentlich nicht hinzunehmen, wenn dann der NDR und auch andere öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sich dann damit brüsten, dass sie der Bildung der Schüler, die jetzt zu Hause bleiben müssen und nicht in den Schulen unterrichtet werden, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten da jetzt ihren Beitrag leisten, indem jetzt öfter „Terra X“-Sendungen gesendet werden oder „Die Sendung mit der Maus“ oder solche Sachen. Das ist natürlich kein vernünftiges Schulfernsehen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

wie es wirklich nachhaltig dazu beitragen kann, das ein Stück weit auszugleichen, was durch die Schulschließungen angerichtet wird.

Und in diesem Sinne kann ich nur anregen, Sie sagen ja immer, es kommt von der Seite der freiheitlich-patriotischen Opposition nur Kritik,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Ach ja!)

aber keine Vorschläge und Ideen. Also das widerlege ich an der Stelle mal, denn es scheint ja so zu sein, dass der Lockdown mit allen Begleiterscheinungen uns noch eine ganze Weile begleiten wird, wenn man so schaut, wie verzweifelt und hilflos die Verantwortlichen hier durch die Krise taumeln. Also ist es doch nicht zu spät, sich jetzt noch um dieses Thema zu bemühen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk an der Stelle in die Pflicht zu nehmen, für das ganze Geld, das er durch Zwangsgebühren von den Bürgern bekommt, jetzt etwas in die Hand zu nehmen, um einen Beitrag zu leisten, dass die Schülerinnen und Schüler trotz Schulschließung noch eine halbwegs vernünftige Bildung genießen können. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gemäß Paragraph 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 58 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde ganz

gerne damit anfangen zu sagen, das Allerwichtigste ist, nichts, aber auch gar nichts kann ersetzen, was unsere Lehrerinnen und Lehrer schaffen, wenn sie direkt vor ihren Schüler/-innen stehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD und DIE LINKE)

Auch das muss mal gesagt werden. Wir reden ja sehr viel über die Kolleginnen und Kollegen im Land, und ich glaube, die letzten Monate haben uns auch wieder bewiesen, wie wichtig pädagogische Arbeit ist und wie wichtig die Arbeit an den Schulen ist. Ich glaube, selbst wenn man keine Bildungsexpertin ist oder kein Bildungsexperte, dann haben wir in den letzten Wochen erlebt, wie es ist, wenn man schulpflichtige Kinder zu Hause hat, und jeder, der seit Wochen sich hier durch Videokonferenzen und dergleichen hangelt und vielleicht zu Hause auch noch arbeiten muss, der weiß, dass ein digitaler Wissensaustausch definitiv Schwächen hat.

Heute beantragt ein Politiker, der neulich noch gegen die Erhöhung des Rundfunkbeitrages gestimmt hat, eben dieser Rundfunk soll nun ordentlich Geld in die Hand nehmen und ein Schulfernsehen für die Schüler/-innen in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln. Klingt widersprüchlich, zumal Herr Arppe sich die Blöße gibt, permanent verbal auf die Öffentlich-Rechtlichen einzuschlagen und ihnen ideologische Einseitigkeit vorzuwerfen. So ideologisch einseitig scheinen sie ja nicht zu sein, wenn sie jetzt ein Bildungfernsehen einrichten sollen. Aber es ist ja heute nicht meine Aufgabe, diese schizophrene Medienfeindlichkeit zu analysieren, sondern zu erklären, warum ein Schulfernsehen hierzulande nicht möglich ist:

Erstens. Bildung ist Ländersache. Wenn unsere Kinder tatsächlich vor dem Fernseher sitzen sollen, um Unterricht zu schauen, dann würde ich als Mutter den Unterrichtsstoff erwarten, der auch auf dem Lehrplan steht. Dann würde ich vom Bildungsministerium erwarten, dass gemeinsam mit den Vertretungen der Lehrerinnen und Lehrer Krisenstundenpläne fürs Fernsehen erstellt werden.

Zweitens. Schon vorhandenes Material müsste gesichtet, aufgewertet und unzählige Beiträge müssten auch neu produziert werden – übrigens ein Punkt, wenn Herr Arppe, das muss ich so sagen, wenn Sie sich mit dem Thema genauer beschäftigt hätten und neben der „Sendung mit der Maus“ und „Terra X“ auch wirklich mal geschaut hätten, was die Öffentlich-Rechtlichen in Deutschland über viele Jahre mit sehr, sehr viel Geld an sogenanntem digitalem Schulfernsehen nämlich auf dieser Plattform schon entwickelt haben, dann hätten Sie heute eine solche Rede nicht gehalten. Und wenn man mit den Produzentinnen und Produzenten dieser wichtigen Bildungsangebote spricht, dann weiß man, wie viel Arbeit, wie viel Recherche und wie viel Geld dahintersteckt. Und sich dann auf „Die Sendung mit der Maus“ zu reduzieren, ist wirklich ein Armutszeugnis.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Aus die Maus! Er sieht nichts weiter.)

Drittens. Das Schulfernsehen dürfte auch nicht einfach abgespult werden, sondern man bräuchte ein sogenanntes „rhythmisierendes Programm“. Was heißt das? Ich habe eine passive Schaulust, sitze also vor dem Fernseher und schaue etwas, und die müsste sich abwechseln mit einer aktiven Phase, das heißt mit Aufgaben im Selbst-

studium oder vielleicht auch in einer digitalen Gruppe. Und die Lehrerinnen und Lehrer müssten diesen Plan in Abstimmung bringen mit ihren eigenen Unterrichtsvorhaben für den Distanzunterricht. Schließlich wird eine Sendung, die ich anschauen kann, zu einer bestimmten Uhrzeit ausgestrahlt, und da müsste Frau Meier dann auch wissen, dass unsere Kinder zu dieser Zeit vor dem Fernseher sitzen sollten und eben keine Zeit haben für die Angebote oder Hausaufgaben. Das müsste alles koordiniert werden, ansonsten gibt man sehr viel Geld aus für ein vielleicht kluges, aber sicher noch lange nicht sinnvolles Schulfernsehen.

Und noch ein Problem: Feste Sendezeiten sind für viele Kinder und Jugendliche inzwischen fremd. Das sogenannte linear ausgestrahlte Programm hatte nämlich während des ersten Lockdowns sehr niedrige Einschaltquoten, denn es gibt Schulfernsehen in diesem Land und die Einschaltquoten hat man genau untersucht nach dem ersten Lockdown, und gut waren sie nicht. Deshalb haben die Sender vor allem ihre Onlineangebote ausgebaut und verschiedene Mediatheken aufgebaut, mitunter auch organisiert nach Schulfächern und sogar nach Altersstufen.

Nun könnte man sagen, wer kein vernünftiges Internet hat, ist gekniffen, und ja, das ist richtig, und man muss auch noch ergänzen, vielfältige Mediatheken haben oft zur Folge, dass Eltern bei der Auswahl helfen müssen und somit wieder in die Mühle geraten, das Arbeiten zu Hause und die Unterstützung des Lernens unter einen Hut bringen zu müssen. Zudem sollten wir auch in Mecklenburg-Vorpommern nicht voraussetzen, dass es überall ein Hochleistungsinternet gibt, zweitens, dass jede Familie die technische Ausstattung hat oder so viele Endgeräte im Haus sind, dass mehrere Kinder digitalen Unterricht haben können plus die Eltern vielleicht noch die Arbeit.

Ich komme zum Schluss: Schulfernsehen aus Mecklenburg-Vorpommern ist illusorisch und viel zu teuer. Viel wichtiger und nachhaltiger ist die zügige Digitalisierung in der Bildung, damit guter Distanzunterricht im Fall der Fälle möglich ist. Und noch wichtiger ist die konsequente Bekämpfung der Pandemie und damit eine uneingeschränkte Rückkehr zum Präsenzunterricht, denn nur auf diese Weise können wir die Benachteiligung aller Kinder beenden.

Wer die Rede von Herrn Arppe gehört hat, hat auch gehört, worum es ihm wirklich ging. Es ging nämlich nicht um die Bildung der Kinder, sondern darum, den NDR und alle anderen öffentlich-rechtlichen Medien anzugreifen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

das übliche Spiel, das wir ja zum Glück nicht mitspielen müssen. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Kröger!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr de Jesus Fernandes.

Und ich möchte an dieser Stelle Bescheid sagen, dass jetzt der vorletzte Redner aufgerufen ist, für all diejeni-

gen, die sich dann in der anstehenden, an der anstimmenden, anstehenden Abstimmung – oh Gott, die drei Tage machen mich doch jetzt langsam ... –, an der anstehenden Abstimmung beteiligen wollen.

So, bitte schön, Herr de Jesus Fernandes!

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Danke schön, Frau Präsidentin!

Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete!

Also, Frau Eva-Maria Kröger, Ihre Kritik kann ich da jetzt nicht teilen.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Das müssen Sie auch nicht. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das erwartet auch keiner.)

Mach ich auch nicht, mach ich auch nicht, weil, wie gesagt, das war auch ein pauschales Ablehnen Ihrerseits, zusammen mit allen anderen Fraktionen, sich mit dem Thema überhaupt auseinanderzusetzen, und das finden wir schade.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ich habe mich sehr intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt!)

Erbärmlich finde ich es auch, gerade jetzt, gerade jetzt, wo unsere Kinder und Jugendlichen so viele Probleme haben im Bereich Bildung, mit der neuen Verkündung laufen die Eltern, die Elternvertretungen Sturm sozusagen, dass die Kinder wieder zu Hause digital versuchen sollen, unterrichtet zu werden, was sich schon als fataler Griff ins Klo, würde ich wirklich sagen, herausgestellt hat.

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Wie gesagt, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr, ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: ... bildungspolitisch ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... Herr de Jesus, Herr de Jesus Fernandes, einen Moment bitte! Ich glaube, Sie haben auch schon damit gerechnet, dass ich Sie an dieser Stelle unterbrechen werde und Ihnen sage, dass dieser gewählte Ausdruck unparlamentarisch ist und Sie sich doch vielleicht einen anderen Ausdruck ausdenken können, mit dem Sie das Gleiche aussagen können.

Bitte schön!

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Okay, dann nennen wir doch mal das Homeschooling einen katastrophalen Fehlgriff, der grandios gescheitert ist, sehr schlecht ausgeführt, überhaupt flächendeckend nicht möglich, und der unsere gesamten Schüler quasi auf der Strecke liegen lässt sozusagen.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Wie soll denn jetzt in vier Wochen ein abgestimmtes Schulfernsehen etabliert werden?)

Also kann ich gerne auch so wiederholen, das ist nämlich Fakt.

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Dass die Bildungsministerin zu diesem wichtigen Thema nicht mal anwesend ist, geschweige denn auch hier einen Redebeitrag hält, das erklärt Übriges in diesem Haus. Bildung ist eben nicht Herzenssache hier der Landesregierung. Das haben wir auch schon mit der Einsetzung dieser Personalie alle merken können. Da kommt auch nicht sonderlich viel.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da bin ich der Meinung, dass die einen oder anderen Elternpaare wesentlich mehr leisten zu Hause mit dem, was sie zur Verfügung haben, als Frau Martin hier im gesamten Bildungsbereich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zum Antrag: Von der Sache her,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

ja, es ist zu kritisieren, dass zu wenig Schulfernsehen dort gezeigt wird, allerdings ist das Medium an sich ja auch schon überholt. Das wurde ja auch schon angesprochen, dass es Mediatheken gibt, dass das lineare Fernsehen eigentlich vorbei ist

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wer hat denn das angesprochen?)

und wenig genutzt wird,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wer hat denn das angesprochen?)

auf der anderen Seite allerdings die Problematik besteht, dass wir digital überhaupt nicht die Möglichkeit haben, flächendeckend so etwas zu nutzen, solche Formate, da wir auch hier in Mecklenburg-Vorpommern, was den digitalen Ausbau angeht, Schlusslicht sind bundesweit.

Auch hier hat die Landesregierung grandios versagt, auch hier hat Corona, das Brennglas, genau gezeigt, wo hier die Probleme seit Jahren und Jahrzehnten liegen, auch wenn Sie es immer beschworen haben, dass Sie hier Probleme angehen. Nee, Sie reden darüber, das ist aber auch alles, und klopfen sich gegenseitig auf die Schulter, wie toll Sie doch alle sind. Mehr machen Sie hier nicht. Letztendlich interessiert das den Bürger nicht, der will, dass das funktioniert, und gut ist es.

Bildung ist Ländersache, damit allerdings auch die Finanzierung, alles, was drum herum passiert, auch der Lehrauftrag, und das kann ein NDR nur bedingt begleitend mit Schul- oder Lehrsendungen bewältigen. Sagen wir es mal so, wir kennen das von früher, dieses Bildungsfernsehen, das wird heute relativ wenig nützen, denke ich, in dem Fall.

Die Intention ist gut auf jeden Fall, überhaupt etwas zu tun, weil alles ist besser, als so zu regieren, wie Sie es tun. Fakt ist, es muss etwas passieren. Diesem Antrag können wir aber nicht zustimmen, weil wir möchten gerne, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk grundlegend reformiert wird. Wir sind der Überzeugung, das wird er von sich aus niemals tun, auch nicht mit solch kleinen Stellschrauben. Da bedarf es wesentlich mehr politischen

Drucks, und deswegen möchten wir natürlich auch die Rundfunkstaatsverträge kündigen, um danach eine vernünftige Verhandlungsposition zu haben, um das ganz vernünftig wieder in einer schlanken Version kostenlos für alle Bürger aufstellen zu können, und deswegen können wir uns zu diesem Antrag auch nur enthalten. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wie bitte?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

(Jörg Heydorn, SPD: Jetzt kommt der nächste Bajazzo.)

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Bürger! Also ich habe einen Vorschlag gemacht und über so was kann man ja zumindest mal diskutieren. Man macht sich ja so seine Gedanken, auch im Gespräch mit anderen Bürgern, mit Eltern, so über Ihre Krisenpolitik.

Ich finde, was die Frau Kröger da aufgezählt hat an Bedenken und Einwänden, man kann es natürlich auch künstlich verkomplizieren, das Ganze. Also Deutschland war ja mal ein Land der Macher, wo nicht gefragt wurde, warum geht etwas nicht, sondern da wurde losgelegt und auf diese Weise der Fortschritt zustande gebracht, von dem wir heute noch zehren und den wir aber gerade mit vollen Händen verbrauchen durch die Zerstörung unserer Zukunftsgrundlagen.

Ich persönlich finde, es ist durchaus kein Widerspruch, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu kritisieren und gleichzeitig so einen Vorschlag zu unterbreiten. Damit kritisiere ich – den NDR in diesem Fall – ja nicht nur, sondern ich zeige ja auch Wege auf, wie der NDR sinnvoller tätig werden kann. Also vielleicht mal ein Orchester weniger und ein paar merkwürdige Krimiserien weniger und eine bunte Sendung weniger und dann kommt schon genug Geld zusammen für die Belange der Schülerinnen und Schüler, ohne dass man den Rundfunkbeitrag signifikant erhöhen muss. Aus meiner Sicht – und nicht nur aus meiner Sicht – bekommt der öffentliche Rundfunk schon derzeit genug Geld, genug Mittel in die Hand. Das sollte reichen, wenn man mal da so ein bisschen guckt, sinnlose Dinge auf die Halde schafft und sich dann auf das Wesentliche konzentriert. Also von dem Bildungsauftrag, den der öffentliche Rundfunk ja von seiner Anlage seinerzeit einmal mit auf den Weg bekommen hat, ist ja nun wirklich nicht mehr viel übrig, nicht?! So!

Und was das andere angeht, man muss das kritisieren. Man muss es kritisieren. Wenn Eltern öffentlich protestieren gegen die Corona-Politik der Obrigkeit und hier besonders gegen die Schulschließungen und andere Maßnahmen, die die Kinder und Jugendlichen betreffen, wenn Eltern dagegen protestieren aus ihren Sorgen heraus und dann der öffentlich-rechtliche Rundfunk hergeht und diese Eltern als Rechtsextremisten, antisemiti-

sche Verschwörungstheoretiker und so weiter verunglimpft, wie das im Falle des MDR jüngst geschehen ist, wo man diese Leute, besorgte Eltern, in die Nähe von Auschwitzleugnern gerückt hat, auf völlig verquere und irre Art und Weise,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

dann muss man das kritisieren,

(Vizepräsidentin Beate Schlupp spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

und dazu habe ich jedes Recht.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Oh, entschuldigen Sie, Frau Präsidentin!

(Vizepräsidentin Beate Schlupp spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Ich bin auch fertig. – Vielen Dank! Ich trinke noch einen Schluck und dann ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos, auf Drucksache 7/5957. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos, auf Drucksache 7/5957 bei Zustimmung des fraktionslosen Abgeordneten und eines Abgeordneten aus der Fraktion der AfD, ansonsten Stimmenthaltung aus der Fraktion der AfD und ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich möchte mich bei all denjenigen bedanken, die wieder drei Tage fleißig alles desinfiziert haben, was wir so angefasst haben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)

und das bis zum bitteren Ende, habe ich gesehen. Vielen Dank!

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 5. Mai 2021, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13.46 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sebastian Ehlers, Dirk Friedriszik, Henning Foerster, Nadine Julitz, Karen Larisch, Burkhard Lenz, Stephan J. Reuken und Susann Wippermann.